

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Stoiber ante portas?

Steht uns – nach der vorhersehbaren Abhalfterung Angela Merkels, die gegen Schröder keine Chance gehabt hätte – der Straußsche Ziehsohn Edmund Stoiber als nächster Bundeskanzler ins Haus? Mit dem deutsch-bajuarischen Nationalisten käme ein Mann nach Berlin, der Rechtsaußenspieler wie den Hamburger Polizeisenator Schill und den österreichischen Landeshauptmann Haider politisch noch in den Schatten stellen würde, auch wenn er mit polierten Fingernägeln und maniertem Harmlosigkeitslächeln zu punkten sucht. Wird Europa ab Herbst 2002 nach Berlusconi und seinem faschistischen Vizepremier Fini schon den zweiten Regierungschef erhalten, dessen wahre Farbe jenseits von schwarz ist? Wird damit die NATO, in der mit Bush ein Mann gleicher Couleur den Takt schlägt, dann bereits den dritten Ultrarechten nach vorne stellen?

Die Gefahr einer Wahl Stoibers ist absolut real. Denn der Massendompteur Schröder – vorerst noch der erklärte politische Liebling des deutschen Finanzkapitals – könnte bei weiter schwindsüchtigen Wirtschaftsprognosen und sich aufblähender Arbeitslosigkeit nach Erfüllung seiner Mission durch einen Pferdewechsel der eigentlich Herrschenden und einen über die Medien organisierbaren Abfall der Wählergunst aus dem Sattel gestoßen werden. Da wäre dann Stoiber – noch etliche Grade „rechter“ als der Kriegskanzler und nach der Macht ergreifung zweifellos ohne Lächeln – samt seiner von Nazis durchsetzten CSU für die Leute an den eigentlichen Schalthebeln eine brauchbare Alternative.

Seine selbsterklärte Kurzzeit-Kontrahentin Merkel fiel – als zu dünn und zu naiv empfunden – schon beim ersten Pusten durchs Netz. Ihr Hauptmakel: Sie stammt aus dem Osten – ist also trotz aller antikommunistischen Treuschwüre und ungeachtet ihres konservativen Backenaufblasens den westdeutschen Stammwählern der CDU/CSU nicht zuzumuten. Überdies: Die Favoritin eines Teils der christde-

mokratischen „Arbeitnehmer“-Basis ist der in den Macht- und Eigentumsstrukturen des deutschen Imperialismus verwurzelten „Creme“ der Union nicht geheuer. So wurde sie eiskalt abserviert – ohne eigenes Aufheulen oder auch nur ein Schluchzen.

Schröder wird sich bei dieser Konstellation zweifellos als die „linkere Variante“ anbieten. Das kann er getrost, wissen doch die Bosse, daß er dennoch – falls wiedergewählt – der rechte Mann ist. So gibt es wohl kaum die Wahl zwischen den „Guten“ und den „Bösen“. Wird die PDS dem Kanzler der „neuen Mitte“ weiterhin Wind dadurch zufächeln, daß sie die Massen vom Klassenkampf fernhält?

Was in Deutschland fehlt, ist eine große revolutionäre Partei aus Kommunisten und Sozialisten, die den Politikern der Monopole – von Stoiber bis Schröder – Paroli bieten könnte. Sie zu schaffen, ist indes kein Akt der Spontaneität und kurzer Zeiträume, sondern ein strategisches Ziel. Hoffentlich ist es dafür noch nicht zu spät.

Gerhard Feldbauer



INHALT

„Die politische Klasse“ der PDS	S. 2
Die Präambel-Sozialisten	S. 3
In Dührings Schuhen	S. 4
Die „Traditionalisten“-Saga	S. 5
Das moralische Credo der DDR-Bürger	S. 6
Ein spannender Abend mit Erich Buchholz	S. 7
Ebersberger Protokoll	S. 8
Friedensfähiger Imperialismus?	S. 9
Zur Dialektik von Theorie und Praxis	S. 10
Der „Kapitalfetischismus“ (I)	S. 11
Provokateure blitzen ab	S. 12
Milosevic vor dem Standgericht	S. 13
Der „Argentinazo“	S. 14
Die unauslöschliche Inschrift	S. 14
Leninisten in Frankreich	S. 15
Redaktionsvertreter berieten	S. 15
Polen: Weiß-Rot zwischen Rot und Weiß	S. 16
Portugals KP in Gefahr	S. 17
Ein anregender Kongreß	S. 17
Überraschungen für Grabredner	S. 18
Nach dem Hurrigan „Michelle“	S. 18
Chile: ZK-Haus zwangsgeräumt	S. 18
Als Gerichtsreporter in San Jose	S. 19
¡Presente!	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Termine & Anzeigen	S. 24

Historisches, Argentinisches, Luxemburgisches, Gysisches

Die „politische Klasse“ der PDS

Wieder einmal durften wir Historisches erleben. Die Berliner Koalition von SPD und PDS sei, so sagte Gysi, schrieb das ND, ein solches Ereignis. Das ND erklärt, warum. „Ein Rückblick auf fast ein Jahrhundert getrennter, gegensätzlicher, vielfach sogar verfeindeter Geschichte mag die Tragweite gegenwärtigen Muts begreifbar machen.“

In der Präambel des Programmwerfs der PDS heißt es: „Die Ursprünge unserer Partei liegen im Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR...“ Und jetzt, der Programmwurf ist noch nicht beschlossen, liegen die Ursprünge fast ein Jahrhundert zurück, ist die Partei an die Stelle von KPD/SED getreten.

Als die KPD gegründet wurde, sagte Rosa Luxemburg, „... heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner“. Die PDS sagt in ihrem Programmwurf unter IV. von sich: „Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung gebunden...“ Also nichts von Marxismus oder gar Leninismus. Allerdings ein bißchen Weltanschauung möchte schon sein, nur eben eine andere: In einem Land ohne Gott will Gysi jedenfalls nicht leben. Das ist eine Auffassung, wie sie nur als Wahlkampfformulation begreifbar ist, mit Liebknecht und Luxemburg hat sie nichts gemein. Andere mögen oder sollen an Gott glauben, man selbst glaubt nur noch an Demokratie plus Marktwirtschaft.

Liebknecht und Luxemburg hätten der PDS daraufhin untersagt, ihren Namen vor sich herzutragen. Sie hätten die KPD noch einmal gegründet. Vielleicht hätten sie einen Prozeß um das Karl-Liebknecht-Haus geführt – oder eher nicht? Vielleicht wären sie nicht so rechtsstaatsgläubig.

Und die SPD, sie ist auch nicht mehr die Partei Wilhelm Liebknechts und August Bebel. Noch nach 1945 verkündete die SPD den „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe“. (Miller/Potthoff. Kleine Geschichte der SPD, 7. Auflage, Bonn 1991, S. 182) Das ist Schnee von gestern. Diese Partei spürte schon früher die „Notwendigkeit, ideologischen Ballast abzuwerfen“. (Ebenda, S. 203) Am 15. November 1954 beschloß die SPD das Godesberger Programm. Miller/Potthoff sagen von ihm: „Das Bemerkenswerteste am Godesberger Programm war sein Verzicht auf jede weltanschauliche oder theoriegeschichtliche Festlegung“. (Ebenda, S. 205) „Der Terminus ‚Sozialismus‘ wurde nicht aufgenommen. Damit war die Voraussetzung geschaffen, das von ihr angestrebte Ziel erreichen zu können: eine von verschiedenen Schichten wählbare ‚Volkspartei‘ zu schaffen.“ (Ebenda, S. 207) Mit anderen Worten, die SPD nach 1954 hatte mit der SPD vor 1933 und vor 1914 nur noch den Namen gemeinsam.

Die PDS sagt: Damit sind die Ursachen der fast ein Jahrhundert währenden Feindschaft beseitigt. Ja, so ist es – die PDS ist der SPD im letzten Jahrzehnt eilig nachgefolgt, hat den Abstand von fast 50 Jahren eingeholt – jedenfalls was ihre „politische Klasse“ anbelangt. Wo ist da „Mut“ für eine Koalition erforderlich? Eigentlich wäre die Zeit für einen neuen Vereinigungsparteitag gekommen. Historisch ist nicht die Berliner Koalition, historisch ist die Tatsache, daß es in Deutsch-

land keine große marxistische, konsequent antikapitalistische Partei mehr gibt. Die Koalition ist nur Ergebnis und Symptom für die Preisgabe der Ideen von Liebknecht und Luxemburg, von Marx und Engels durch die PDS, richtiger: durch ihre politische Klasse.

Die politische Klasse in der PDS argumentiert, man müsse Politik für heute und hier machen. Sozialismus sei eine Vision, eine Utopie, die heute und hier nichts bringe. Die Frage ist, welche Politik bringt heute und hier etwas?

Das ND hilft uns weiter. Es kommentiert die Ereignisse in Argentinien: „Der argentinischen Bevölkerung stehen die schwersten Zeiten noch bevor. Von der Regierung, wer immer sie auch bilden mag, kann sie nichts erwarten...“ Das ist das Problem. Für die Bevölkerung in Deutschland und Berlin genau wie in Argentinien gilt gleichermaßen: „Von der Regierung, wer immer sie auch bilden mag, kann sie nichts erwarten...“ Recht hat das ND. Die PDS aber tut so, als könne die Bevölkerung von einer rot-roten (die Leute müssen farbenblind sein) Regierung etwas anderes erwarten als von einer einfarbig schwarzen. Die Verhältnisse sind nicht so. Wir müssen die Schulden abbauen, d. h., wir müssen den Banken ihren Verdienst (schönes Wort) zukommen lassen, koste es, was es wolle. Alles unter dem Motto: „Damit sich Leistung wieder lohnt.“

Was also wäre Politik für heute und hier? Sie müßte wie jede Politik mit der Erkenntnis der realen Situation beginnen. Eben mit der Erkenntnis des ND über die Lage der argentinischen Bevölkerung: „Von der Regierung, wer immer sie auch bilden mag, kann sie nichts erwarten.“ Da unterscheiden sich Deutschland und Argentinien durch nichts voneinander: „Wir sind alle Amerikaner.“ Die Regierungen, die von Parteien gebildet werden, die sich in dem bestehenden kapitalistischen System bewegen, können und wollen nichts bewirken. Von ihnen ist nichts zu erwarten.

Wer Politik für heute und hier machen will, muß von dieser ND-notorischen Tatsache ausgehen. Wer so tut, als könne er soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe, Frieden und Gewaltfreiheit, Arbeit für alle usw. in diesem System schaffen, der träumt oder lügt. Er führt jedenfalls seine Wähler irre. Was die CDU im Ahlener Programm 1946 erkannte, was die SPD nach 1945 als Tagesaufgabe proklamiert und was KPD/SED zielstrebig verfolgt haben, ist auch heute der einzige Ausweg aus Massenarbeitslosigkeit und dem Weg in eine globale Katastrophe: Sozialisierung.

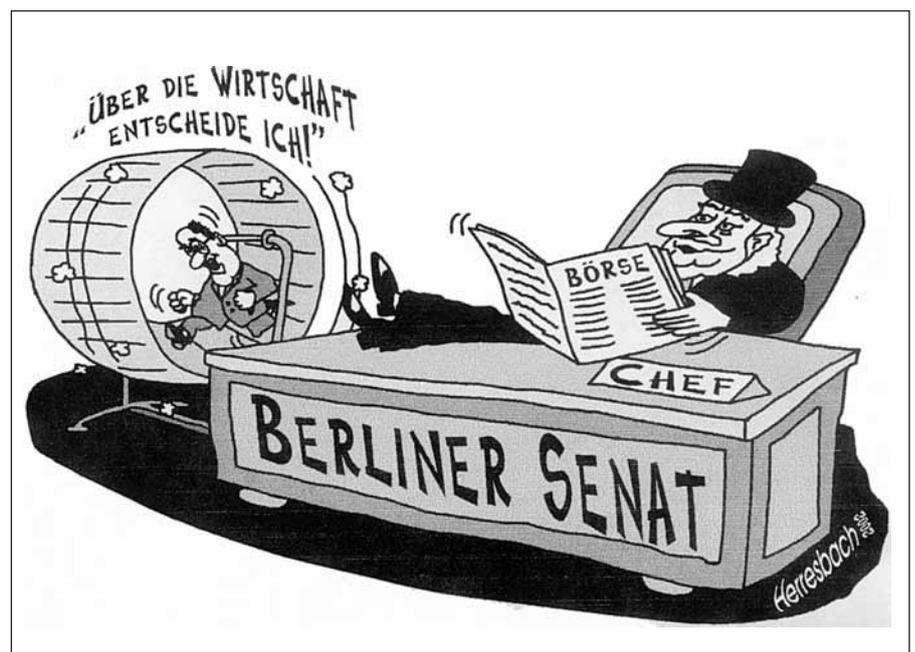
Das muß eine sozialistische Partei sagen, sonst trägt sie den Namen zu unrecht, sonst übt sie Etikettenschwindel.

Wenn wir Liebknecht und Luxemburg ehren werden, sollten wir nicht vergessen, daß jener in Berlin die sozialistische Republik ausrief, die Ebert (laut Haffner) verraten hat, und daß Paul Levi seine Einleitung zur nachgelassenen Schrift Rosa Luxemburgs über die russische Revolution mit Worten schloß, die auch der DDR gewidmet sein könnten: „Die Bolschewiki haben etwas in den Händen gehabt: den größten moralischen Fonds, den die Arbeiterklasse je gesammelt hat. Das wird keiner bestreiten, der die Jahre 1918, 1919, 1920 miterlebte. Wir haben es schon in anderem Zusammenhang beklagt, wie von diesem Fonds unnützlich und nie wiederbringlich geopfert wurde. Würde dieser Fonds ganz verloren gehen: Es mag Leute geben, die das leichten Herzens nehmen. Wir glauben, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt seelisch daran verarmen würde und daß die Arbeit von vielleicht Jahrzehnten nötig sein würde, um wieder aufzubauen, was 1918 war.“ (Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, Berlin 1990, S. 231)

So dachten damals Sozialisten. Und heute? Bleibt uns wirklich nur noch der Wunsch, in einer Gesellschaft zu leben, in der Gott da ist? Oh Gott!

Dr. Friedrich Wolff

(Aus „junge Welt“, 5./6. Januar 2002)



Wie die Präambel-Sozialisten ins Lager des Antikommunismus übergangen

Es bleibt alles ganz anders

An den hauptstädtischen „Schalthebeln“ dürfen nun auch drei Senatoren mit dem Parteibuch der PDS den Eindruck erwecken, sie wären „mit an der Macht“. Ihre Parteiführung behauptet, durch das Zustandekommen der blaßrosa-pinkfarbenen Koalition sei „viel gewonnen für Deutschland“. Die PDS werde bundespolitisch aufgewertet – für ihre perspektivisch angestrebte Regierungsteilhabe im Zentralmaßstab unerlässlich. Die demagogische Argumentation blieb nicht ohne Wirkung. Nur 17 von 133 Delegierten des Berliner PDS-Landesparteitages votierten gegen die Vereinbarung mit der SPD samt ihrer Schandpräambel. Freudig konstatierte man im PDS-Hauptquartier, der befürchtete Widerstand der Basis sei schwächer ausgefallen als erwartet.

Selbstsicher aufgrund ihres Wahlerfolges waren die PDS-Vertreter in die Verhandlungen gegangen. Doch sie mußten Federn lassen, bevor sie die SPD an die Senatorenkrippe ließ. Hieß es im ND vom 7. 1. noch unter der Schlagzeile „PDS besteht auf Gleichwertigkeit“, Gysi habe seine Forderung auf vier Ressorts bekräftigt und eine Zuteilung von nur drei strikt abgelehnt, so lautete das magerere Endergebnis dann 6 für die SPD und 3 für die Gysi-Truppe. Damit war klar, wer in der Berliner Regierung die Hosen an und den Hut auf hat – und für wen nur der Platz des Juniorpartners abfiel.

Doch immerhin: Mit dem Einstieg ins Regierungsboot und dort an besonders delikater oder unpopulärer Stelle plaziert, haftet künftig auch die PDS für den gesamten Kurs, mit dem der Berliner Schuldensee von sage und schreibe mehr als 40 Milliarden Euro überquert und das Sanierungsufer erreicht werden soll. Doch während die Absahner von gestern, gut versorgt, abtauchen konnten, müssen nun die kleinen Leute als Ruderer auf die Galeerenbänke. Ihnen wurde angekündigt, daß es beim Umschiffen der Riffe kapitalistischer Mißwirtschaft nicht „ohne soziale Grausamkeiten“ abgehen werde.

Doch das ficht die PDS-Spitze nicht an. Sie gefällt sich überdies in selbstloser Pose: „Im Interesse der Menschen“ wolle sie „Verantwortung für die Hauptstadt“ übernehmen. Wobei sie nach dem Rezept verfahren müsse: „wegnehmen, zuschließen, verzichten“. (ND vom 11. 1.) Der nichtprivilegierten Bevölkerungsmehrheit wird die arge Botschaft mit einem Wort des Trostes verabreicht: Ohne PDS-Beteiligung würden ihr die Sparzwänge noch stärker aufgebürdet. So hingegen ließe sich „das Schlimmste verhüten“. War da nicht immer von „mehr sozialer Gerechtigkeit“ die Rede? Jetzt will man nur noch das „kleinere Übel“ sein.

Durch die von ihr besetzten „Zukunftsressorts“ ist die PDS am „harten Konsolidierungskurs“ (Gysi) unmittelbar beteiligt. Sie wird dabei auf jene sozialen Schichten, deren Interessen zu vertreten sie vorgibt, „nicht immer Rücksicht nehmen können“. So Gysi am 17. 1. im ND. Die kraftmeierische Verheißung aus PDS-Vorstandsetagen, man werde um der sozialen Gerechtigkeit willen „Druck von links“ auf die SPD machen, kann getrost ad acta gelegt werden. Es vollzieht sich ein Prozeß, den die politischen Gegner der PDS bildhaft deren „Entzauberung“ nen-

nen. Die „demokratischen Sozialisten“ entlarven und verschleißen sich als „stinknormale Partei“, systemkonform wie all die anderen. Dazu der SPD-Spitzenpolitiker Erhard Eppler: „Wo die Funktionäre der PDS Verantwortung tragen, machen sie nichts weiter als sozialdemokratische Politik.“

Stimmt. Das zeigt sich auch auf jenem Gebiet, dem neben dem Abtragen des Berliner Schuldenberges eindeutig Priorität zukommt – dem Abbau von Arbeitslosigkeit durch Schaffung neuer Arbeitsplätze. Für einen sozialistischen Senator (Wirtschaft/Arbeit/Frauen) also genau das Feld, dem er sich vorrangig zuzuwenden hätte. Doch Gysi setzt, seinen bisherigen Äußerungen zufolge, die Akzente ganz anders. Ausgerechnet in BILD offenbarte er, es gehe ihm zuerst um Verbesserung der Investitionsbedingungen und „Investorenpflege“. Also, wie ND ergänzte, um ein „unternehmerfreundliches Klima“. Das stellt sich bekanntlich dort ein, wo bestmögliche Verwertungsbedingungen für das Kapital geboten werden. Solche zu schaffen, ist im Verständnis eines Mannes, der nach eigenem Bekunden „Sozialismus im Kapitalismus“ für realisierbar hält, offenbar ursächliches Anliegen demokratisch-sozialistischer Politik. Den Ruf, „Genosse der Bosse“ zu sein, wird sich Kanzler Schröder fortan wohl mit dem neuen Berliner Bürgermeister und Wirtschaftsminister zu teilen haben.

Das Detail bestätigt eine seit geraumer Zeit zu verzeichnende Tendenz: Die PDS-Führung entfernt ihre Partei zielstrebig von ihrer ursprünglichen antikapitalistischen Position. Der Kernsatz des geltenden PDS-Programms, daß „die Herrschaft des Kapitals überwunden werden muß“, verschwindet in der politischen Praxis von Gysi & Co. Wer ihnen das vorwirft, bekommt zu hören, daß a) ein Koalitionspapier keine Kopie des eigenen Parteiprogramms sein könne und b) nur erfolgreiches Umwerben von Investoren neue Arbeitsplätze schaffe. So unstrittig a) zutrifft, so demagogisch und falsch ist b). Denn: „Investorenpflege“ betreiben bundesdeutsche Politiker, ob nun als Chefs von Länderregierungen oder als Bundeskanzler, ob mit CDU/CSU- oder SPD-Parteibuch im Amt, samt und sonders seit eh und je. Nur wirkte das nie als Wundermittel. Bundesweite Dauerarbeitslosigkeit von nun wieder mehr als vier Millionen spricht eine deutliche Sprache. Um Kapitaleigner tatsächlich zu nennenswerten arbeitsplatzschaffenden Investitionen verführen zu können, bedürfte es einer solchen Absenkung von Lohnniveau und Sozialabgaben plus weiterer Steuer-Schlupflöcher, wie sie in Deutschland nicht oder noch nicht durchsetzbar sind. Nicht einmal im Niedriglohngebiet Ost. Außerdem müßten dann noch ausreichende Absatzchancen gegeben sein – in der auch von der PDS-Spitze als überlegen gepriesenen Marktwirtschaft eine höchst labile Größe.

All das weiß Gysi natürlich. Aus diesem Dilemma heraushelfen kann ihm auch nicht der Staatssekretär, den er sich flugs als „rechte Hand“ aussuchte. Bezeichnenderweise kommt der nicht aus der linken Ecke, sondern bürgt als bisheriger Geschäftsführer einer Industrie- und Handelskammer und SPD-Mitglied für kapitalfixierte Kontinuität.

Interessenvertretung für Lohnabhängige und Ausgegrenzte beschäftigt die PDS-Führung nur noch im Zusammenhang mit Wahlkampagnen. Ihrem „Abschied vom Klassenkampf“ ist die einseitige Orientierung an Kapitalinteressen gefolgt.

Als politisch brisant für sie könnten sich allerdings Erinnerungen erweisen, wie sie der offizielle Sozialreport 2001 konstatiert: Mehr als 60 % der Ostdeutschen betrachten die DDR als die solidarischere und sozial gerechtere Gesellschaft.

Solche Erfahrung suchen die „Regierungssozialisten“ mit allen Mitteln der Verleugnung und Verleumdung zu tilgen. Die von ihnen nicht nur akzeptierte, sondern ausdrücklich selbst gewollte Präambel des Koalitionspapiers ist ein Dokument würde- und schamloser Geschichtsfälschung. Ausgespart bleibt hier, von wem Kalter Krieg und Spaltung Deutschlands ausgingen. Schuldzuweisung erfolgt einseitig nur in Richtung Ost. Kein Wort, daß sozialdemokratische Politiker die „Frontstadt Westberlin“ als „Pfehl im Fleische der DDR“ bezeichneten und nutzten, um dann heuchlerisch über deren Gegenwehr zu lamentieren. Dem verlogenen „Respekt“ auch vor den Biographien der Ostdeutschen folgt die Totaldiffamierung jenes Staates auf dem Fuße, den die so Hofierten schufen und trugen.

Ausgerechnet die DDR, die – im krassen Gegensatz zur BRD – jedem ihrer Bürger das Menschenrecht auf Arbeit und jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garan-

Achtung: Katalog am Lager

Ein thematisch geordnetes Inhalts- und Autorenverzeichnis der RF-Ausgaben 1–47 kann bei Zusendung von Briefmarken (1,50 €) an die Redaktionsadresse abgegeben werden. Ab sofort gibt's bei der Redaktion Kugelschreiber mit dem Original-„RotFuchs“-Schriftzug bei Zusendung von Briefmarken (2,50 €). Auch größere Mengen sind erhältlich.

tierte, wird der „Menschenverachtung“ bezichtigt. Vom Vorwurf des „offenen Umgangs mit Verbrechen an der Demokratie“ bleibt die BRD trotz rigoroser Verfolgung Andersdenkender, der skandalösen Praxis massenhafter Berufsverbote und scharfer Repressionen im Rahmen des (sozialdemokratisch initiierten!) „Radikalerlasses“ verschont. Gänzlich ausgeblendet auch das historische Schuldkonto der SPD – von der Bewilligung der Kriegskredite 1914 über die Mitschuld an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, das Wüten Noskes, der sich selbst als „Bluthund“ verstand, das Niederschießen von Berliner Arbeitern durch den SPD-Polizeipräsidenten Zörgiebel usw. usf. Die Spur ist lang. Sie führt bis zu den terroristischen Aktionen des Ostbüros der SPD. Das alles aber hat es, so diese Präambel, nie gegeben. „Bleibende Schuld“ trage allein die SED, unterschrieben Liebig und Wolf für die PDS. Arrogant brüstet sich Berlins SPD-Chef Strieder, seine Partei habe „eine Klarstellung nicht nötig“, sie sei „die Freiheitspartei Deutschlands“. Mit ihrer Zustimmung zu diesem schändlichen Papier haben die Präambel-Sozialisten vor aller Augen den Übergang auf die Positionen des Antikommunismus vollzogen. **Wolfgang Clausner**

Warum Michael Brie „jegliche Gewaltanwendung“ verurteilt

In Dührings Schuhen

Es wäre sicher falsch, wollte man die von Michael Brie in der Zeitschrift „UTOPIE kreativ“ kundgetane „Verurteilung jeglicher Gewaltanwendung“ in den Rang einer wissenschaftlich fundierten Auffassung erheben. Der Theoretiker einer „modernen sozialistischen Partei“ entpuppt sich mit seinen Thesen zur Rolle der Gewalt in der Geschichte einmal mehr als gewöhnlicher Revisionist. Allein die Tatsache, daß sich Brie über das großartige Werk von Friedrich Engels „Der Anti-Dühring“ glatt hinwegsetzt, ist für einen Mann seines Anspruchs beschämend genug. Denn in dieser Streitschrift hat der Verfasser u. a. auch die „kindischen“ Auffassungen des Privatdozenten Eugen Dühring über die Abschaffung jeglicher Gewaltanwendung unter den Bedingungen der Herrschaft des Kapitals glänzend widerlegt.

Ungeachtet dessen kramt Brie fast 125 Jahre nach dem Erscheinen des „Anti-Dühring“ die Behauptungen dieses Pseudotheoretikers hervor und bietet sie der staunenden PDS-Mitgliedschaft als eigene Erkenntnisse an. Bekanntlich hatte Dühring unmittelbar nach der Zerschlagung der Pariser Commune mit der Revision marxistischer Grundpositionen begonnen, um der revolutionären Arbeiterbewegung die klare Sicht zu nehmen. Das stieß bei Marx und Engels und deren Anhängern auf entschiedensten Widerstand.

Es scheint überhaupt eine Gesetzmäßigkeit zu sein, daß sich das kleinbürgerliche Element in der Arbeiterbewegung und bei den Linken gerade nach Niederlagen von Revolutionen mit der Preisgabe marxistischer Standpunkte einen Platz an der Seite der Konterrevolution verschaffen möchte. Als Beispiele ließen sich Bernstein, Vandervelde und viele andere Führer der II. Internationale anführen; natürlich auch Gorbatschow, dessen Clique dem Revisionismus in der Praxis zu seinem bisher größten Sieg verholfen hat. Denn die Zerschlagung des europäischen Sozialismus ist ein zeitweiliger Triumph der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus. Die Menschheit bezahlt ihn bereits jetzt sehr teuer und wird weiterhin dafür zahlen. Er wurde nicht zuletzt mit Hilfe des „modernen Revisionismus“ errungen, der eine zersetzende und zerstörerische Ideologie, zugleich aber auch der geistige Wegbereiter der Konterrevolution ist.

Zu dieser Art von Denken gehört zweifellos auch die „Gewaltauffassung“ von M. Brie. Seine „Verurteilung jeglicher Gewaltanwendung“ richtet sich einseitig an die Adresse der Unterdrückten und Ausgebeuteten, die von ihrem Recht auf nationale Selbstbestimmung Gebrauch machen oder soziale Gerechtigkeit auf revolutionäre Art einfordern. Nach Bries Ansicht hätten z. B. „die Bolschewiki von Anfang an auf das Mittel der politischen Diktatur gesetzt, jeglichen emanzipativen sozialistischen Aufbruch preisgegeben“ und niedergehalten. Ihre realsozialistischen Erben hätten dann diesen Weg bis 1989 fortgesetzt und jede öffentliche Kritik an den Machtverhältnissen ausgeschaltet.

Das aber gibt ein Theoretiker von sich, der genau weiß, daß die Oktoberrevolution die unblutigste unter allen großen Revolutionen in der Menschheitsgeschichte gewesen ist. Nicht zufällig war das erste Gesetz der

jugen Sowjetmacht das „Dekret über den Frieden“. Es führte den entscheidenden Schlag gegen den Massenterror des imperialistischen Krieges. Ihr zweiter Gesetzgebungsakt war das „Dekret über den Grund und Boden“, das das terroristische Regime der feudalen Kräfte zerschlug. Ein weiteres Gesetz trug die aussagekräftige Bezeichnung „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“. Es war nicht nur die demokratischste Verfassung seiner Zeit, sondern auch ein vernichtender Schlag gegen den Terror der gestürzten Ausbeuterklassen im damaligen Rußland. Gleich im ersten Paragraphen wird die Überführung der großen Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen und Banken in das Eigentum des Volkes verfügt. Die Deklaration ordnet die Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen Menschen an, um dem bourgeois Parasitentum den Boden zu entziehen. Durch diese Deklaration wird die Bewaffnung des werktätigen Volkes und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klasse dekretiert. Sie sichert den Nationalitäten das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung vom russischen Nationalverband zu, was wohl nicht zuletzt vom zutiefst demokratischen Charakter der Oktoberrevolution Zeugnis ablegt.

Doch diese historischen Leistungen der Partei Lenins unmittelbar nach der Machteroberung sind in Bries Augen keine Errungenschaften; er weist die Auffassung von einem „emanzipativen Aufbruch der Oktoberrevolution“ zurück und bezieht damit die Positionen ihrer Gegner. Als „moderner Sozialist“ verschweigt er natürlich, wer den Terror nach dem Sieg vom Oktober 1917 in Rußland entfachte und wodurch sich das Werk des sozialistischen Aufbaus so verlustreich gestaltete. Für M. Brie existiert offensichtlich keine Intervention von 18 imperialistischen Staaten, die gemeinsam mit der inländischen Konterrevolution Winston Churchills Forderung durchzusetzen versuchten, „die Sowjetmacht schon in der Wiege zu ersticken“. Nach seiner Ansicht durfte die zur Macht gelangte Arbeiterklasse auf die imperialistischen Terrorakte nicht mit revolutionärer Gewalt antworten. Das galt auch für spätere Zeiten. Laut Brie ist die „Auffassung von einer brutalen Diktatur des Monopolkapitals ein undifferenziertes Verhältnis zum Widerstand“. Denn damit könnten ja auch, verkündet der Autor von „UTOPIE kreativ“, „die Terroranschläge vom 11. September gerechtfertigt werden“. Für Brie sind „die friedliche Demonstration und jede Form des zivilen Widerstandes demokratisch legitimiert, aber keine Gewalt“. Diesen Appell richtet er nicht etwa an die Adresse der NATO, der USA oder Israels, sondern allein an die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Das ist direkte Schützenhilfe für die Imperialisten. Sie wollen, daß die marxistische Konzeption von den antagonistischen Klassen in der

Holzchnitt
von Frans
Masereel:
Genug!



kapitalistischen Gesellschaft und die Unvermeidlichkeit des Kampfes zwischen ihnen für immer in der Versenkung verschwindet. Wer diese Tatsache bestreitet, hört zwangsläufig auf, ein sozialistischer Theoretiker zu sein. Die programmatischen Vorstellungen der Führung der PDS erhärten diese Erkenntnis.

Was aber die Formen des Kampfes zwischen den antagonistischen Klassen betrifft, so werden diese stets sehr verschieden sein. Die Haltung des Proletariats hängt ganz maßgeblich von der Taktik und den Methoden der Bourgeoisie, von dem Maß ihrer Gewaltanwendung ab. Ob die unterdrückte Klasse im Kampf um ihre Befreiung zum Mittel der Gewalt greifen muß, wird – wie die Geschichte lehrt – in erster Linie davon bestimmt. Daß die Ausbeuterklassen nicht zimperlich sind, hat zuletzt Genua gezeigt, wo von den anti-imperialistischen Demonstranten nicht der Sturz des Systems, sondern nur die Zurückweisung der Allmacht transnationaler Monopole und der durch sie beherrschten Staaten eingefordert wurde.

Als Marxisten-Leninisten lehnen wir den Terrorismus ab, weil er moralisch nicht vertretbar und zugleich ein untaugliches Mittel zur Erringung der Macht der Werktätigen im Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist. Diese Verurteilung bedeutet aber nicht, daß aus unserer Sicht Terror gleich Terror ist. Ursache und Wirkung müssen gründlich auseinandergehalten werden. Wer die gepeinigten Palästinenser so knebelt und entwürdigt wie Israels chauvinistisch-imperialistische Scharon-Regierung, muß mit dem Widerstand der Unterdrückten rechnen. Und zwar sowohl in angemessenen als auch in verzerrten und inadäquaten Formen.

Für Eugen Dühring und seine Schüler bis hin zu Michael Brie ist die Gewalt das Böse, der Sündenfall der Geschichte. Bei Friedrich Engels lesen wir hierzu: ...„Daß die Gewalt aber noch eine andere Rolle in der Geschichte spielt, eine ... revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene politische Formen zerbricht – davon kein Wort bei Herrn Dühring“. Das hat Engels den Bries aller Zeiten und aller Schattierungen für immer ins Stammbuch geschrieben.

Prof. Kurt Tiedke

Robert Steigerwalds Schlagabtausch mit einem Phantom

Die „Traditionalisten“-Saga

Der bekannte marxistische Philosoph Dr. Robert Steigerwald, der als politischer Gefangener Adenauers in Jahren der Einkerkung Mut und Standhaftigkeit bewiesen hat, tritt uns jetzt als Autor eines in den „Weißenseer Blättern“ veröffentlichten Beitrags gegenüber, der so nicht hingenommen werden kann. Sein Titel: „Zur Diskussion der Meinungsverschiedenheiten in der DKP“. Der Inhalt greift weit darüber hinaus und behandelt im Grunde die Debatte, die schon vor der Niederlage des europäischen Sozialismus und verstärkt seit dem Sieg der Konterrevolution in der internationalen kommunistischen Bewegung stattfindet. Vielem von dem, was Steigerwald aufwirft, kann man zustimmen, z. B. seiner Forderung nach höherer Streitkultur, dem Verzicht auf Personalisierung und Emotionalisierung des Disputs sowie der Feststellung, „daß es in theoretischen Fragen keine Kompromisse geben kann“. Fragwürdig ist indes die Auffassung, über tiefgehende ideologische Differenzen durch Mehrheitsbeschluß befinden zu wollen. Wer den kollektiv beschlossenen Standpunkt nicht für richtig halte, müsse dann für sich selbst entscheiden, ob er in der Partei bleiben wolle oder nicht, meint Steigerwald. Frage: Haben Lenins Bolschewiki jemals aufgegeben, wenn sie sich in der Minderheit wußten? Haben sie das Feld in der Partei kampflos den Menschewiki überlassen?

Doch nicht darüber möchte ich streiten. Weit aufschlußreicher sind Positionen, die der Autor schon bei internen Gesprächen im kleineren Kreis geäußert, jetzt aber durch seine Veröffentlichung in den „Weißenseer Blättern“ publik gemacht hat. Er vertritt die Auffassung, daß sich in der kommunistischen Bewegung national wie international drei Richtungen herausgebildet haben: „eine neue revisionistische und reformistische (Typus Euroreformismus, Gorbatschowismus, PDS-artig); eine traditionalistische, die auf dem Boden der gleichbewerteten Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tse-tung, bisweilen auch noch Kim Ir-sen, wirkt; eine dritte, die sich gegen diese beiden Richtungen wendet“. Als Verfechter des drittgenannten Weges sieht sich Robert Steigerwald.

Die Vorstellung, die Marxisten-Leninisten in der DKP, die keineswegs alle den „gleichbewerteten Theorien“ anhängen, seien in dem skizzierten Sinne „Traditionalisten“, ist indes ein Phantom. Es soll jene Kommunisten, die ideologisch standhaft geblieben sind, in die Ecke rückwärtsgewandter Nostalgieanbetung stellen. Das ist ein Trick, der ebenfalls international in Mode ist. „Die Differenzen zum Traditionalismus ergeben sich aus dessen fehlender Bereitschaft, überkommene Lösungen zu überprüfen und Neues neu zu analysieren ...“, schreibt Steigerwald. Und – das ist das Sympathische an seiner Darlegung – er macht auch keinen Bogen um die eigentlichen Schwerpunkte der Auseinandersetzung. Es gehe um die „Beurteilung der Geschichte der SED und der DDR, Fragen der Geschichte der KPdSU, die Konzeption eines künftigen Sozialismus und den Charakter der Partei“. Die „Traditionalisten“ vertreten dabei die „Ansicht, die DDR sei die höchste Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse, ohne daß ernsthaft Probleme

der Geschichte der DDR hinterfragt werden“; sie meinten, „die SED sei die erfolgreichste Arbeiterpartei in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gewesen“. Hier jagt Robert Steigerwald wieder einem Phantom hinterher, indem er die Position der „Gruppe um den RF“, wie er formuliert, gewollt unvollständig wiedergibt. Wir sagen nämlich, daß die DDR trotz ihrer Defizite und Fehler die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung ist, da sie dem Kapital in einem Drittel Deutschlands für vier Jahrzehnte Macht und Eigentum entzogen hat, was nur sie zustande brachte. Das gleiche trifft auf die SED zu, ohne deren führende Rolle dieser Vorgang nicht möglich gewesen wäre. Die SED war also nicht abstrakt „die erfolgreichste Arbeiterpartei“, sondern nur deshalb, weil sie unter spezifischen historischen Bedingungen dazu in der Lage war, die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen. Daß später Erosionsprozesse diesen Erfolg schmälerten und eine Kombination äußerer und innerer Faktoren den Sieg der Konterrevolution ermöglichte, muß davon strikt unterschieden werden. Robert Steigerwald unterstellt uns auch in dieser Frage undialektisches Denken. Die „traditionalistischen Versuche, dies alles auf äußere Faktoren zurückzuführen, können nicht befriedigen“, schreibt er. Er muß den „RotFuchs“ schlecht gelesen haben, wenn er zu solchen Schlußfolgerungen gelangt, haben wir doch stets die Einheit äußerer und innerer Faktoren betont und zugleich festgestellt, daß auch eine DDR ohne Fehl und Tadel (die es nicht gegeben hat) angesichts der strategischen Entscheidung der Gorbatschow-Führung gegen einen Weiterbestand des Sozialismus auf deutschem Boden zu Fall gebracht worden wäre.

Robert Steigerwald wirft den „traditionalistischen Genossen“ vor, sie wollten die DKP „durch eine Legierung mit dem Traditionalismus auf eine höhere Qualitätsstufe heben“. Auch hier ist er ein Gefangener seiner eigenen Kombinationen, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Die Auffassung ostdeutscher DKP-Mitglieder war es stets, daß sich aus dem Zusammenfluß zweier unterschiedlicher Erfahrungsströme (Sozialismuserfahrungen Ost/Kapitalismuserfahrungen

West) eine neue „Legierung“, also eine qualitativ veränderte Partei sowie eine außergewöhnliche politische Chance ergeben könnten. Sie wandten sich zugleich gegen die „Beitrittsideologie“ mancher Parteifunktionäre, die auf dem Standpunkt verharren, die ostdeutschen Kommunisten könnten sich nur einer westdeutschen Partei anschließen, die bereits fix und fertig sei. Auf die Frage „Was für eine Partei ist die DKP?“, antwortet der Philosoph aus Eschborn: „Sie ist nicht marxistisch-leninistisch im Sinne des Traditionalismus“.

Der Text verrät auch eine gewollte Distanz gegenüber dem realen Sozialismus. „Worin bestanden unsere Mängel?“, fragt Robert Steigerwald. Er antwortet: „Wir haben ihn ... in jeder Weise verteidigt, auch da, wo es im Interesse auch der eigenen Entwicklung besser gewesen wäre, prinzipiell solidarisch mit dem Sozialismus Kritik zu üben.“ Natürlich haben wir in der DDR und in den sozialistischen Ländern Fehler begangen. Aber war deshalb die rückhaltlose Verteidigung des Sozialismus gegen eine Welt von Feinden nicht oberstes Gebot auch für alle Kommunisten im Westen?

„Wir haben auch zu lange an der Parteikonzeption festgehalten, die auf einer Unterschätzung bzw. einem falschen Umgang mit der innerparteilichen Demokratie beruhte“, bemerkt Steigerwald und greift in diesem Zusammenhang das „Partei-konzept des ‚RotFuchs‘“ an, dem er Dogmatismus, Beschränkung auf archivarisches Arbeiten und „keine wirklich analytischen Arbeiten zur Parteigeschichte“ zum Vorwurf macht. Doch immerhin werden „Gemeinsamkeiten und Meinungsverschiedenheiten mit den Traditionalisten“ konstatiert, „einige Regeln des Umgangs miteinander“ empfohlen. „Keine Etikettierungen, strenges Bemühen um wirklich argumentative (wo nötig auch harte, Roß und Reiter nennende) Argumentation“. Das ist eine Basis, auf der man sich verständigen kann.

Indes – die Etikettierung standhafter Marxisten-Leninisten als „Traditionalisten“ beruht auf einer Saga, die unser kommunistischer Streitpartner bedenken sollte. Der Schlagabtausch mit einem Phantom ist nicht mehr als das Stochern im Nebel.

Klaus Steiniger



Zwanzig Ehemalige – darunter 12 Leiter zentraler Strukturbereiche und Dienstleistungen – äußern sich umfassend, detailliert und sachlich zur Abwehrarbeit des MfS. Ein Standardwerk für alle, die sich mit der DDR und ihrer Sicherheit befassen. Eine prinzipielle Antwort auf unzählige Veröffentlichungen seit 1990, die auf Verleumdung und Kriminalisierung des MfS und seiner Tätigkeit zielten.

Grimmer, Irmeler, Opitz, Schwanitz (Hrsg.)

Die Sicherheit Zur Abwehrarbeit des MfS

ca. 1000 S., geb., 2 Bd., im Grauschuber, ca. 54,00 € Subskriptionspreis bis zum 30. 6. 02, dann 68,00 € ab 1. 7. 2002, ISBN 3-360-01030-2. **Erscheint im März**

Müssen wir uns wirklich in Bushs und Schröders Krieg hineinziehen lassen?

Das moralische Credo der DDR-Bürger

Seitdem Bundeskanzler Schröder Deutschland in einen Krieg geführt hat, könnten sich die Prioritäten des Handelns bei manchem Deutschen und Anhänger des Friedens vielleicht doch verschieben. Als er am 7. Oktober 2001 diese unsägliche Demutsgeste übte und das Wort von der „uneingeschränkten Solidarität“ gegenüber der kriegslüsteren Bush-Administration aussprach, ganz konkret dann, als die Parlamentsmehrheit die Entsendung von Bundeswehreinheiten in die Kriegsführungsgebiete der USA beschloß, sind wir nach meiner Überzeugung in einen Zustand geraten, den Kirchenleute in ihrer Sprache den status confessionis (lat.: Bekenntnisstand) nennen. Deutschland ist wieder dort angelangt, wohin Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1914 die Deutschen haben wollte: auf der Suche nach dem „Platz an der Sonne“. Nachdem „wir alle Amerikaner“ werden sollen (was immer das heißen mag), kann für uns eigentlich nur noch gelten: „Ich kenne keine Parteien und Nationen mehr, sondern nur noch Kriegsgegner!“

Denn es geht doch wohl darum, diese moralische Verpflichtung hochzuhalten: NIE WIEDER KRIEG VON DEUTSCHEM BODEN AUS! Das ist der Stand (status) der Dinge, der uns zu entsprechendem Bekenntnis (confessio) herausfordert.

Die Industrie- und Finanzbosse dieses Landes, dem wir angeschlossen wurden, haben es mit ihrer versammelten Kapitalmacht in wenigen Jahren fertiggebracht, daß das Denken und Handeln in den Kategorien des Militärischen wieder zur Maxime der herrschenden Politik und – noch schlimmer – zu gesellschaftlicher Akzeptanz geführt wurde. Neben den kleingewordenen Scharen nicht-korrupter Friedensbewegter, neben einer Handvoll linker Intellektueller und neben einer übergroßen Mehrheit in der PDS und links von ihr organisierter Sozialisten steht diesem Denken in den Kategorien von Gewalt und Militär so gut wie nichts mehr entgegen.

Doch halt – gibt es da nicht doch noch Reserven? Ich meine, die Mehrheit der in den östlichen Bundesländern beheimateten DDR-Bürger (einschließlich derer, die ihre Heimat aus sozialen oder politischen Gründen mehr oder weniger unfreiwillig in die Westländer verlegen mußten) hatten Zeit ihres Lebens das Friedensgebot als das oberste Gebot eines DDR-Bürgers zu verinnerlichen. Die „kleine weiße Friedenstaube“ war für sie kein ornithologischer Begriff, sondern eine politische Hoffnung. „Daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“ zu singen hatten die SED-Oberen in ihrem unerforschlichen Ratschluß zwar mitsamt unserer Nationalhymne für unschicklich deklariert; aber daß keiner mehr in einem Kriege sterben sollte, dafür standen unsere Soldaten mit ihrem Ar-

meedien und unsere Grenzen mit der Wache an Elbe und Werra ein. Für den Frieden hat jeder Arbeitende bei uns gearbeitet, haben alle Studenten und Schüler studiert, und all die ihre Kunst und ihr Wissen angewendet, die dafür begabt waren – mit dem gewissen Abstrich derer, die mit ihrem Können sich höheren persönlichen Gewinn in der Westrepublik versprochen und also nach dorthin verblühten. Sollte dieses große Friedenspotential nicht doch zu mobilisieren sein – gegen die Kriege, in die uns die jetzt Herrschenden hineinziehen?

Stellen wir doch einmal folgende Gedankenübung an:

Die im Bundestag vertretene Friedenspartei PDS wird aufgefordert, politische, öffentlichkeitswirksame und ggf. gesetzgeberische Initiativen zu ergreifen, um eine vorläufige Aussetzung des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zu erklären. Diese Suspendierung erfolgt mit dem Ziel, die seit 1990 größer gewordene BRD wieder auf das Friedensgebot des Grundgesetzes zurückzuführen und alle bisher schleichend oder spektakulär getroffenen Entscheidungen in Richtung Militarisierung der Außenpolitik bis hin zur Beteiligung an Militäreinsätzen und an kriegerischen Handlungen anderer Staaten zu stornieren bzw. rückgängig zu machen.

Eine besondere Begründung erhalte diese Initiative durch die Tatsache, daß zwanzig Prozent der jetzigen Bundesbevölkerung, die in der DDR sozialisiert worden sind, das Führen von Kriegen aufgrund historischer,

politischer und moralischer Verantwortung aus tiefstem Herzen verabscheuen. Wenn die Gründe für diese Abscheu nicht gründlich und dauerhaft beseitigt werden, steht zu befürchten, daß Haß und Verachtung auch auf andere politische Strukturen und Verfassungsinhalte dieser Republik übertragen werden. Das könnte eine schwere Krise des innenpolitischen Systems der BRD zur Folge haben und müßte die angestrebte Einheit der Deutschen in einem Staatswesen erheblich gefährden. Auch um des inneren Friedens willen wäre also eine Entmilitarisierung der Außenpolitik dieses Landes dringend erforderlich.

Wäre es so undenkbar, daß die PDS die Aussetzung der Zuständigkeit des Außenministers und des Verteidigungsministers sowie der außen- und verteidigungspolitischen Zuständigkeit von Regierung und Parlament für die östlichen Bundesländer fordert? Selbst die ostdeutschen CDU-Wähler von 1990 haben zwar ein anderes wirtschaftliches System, aber doch niemals die Staatsbürgerschaft in einem kriegführenden Deutschland wählen wollen!

Wie auch immer: Die PDS als Friedenspartei muß jetzt für die Mehrheit der gesamten ostdeutschen Bevölkerung sprechen, den Krieg ächten und darf nicht müde werden, Frieden zu fordern. Möge sie ihrer umschmeichelten Koalitionspartnerin SPD ins Gewissen rufen: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ Das walte August Bebel.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe, Weimar



Grafik: Arno Fleischer

Wie USA und NATO auf den Prinzipien des Völkerrechts herumtrampeln

Ein spannender Abend mit Erich Buchholz

Am 18. Januar konstituierten sich die Berliner Mitglieder einstimmig als Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins: Sie wählten Dr. Ernst Heinz sowie weitere drei Genossinnen und Genossen in die Leitung, verabredeten sich zu künftigen Treffen und begrüßten deren Bildungscharakter. Die erste Zusammenkunft fand in den Räumen des Klubs der Volkssolidarität in der Torstraße (ehem. Wilhelm-Pieck-Straße) statt, deren freundliches Ambiente zur anregenden Atmosphäre des Abends beitrug.

Prof. Dr. Erich Buchholz, in der DDR Institutsdirektor an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität, sprach zu aktuellen Fragen des Straf- und Völkerrechts. Wie Marx und Engels im Kommunistischen Manifest konstatierten, sei das Recht „der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse, der in den materiellen Verhältnissen verwurzelt ist“. Schon hier schwingt die Erfahrung mit, daß sich sowohl im geschriebenen Recht als auch im Maß seiner Durchsetzung stets politische Kräfteverhältnisse niederschlagen.

Das gelte uneingeschränkt auch für das Völkerrecht. Dies unterscheide sich vom innerstaatlichen Recht durch eine Reihe von Eigenschaften: Es handle sich nicht um gesetztes, also etwa von einem Weltparlament beschlossenes, sondern um „Vertragsrecht“, und es regle den Umgang zwischen Staaten, nicht zwischen Individuen oder Personengruppen. Geburtsurkunde des modernen Völkerrechts sei die UN-Charta, von ihrer Grundkonzeption her ein Dokument des Antifaschismus und des Friedens. „Wir sind entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, zitierte der Redner aus der Präambel. Demnach gehörten zu den wesentlichen Grundsätzen das Prinzip der friedlichen Streitbeilegung und das Prinzip des Gewaltverbots. Als wichtigstes Organ der UNO zur Wahrung dieser Prinzipien wurde der Sicherheitsrat geschaffen – sowohl in seiner damaligen Konfiguration mit fünf ständigen und zwei nichtständigen Mitgliedsstaaten als auch in seiner gesamten seitherigen Tätigkeit Ausdruck der in der Welt herrschenden Kräftekonstellation. „Im Nachhinein darf man es wohl als eine weise Entscheidung werten, daß den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern ein Vetorecht eingeräumt wurde. Es hat die Funktion, zu verhindern, daß ein Teil der Welt mit Hilfe des Völkerrechts einem anderen Teil der Welt untergeordnet werden kann.“

Das Völkerrecht erlaube jedem Staat die Selbstverteidigung, auch die kollektive – aber eben Verteidigung, keinen Gegenangriff. Dabei gehe es nicht um Vergeltung oder Rache. Diese Begriffe seien im Völkerrecht unbekannt. Es gebe keine Instanz, die zu Strafaktionen befugt wäre, und das Gewaltmonopol liege ausschließlich beim Sicherheitsrat. Daher müsse jeder Verteidigungsakt diesem unverzüglich angezeigt werden, damit er die erforderlichen Maßnahmen ergreifen könne; die Selbstverteidigung sei also zeitlich äußerst kurz befristet.

Vor diesem Hintergrund, so Erich Buchholz, könne man nun die Frage prüfen, wie weit die Kriegshandlungen der USA in Afghanistan und der Bundestagsbeschluß vom 18.

Oktober 2001 über die Teilnahme daran vor dem Völkerrecht Bestand hätten. Antwort gäben mehrere Resolutionen des Sicherheitsrates. Darin würden zwar die terroristischen Aktionen vom 11. September als Gefahr für den Frieden verurteilt, aber nicht als bewaffneter Angriff bewertet; dieser Begriff käme in den Resolutionen überhaupt nicht vor. „Denn ganz zweifellos sind die Terroranschläge nicht von einem Staat und dessen Streitkräften vorgenommen worden.“ Ohne dies ausdrücklich zu formulieren, werden die militärischen Aktionen der USA also nicht als Akte der Selbstverteidigung akzeptiert. Der Sicherheitsrat habe deshalb auch keine militärischen Zwangsmaßnahmen nach Art. 42 der UN-Charta beschlossen, sondern alle Staaten aufgefordert, bei der gerichtlichen, also zivilen Verfolgung der „Täter, Organisatoren und Förderer“ der Terrorhandlungen zusammenzuarbeiten. Die USA oder die NATO besäßen demnach kein Mandat des Sicherheitsrates für Militärschläge. Zwar seien von den Vereinigten Staaten solche Anträge gestellt, die Entscheidungen des Sicherheitsrates aber nicht in deren Sinne getroffen worden.

So sahen sich die USA schließlich genötigt, den Sicherheitsrat über ihre Angriffshandlungen zu informieren und sie als „Selbstverteidigung“ zu deklarieren, obwohl Präsident Bush zuvor von „Vergeltung“, „Rache“ usw. gesprochen hatte. Diese Information sei vom Ratsvorsitzenden in einer Presseerklärung gewürdigt worden, aber eben als Information, die Handlungen selbst hätten überhaupt keine Erwähnung gefunden. Und ausgerechnet auf diese juristisch völlig unwirksame und politisch nur schwach relevante Presseerklärung stütze sich der Bundestagsbeschluß über die Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan. Das solle als „völkerrechtliche Grundlage“ gelten.

Zwar sei der Sicherheitsrat den USA nicht in den Arm gefallen, als sie ihre Kriegsabsichten wochenlang in alle Welt hinausposaunten und dann in die Tat umsetzten; er habe sich aber auch nicht als „beliebig manipulierbar“ gezeigt. Die Kriegshandlungen gegenüber Afghanistan trügen eindeutig den Charakter einer Aggression. „Somit ist alles, was in diesem Zusammenhang auch vom Bundestag beschlossen wurde, völkerrechtlich nicht abgedeckt.“ Die Anwesenden bedankten sich für die spannende Darstellung, die klare Sprache und die geradezu atemberaubende Logik des Vortrags mit herzlichem Beifall und einer ambitionierten Diskussion. Mancher von den insgesamt 20 Rednern nutzte die Gelegenheit, seine ganz persönliche Sicht zu erläutern. Viele Fragen wurden gestellt, die Erich Buchholz wissenschaftlich beantwortete. Die erste betraf die z. T. widersprüchliche Haltung der PDS zur aktuellen internationalen Situation. Dann ging es um die völkerrechtliche Bewertung der NATO-Aggression gegen Jugoslawien und den Milosevic-Prozeß sowie die generelle Haltung der Vereinigten Staaten zu Bestimmungen des zwischenstaatlichen Rechts. Prof. Erich Buchholz: „Daß die USA das Völkerrecht nicht gerade sehr hoch schätzen, ist seit Jahrzehnten bekannt. Sie suchen le-

diglich einen Schein des Rechts für ihre Aktionen zu wahren.“ Der Überfall auf Jugoslawien sei eine beispiellose Mißachtung des Völkerrechts gewesen. „Die ganze Geschichte der USA war doch eine Kette von Aggressionen“, wurde von einem Teilnehmer unter Hinweis auf Korea, Vietnam, Grenada und den sog. Golfkrieg geltend gemacht. E. Buchholz stimmte dieser Auffassung zu; eine Ausnahme habe indes das Eingreifen der Vereinigten Staaten gegen den Hitlerfaschismus und den japanischen Militarismus gebildet, auch wenn es dabei eine Reihe von Verstößen gegen das Kriegsrecht (Dresden, Hiroshima, Nagasaki) gegeben habe. Eine Genossin stellte die Frage nach räumlichen Grenzen für die Selbstverteidigung, eine andere warf das Problem des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan auf. Damals habe es ein Hilfssuchen der Regierung unter Babrak Karmal auf der Grundlage des bestehenden Freundschafts- und Beistandsvertrages zwischen der UdSSR und Afghanistan gegeben, sagte Erich Buchholz. Ein weiterer Fragenkomplex betraf das Kräfteverhältnis im Sicherheitsrat. Bei den Afghanistan-Resolutionen und in anderen Zusammenhängen habe sie das chinesische Veto vermißt, meinte eine Genossin. In diesem Zusammenhang wurde an die jahrzehntelange erfolgreiche Handhabung dieses Instruments durch die Vertreter der Sowjetdiplomatie erinnert. Schließlich drehte sich die Debatte um das Verhältnis der Menschenrechte zum Völkerrecht, um die USA-Schulden gegenüber der UNO und um das politisch-ökonomische Umfeld der Aggression in Afghanistan. Ein Genosse machte auf die Öl-Ambitionen der USA als treibendes Motiv aufmerksam. „Kein Staat der Welt ist mehr sicher, daß er nicht von den USA überfallen wird. Washington gerät mit der ganzen Welt in Konflikt.“

Frank Mühlefeldt



Aus: „Solidaire“, Brüssel.

Warum die Anschläge vom 11. September die Welt nicht veränderten

Ebersberger Protokoll

Die DKP-Kreisgruppe Ebersberg in Südbayern hat den Artikel von Leo Mayer und Fred Schmid, der am 16. 11. 01 in der UZ erschien und die Frage der Existenz eines „Kollektiven Imperialismus“ aufwarf, gründlich diskutiert. Im Ergebnis der Debatte wurde die hier abgedruckte protokollhafte Stellungnahme formuliert. Da sie von allgemeinem Interesse ist, unterbreiten wir sie unseren Lesern, um die weitere Diskussion über diesen wichtigen Gegenstand anzuregen.

1. Die Genossen Leo Mayer und Fred Schmid weisen zu Beginn des Artikels aus unserer Sicht ganz richtig auf eine sehr wichtige Ursache von Kriegen in der Welt hin: das Interesse der hochentwickelten Industriestaaten am ungehinderten Zugang zum Öl. Ist dieser auch nur im geringsten gefährdet, ist ihnen jedes Mittel recht, um einen Krieg gegen sogenannte Schurkenstaaten zu führen. Bestes Beispiel ist, wie auch von den Autoren genannt, der Krieg gegen Irak.

Unverständlich ist uns aber, wie die Autoren ohne Untersuchung des Zusammenhangs von Ursache und Wirkung zu dem Schluß kommen, die verbrecherischen Anschläge vom 11. September 2001 seien nun „offenbar erst der Auftakt zu einer neuen Spirale von Gewalt und Gegengewalt“, wo sie doch selbst wenige Zeilen zuvor noch darauf hinweisen, daß allein die USA seit dem Golfkrieg 50 größere Militäreinsätze im Ausland durchgeführt haben! Wieso suchen sie nun auf einmal die Verantwortung für den „Auf-takt zu einer neuen Spirale von Gewalt und Gegengewalt“ beim Terrorismus und nicht mehr beim Imperialismus? Warum setzen die Autoren mit dieser Formulierung die verbrecherischen Anschläge vom September 2001 mit der ganz anderen Qualität des Krieges, den die USA nun gegen Afghanistan führen, gleich? Warum übernehmen sie kritiklos die bereits zitierte Formulierung, mit der normalerweise die bürgerliche Propaganda den Krieg als Mittel gegen den „Terrorismus“ rechtfertigt und die strategischen sowie Rohstoffinteressen der beteiligten Staaten vernebelt?

2. Die Genossen Leo Mayer und Fred Schmid kommen in dem Artikel zu der richtigen Einschätzung, die verbrecherischen Anschläge vom September 2001 seien für die Imperialisten ein willkommener Anlaß, um Kriegspolitik und Demokratieabbau durchzusetzen? Wieso aber erklären sie nur wenige Zeilen vorher, politisch motivierte Anschläge hätten heute den Stellenwert einer Systembedrohung angenommen? Warum wird sogar der Vergleich mit der Bedrohung des Kapitalismus durch den Kommunismus gezogen, wo doch das sozialistische Lager für den Imperialismus deshalb eine Bedrohung war, weil es, wie die Genossen in ihrem Artikel

selbst richtig anmerken, eine gesellschaftliche Alternative darstellte?

3. Die Genossen Leo Mayer und Fred Schmid sind der Ansicht, durch Anschläge wie die vom 11. September 2001 sei „die Funktionsweise des globalen Kapitalismus“ gefährdet. Tatsächlich gab es im Gefolge der Anschläge wirtschaftliche Behinderungen (z. B. durch Beschränkungen des Flugverkehrs u. a. m.) Den Beweis für die Behauptung, bedroht sei „die gesamte Infrastruktur der vernetzten Weltwirtschaft“, bleiben sie allerdings in dem Artikel schuldig. Die Funktion des globalen Kapitalismus besteht doch darin, daß einige Monopole die große Mehrheit der Menschheit ausbeuten. Haben die Anschläge das wirklich in erheblichem Maße gestört? Eine Spalte weiter stellen sie selbst fest: „Der Einsturz des World Trade Center war nicht die Ursache des Absturzes der Konjunktur in der Metropole des Kapitals.“ Zur Funktion des globalen Kapitalismus gehört es doch, daß er periodische Überproduktionskrisen durchmacht. Und die gab es, wie die Genossen richtigerweise feststellen, schon vor den Anschlägen. Wir glauben, die Genossen übernehmen bei der Einschätzung der Anschläge kritiklos die bürgerliche Propaganda, die, wie sie selbst richtig feststellen, „diese Gefahr wiederum ... zur monströsen Psychose, zur Angst- und Panikmache hochstilisiert“.

4. Wir stimmen mit den Genossen überein, daß alle imperialistischen Länder ein gemeinsames Ziel darin sehen, die bestehende ungerechte Weltordnung aufrecht zu erhalten. Dies ist aber nicht neu. Dieses Interesse bestand schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts, und dennoch gab es zwischenimperialistische Kriege.

Woher kommt heute die Bedrohung, die den „Kollektiven Imperialismus“ notwendig macht? Die Genossen Leo Mayer und Fred Schmid meinen: die Verbrecher von New York und Washington! Wir halten dies für keine ernsthafte Antwort. Die These von einem „Kollektiven Imperialismus“ läßt sich damit nicht begründen.

Die Genossen verweisen zu Recht darauf, daß die Massen der Weltbevölkerung vom Kapitalismus ins Elend gestürzt wurden und werden. Aber stellen die verelendeten Massen der Welt für den Kapitalismus heute eine Bedrohung dar, die der Bedrohung durch das frühere sozialistische Lager gleichwertig wäre? Sind die antiimperialistischen Kräfte in der Welt tatsächlich bereits eine solche Bedrohung für den Imperialismus, daß er sich nur noch kollektiv dagegen wehren kann? Und welche Rolle spielt die Arbeiterklasse in den Metropolen?

Richtig ist es, wenn die Genossen Leo Mayer und Fred Schmid darauf hinweisen, daß es auch darum geht, „den Aufstieg rivalisierender Mächte“ zu verhindern. Wer könnten denn die rivalisierenden Mächte sein? Und wäre diese Bedrohung genug, um einen „Kollektiven Imperialismus“ zu erzwingen? Wie wird überhaupt entschieden, wer ein Rivale ist und wer bei der „globalen politisch-militärischen Diktatur“ mitmachen darf?

Eine wichtige Frage ist unserer Meinung nach, welche Rolle die in den vergangenen Jahrzehnten existente und bis heute bestehende erdrückende militärische Übermacht der USA spielt? Ist nicht vielleicht diese Übermacht ein sehr gewichtiges Motiv der anderen Imperialisten, sich in der Regel brav unterzuordnen und zu versuchen, den Reich als Juniorpartner zu machen? Und ist diese Übermacht für alle Zeit gesichert?



„Wie jeder weiß, sind die Araber ungewöhnlich grausame, rückständige und blutrünstige Leute.“ „Deshalb müssen wir aufgeklärten, humanen, zivilisierten und demokratisch gesinnten Amerikaner ihnen ab und zu eine Lektion erteilen.“ Aus: „Proletären“, Göteborg.

Zur Neuauflage der Formel vom „friedensfähigen Imperialismus“

Gemeinsame Interessen?

Die „Schweriner Volkszeitung“ preist eine „Neue Weltordnung im Zeichen des Euro“ mit folgenden Daten: Anteil an der Weltwirtschaft – USA: 21,9 %, Euro-Zone: 16,2 %; Anteil am Welthandel – USA: 15,2 %, Euro-Zone: 18,9 %. Das sieht fast so aus, als ob bereits eine neue Kräftestruktur entstanden sei. Diese Zahlen sind jedoch eine Verfälschung der Realität. Stellt man nämlich die Dollarzone der Euro-Zone gegenüber, dann hält der Dollar bei allen Finanzoperationen (Kredit, Anleihe, Börse usw.) 90 %! Der Irrtum ist ein mehrfacher. Weder die USA noch „Europa“ sind in sich geschlossene Märkte; ihre Gegenüberstellung ist wertlos, drückt nicht die wahren Machtverhältnisse aus. Der Euro hat keine „Neue Weltordnung“ hervorgebracht. Vielmehr werfen neue Machtkämpfe, neue Lasten für die Völker, neue Kriege ihre Schatten voraus.

Betrachten wir zunächst die Wirksamkeit des Euro. Ist die Euro-Zone durch den Währungswandel plötzlich leistungsfähiger geworden? Weder die „Europäische Vereinigung“ noch der Euro lassen sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte und der Konzentration der Produktion erklären, sondern nur aus der Konzentration des Kapitals. Die Zentralisierung des Kapitals hat sich immer mehr von der Konzentration der Produktion gelöst, sie verliert weithin ihre materielle Basis. Gegenwärtig findet eine zunehmende Zergliederung der Produktion und der Produktionsstätten mit automatisierten Einzelprozessen statt, was auch eine Dezentralisierung der Arbeiterklasse zur Folge hat. Um dem Euro die ihm zugeordnete Macht verleihen zu können, fehlt ihm also eine wichtige Voraussetzung: die reale produktive Basis. In der gegenwärtigen Krise zeigt sich, daß Europa der Rezession in den USA nichts entgegenzusetzen hat. Die Widersprüche zwischen der Produktion einerseits und dem Finanzkapital andererseits werden sehr schnell wachsen. Das ist alles andere als „kollektiver Imperialismus“!

Führt nun die Konzentration des Kapitals zu einem „einheitlichen Interesse“ des Imperialismus? Die Tendenz zu seiner Konzentration über Landesgrenzen hinweg ist nicht neu. Marx untersuchte sie ausführlich, Lenin bewies sie 1916 eingehend. Aber selbst jüngste Höhepunkte der Konzentration begründen nicht die These von der alles beherrschenden Macht der Transnationalen Konzerne. Sie steht im Widerspruch zum Staatsmonopolismus, d. h. zur Macht des nationalstaatlich organisierten Kapitals, das keineswegs aufgehoben ist. Zum anderen ist es ein Irrtum anzunehmen, daß unter den Transnationalen Konzernen eitel Friede und ein einheitlicher Wille herrschen, setzt sich doch das transnational erscheinende Kapital aus verschiedenen national organisierten Kapitalen zusammen. Etwas vereinfacht: Der Profit wird zwar international produziert und aus den Völkern herausgepreßt (nur dafür stehen „gemeinsame Interessen“), aber national realisiert; hier gehen sofort die Interessen auseinander, beginnt das Hauen und Stechen. Den größten Anteil bekommt, wer das meiste Kapital eingebracht hat. Die anderen fechten um ihre Anteile und die Führung – notfalls per Krieg. Lenins Wort vom reaktionären Charakter kapitalistischer Absprachen, z. B.

auch der „Europäischen Vereinigung“, findet seine Bestätigung. Der Euro ist das Ergebnis eines intensiven Machtkampfes verschiedener nationaler Kapitale, zuallererst Zeichen des Machtanspruchs des deutschen Imperialismus. Die französische Konkurrenz versucht, mit dem Euro die Vormachtstellung der deutschen Mark zu brechen. Für andere europäische Staaten bringt der Euro die blanke Unterwerfung – bis zur nächsten Gelegenheit eines Ausbrechens. Was also ist bestimmend: die „Einigung“ oder der Machtkampf?

Auf der Tagung des PV der DKP im September 2001 bezeichnete Heinz Stehr die gegenwärtigen Kriege – als „Kampf gegen den Terrorismus“ getarnt – als „gemeinsame Trägerschaft für eine Politik zur Sicherung der heutigen und zukünftigen Weltordnung, in der der USA-Imperialismus, der japanische Imperialismus, der Imperialismus der stärksten EU-Staaten, vor allem der deutsche Imperialismus, gemeinsame Interessen vertreten“. Genau das Gegenteil ist der Fall: Unter dem Deckmantel gemeinsamer Interessen verfolgen die USA und Deutschland zum Beispiel auf dem Balkan völlig unterschiedliche eigene Ziele. Hinter der Fassade des „gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus“ rüstete Rußland die Nordallianz in Afghanistan mit moderner Kriegstechnik aus, um den Ölabsatz aus dem Kaspische-Bereich und Zentralasien wenigstens teilweise unter seiner Kontrolle zu behalten. Übrigens ist deutsches Kapital hier massiv involviert. Nicht zufällig hat Schröder das Gerede von der „uneingeschränkten Solidarität“ blitzschnell in die Losung von den „deutschen Interessen“ verwandelt, als er die Notwendigkeit eines Einrückens von BRD-Soldaten in Kabul begründete. Auch Israel wittert Morgenluft und forciert die Durchsetzung seiner eigenen Ziele in Palästina. Indien – wenn auch noch kein imperialistischer Staat – sucht beim Mittun „gegen den Terrorismus“ seine Gelüste auf Kaschmir zu tarnen und zielt auf die Schwächung des USA-Satelliten Pakistan. Am Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte zerbersten alle sogenannten gemeinsamen Interessen.

In der Diskussion unter Sozialisten und Kommunisten um die Einschätzung des derzeitigen Imperialismus zeichnen sich zwei Grundlinien ab: Die eine geht nach wie vor von Lenins Imperialismus-Analyse, vom Imperialismus als ökonomischer Kategorie aus und versucht, sie anhand der deutlich werdenden Widersprüche zu aktualisieren. Hervorragendes Beispiel ist die Schrift „Imperialismus – dekadenter, parasitärer, sterbender Kapitalismus“ von Prof. Harpal Brar. Die andere kommt mit Rückgriff auf bürgerliche Verschleierungstermini wie „Globali-

sierung“ und „Neoliberalismus“ sowie mit der Präsentation angeblich gemeinsamer Interessen eines transnationalen Kapitals immer näher an Kautskys Ultraimperialismus heran. Sie betrachtet den Imperialismus vor allem als politische Herrschaftskategorie. Die Konzentration des Kapitals ist indes weder Ursache noch Ergebnis irgendwelcher gemeinsamer Interessen, sondern Ursache und Ergebnis des brutalen Kampfes um Maximalprofit. Das Monopol hebt zwar die freie Konkurrenz auf, verschärft aber die Widersprüche um so mehr.

Es ist nicht nur ein theoretischer Streit, ob das Bestimmende die Einigung der Imperialisten in Weltbank und IWF ist und dabei gelegentlich Widersprüche auftreten, oder ob das Gesetzmäßige die ungleichmäßige und gegensätzliche Entwicklung des Kapitals auch bei weiterer Konzentration und zeitweiliger Verständigung ist. Strategie und Taktik der Kommunisten, die die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ mehr denn je hochhalten und zugleich das Kapital auf nationaler Ebene angreifen müssen, hängen davon ab. Eine einseitige Betonung der Allmacht des transnationalen Kapitals und einer harmonisierenden „Globalisierung“ verdunkelt die Angriffspunkte und birgt die Gefahr der Paralyse der antiimperialistischen Kräfte, weil alles am Horizont verschwimmt. Das Bedenklichste an der Theorie des „kollektiven Imperialismus“ oder seiner These von den „gemeinsamen Interessen“ ist die Verkenning der sich verstärkenden Kriegsgefahr und der Realität inzwischen ständiger Kriege. Sie führt zu einer Blockierung der Friedensbewegung. So erinnern mich manche Auffassungen in der Substanz an jene berühmt-berüchtigte Formel von der „Friedensfähigkeit des Imperialismus“, die die Wachsamkeit der Völker einschläferte und nicht unwesentlich zur Niederlage der sozialistischen Revolution in Europa beigetragen hat.

Norbert Pauligg



Grafik: SHAHAR

FRIEDENSTAUBE

Was die Kommunisten der „übrigen Masse des Proletariats“ voraushaben

Zur Dialektik von Theorie und Praxis

Immer wieder habe ich mir die Passage aus Hugo Brauns Artikel zum Verhältnis von DKP und ATTAC in der UZ vom 7. 12. 2001 durchgelesen. Ich kam nicht dahinter, was er unter den „Kapitalismuskritikern von oben“ versteht. Es scheint jedoch so zu sein, daß er den Gegensatz zu den „Kapitalismuskritikern von oben“ in jenen Kräften sieht, die Lernprozesse in der politischen Praxis organisieren wollen. Aus dieser Praxis solle sich dann ein Kapitalismusverständnis einer breiten Mehrheit und nicht das einer intellektuellen Elite herausbilden. Der von H. Braun beschriebene Gegensatz kann nur dann sinnvoll verstanden werden, wenn man in den Kapitalismuskritikern von oben jene sieht, die Lernprozesse in der Theorie organisieren wollen; das daraus resultierende Kapitalismusverständnis stünde dann nur einer intellektuellen Elite zur Verfügung. Es ist jedoch für einen Vertreter der dialektischen Methode völlig unerheblich, ob er sich von der Seite der Theorie oder von der Seite der praktischen Erfahrung dem Kapitalismus nähert, um ihn zu verstehen, denn Verständnis setzt im besten Fall immer die Erfassung des Gesamtzusammenhangs voraus, der auch die dialektische Einheit von Theorie und Praxis beinhaltet. Eine Erfahrung, deren Wesen nicht erfaßt werden kann, weil sie theoretisch nicht durchdrungen wurde, verhindert ebenso die Entwicklung eines Kapitalismusverständnisses wie der Umgang mit theoretischen Aussagen, dem die Erfahrung der durch sie widerspiegelten gesellschaftlichen Realität fehlt.

Kritikwürdig ist die Auffassung H. Brauns, weil er den beiden möglichen Ausgangspunkten von Erkenntnissen ein Oben und folglich auch ein Von-Unten-Kommend zuordnet. Es handelt sich dabei um Begriffe, die im Zusammenhang mit erkenntnistheoretischen Problemen nichts klären; sie beleben nur die unbrauchbare Vorstellung vom politischen Praktiker, der etwas vom Leben verstanden hat, weil er zupackt (dieser wird auf einer assoziativ-emotionalen Ebene dem arbeitenden Menschen gleichgesetzt, der ebenfalls zupackt und das gesellschaftliche Unten verkörpert), und die Vorstellung vom Theoretiker, dessen Verständnis der Dinge elitär und letztlich unbrauchbar ist. Auf diesem Wege werden Wissenschaft und Arbeiterbewegung auseinandergeführt. Daran ändert zumindest in der konkreten Argumentation H. Brauns der Verweis auf die Marx'sche Erkenntnis, daß eine Idee erst dann zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift, auch nichts mehr; außerdem löst diese Erkenntnis von Marx nicht die mit ihr verbundenen theoretischen und praktischen Probleme, sowohl für das Proletariat als auch für die Wissenschaftler: Denn damit sich die materielle Gewalt entfalten kann, bedarf es eben einer Idee oder Theorie, an der z. B. Karl Marx gearbeitet hatte (wer arbeitet heute daran?) und ihrer Ergreifung durch die Massen, denn damit die Massen von einer Idee ergriffen werden, bedarf es wiederum auch ihres Zugriffs, der bekanntlich nicht spontan, sondern organisiert erfolgt.

Die Probleme sind also nicht entweder in der Theorie oder in der Praxis zu suchen und in diesem Zusammenhang schon gar nicht in einem Unten oder Oben.

Der hier besprochene Abschnitt des Artikels von H. Braun endet mit der Aussage: „Die Durchsetzung theoretischer Erkenntnisse ist ein Prozeß, dessen Ergebnis man nicht an den Anfang stellen kann.“ Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß ich das Ergebnis eines Erkenntnisprozesses nicht an seinen Anfang stelle, denn wenn das Ergebnis schon existiert, hat der Prozeß bereits stattgefunden, und wenn der Erkenntnisprozeß noch nicht stattgefunden hat, kann sein Resultat nicht an seinen Anfang gestellt werden. Allerdings spricht H. Braun auch nicht von einem Prozeß theoretischer Erkenntnis, sondern von einem Prozeß der Durchsetzung theoretischer Erkenntnisse – bezieht man die Durchsetzung auf den eigenen Erkenntnisprozeß, also in dem Sinne, daß man sich selbst zu theoretischer Erkenntnis durchringt, so trifft auch hier die Aussage zu, daß man das Ergebnis dem Prozeß nicht vorwegnehmen kann.

Es gibt aber einen zweiten Fall, in dem sich derjenige, der die Erkenntnis durchsetzt, und derjenige, bei dem sich die Erkenntnis durchsetzt, unterscheiden – in diesem Fall gibt es ein bereits ermitteltes Erkenntnisresultat und es steht am Anfang eines Erkenntnisprozesses, an dessen Ende der Nachvollzug des bereits Erkannten steht – man könnte einfach von Aneignung bereits bestehender Erkenntnisse sprechen, es handelt sich um einen Lernprozeß.

Diese vielleicht kleinliche Unterscheidung hat für die kommunistische Partei essentielle Bedeutung, die in einer Passage des kommunistischen Manifests festgehalten ist. Im Abschnitt über das Verhältnis von Proletariern und Kommunisten heißt es im 3. Absatz: „(...) sie (die Kommunisten – D. H.) haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“

Nun ist ATTAC nicht die proletarische Bewegung; das braucht einen Kommunisten aber nicht daran zu hindern, die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung, deren historische Mission es ist, den Kapitalismus nicht nur zu verstehen und zu kritisieren, sondern zu überwinden, im praktischen und theoretischen Wirken von ATTAC durchzusetzen. Es ist nun eine andere Frage, ob dies für Kommunisten an diesem Ort wünschenswert ist, ob es möglich ist, und wenn es möglich ist und dem eigenen Interesse entspricht, wie man als KP diese Einsichten vermittelt.

Den Erkenntnisprozeß von ATTAC in dem Sinne zu seinem eigenen Erkenntnisprozeß zu machen, daß man sich auf den gleichen erkenntnistheoretischen Ausgangspunkt begibt, um einem einzuleitenden oder durchzusetzenden Erkenntnisprozeß keine Ergebnisse voranzustellen, heißt, die Voraussetzungen und auch die Resultate des Erkenntnisprozesses (denn sonst bräuhete man

sich für die Durchsetzung der Erkenntnisse nicht einzusetzen) von ATTAC zu seinen eigenen zu machen. Daß H. Braun nicht ganz so frei von bereits erzielten Ergebnissen in den ATTAC'schen Erkenntnisprozeß einsteigt, wird dann aber doch am Ende des Artikels deutlich. „Wie sich diese Bewegung in den aktuellen Kämpfen weiterentwickelt und wie dort die Diskussion um Alternativen und gesellschaftliche Zukunftsperspektiven geführt wird – das hängt nicht zuletzt vom Engagement konsequenter linker Kräfte in dieser Bewegung ab.“ Nun, wo es vom konsequenten Linken abhängt, da wird der Inkonsequente, der es leicht vermasseln könnte, nicht weit sein. Sicher zählt sich H. Braun zu den Konsequenten, bleibt die Frage, wer zu den Inkonsequenten zu rechnen ist. Vieles scheint in diesem vermeintlich voraussetzungslosen Findungsprozeß also doch schon gefunden, und vielleicht ist es diese schon öfter gescheiterte Haltung der DKP, in Bündnissen das kommunistische Verständnis der Dinge unausgesprochen zu lassen und recht bereitwillig schon zu Beginn der Diskussion den Konsens zu formulieren (den sollte man nun wirklich ans Ende eines Diskussionsprozesses stellen), sich selbst aber – häufig unabhängig von den tatsächlichen Ereignissen, Fähigkeiten und Leistungen – als die konsequente Kraft zu sehen.

So unbrauchbar die Begriffe vom Oben und Unten im Zusammenhang mit Problemen des Erkenntnisprozesses sind, so herrisch ist die Pose des Konsequenten, des Nicht-Angepaßten gegenüber Bündnissen, in denen er behauptet, partnerschaftlich mitzuarbeiten; unaufrichtig ist es, sich als Kommunist im Diskussions- und Erkenntnisprozeß einer politischen Bewegung auf eine Position ideologischer Abstinenz zu begeben, scheinbare Offenheit zu demonstrieren, im gleichen Atemzug aber schon – diesmal in der Tat von oben herab – von den Konsequenten und folglich auch den Inkonsequenten zu sprechen. Und – weil ideologisch abstinent – eine sachliche Bestimmung dessen, was in der Kritik des Kapitalismus konsequent und inkonsequent ist, nicht zu leisten.

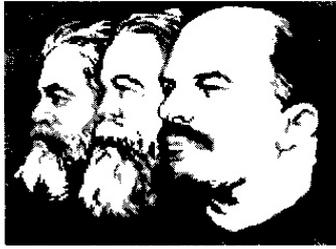
Vielleicht liegt dieses Problem darin begründet, daß die DKP nicht mehr das ist, was sie zu sein behauptet: eine Partei, die der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus hat. Denn auch für sie gilt, daß sich ihr tatsächliches Sein nicht aus ihrem Bewußtsein (von sich selbst) erklärt. Um revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu sein, bedarf es eben mehr als nur des festen Glaubens, man sei es, unabhängig vom tatsächlichen Gang der Dinge. Das wäre nicht weiter schlimm, denn was man noch nicht ist, kann man werden – Voraussetzung ist jedoch nicht zu glauben, man sei schon, was man erst werden kann. So könnte aus einer bescheidenen Selbsteinschätzung ein anspruchsvolles Ziel abgeleitet werden ...

Daniel Hohnerlein, Saarbrücken

Der „Kapitalfetischismus“ (I)

Im „RotFuchs“ Nr. 47 hatten wir die Frage gestellt, warum so viele Werktätige den Klassencharakter des Staates nicht zu erkennen vermögen, und das zunächst aus Überbauerscheinungen – als ideologischen Vorgang – erklärt. Dies entsprach im wesentlichen dem Erkenntnisstand von Marx und Engels in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts, vor dem Ausbruch der 48er Revolution. Erst mit der Ausarbeitung des Werkes „Das Kapital“ gab Marx seiner Staatstheorie ihre endgültige dialektisch-materialistische und damit einzig wissenschaftliche Begründung. Bis dahin war sie eine „geniale Idee“, wie Lenin meinte (LW 1/129 ff.), eine Hypothese. Mit der Ausarbeitung seiner Mehrwerttheorie konnte er aus ökonomischer Sicht die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats endgültig und umfassend nachweisen. Für die Arbeiterklasse galt und gilt: Entweder sozialistische Revolution, Errichtung der Diktatur des Proletariats als unverzichtbare politische Bedingung für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft oder Verzicht auf soziale Emanzipation, Kapitulation vor der Allmacht des Kapitals. Ein „Mittelding“ gibt es nicht.

Mit der Enthüllung des Kapitalfetischismus (Glaube an geheimnisvolle Kräfte des Geldes, sich aus sich selbst, von allein zu vermehren. „Geld erzeugt mehr Geld!“), wobei das Kapital fälschlich mit Geld identifiziert und nicht als ein gesellschaftliches Verhältnis verstanden wird.) und damit der Mystifizierung des bürgerlichen Staates konnte Marx nachweisen, daß die Arbeiter nicht spontan den Klassencharakter des bürgerlichen Staates und die Notwendigkeit der Errichtung ihrer proletarischen Macht er-



kennen und sich von kapitalistischer Ausbeutung befreien können. Diese geistige Barriere vermögen sie nur unter Führung ihrer revolutionären Partei, die über die dafür notwendigen wissenschaftlichen Kenntnisse und organisatorischen Fähigkeiten verfügt, zu durchbrechen. Im Kommunistischen Manifest haben Marx und Engels bereits auf diesen Sachverhalt verwiesen, aber auch hier gilt: Erst mit der Entdeckung des Mehrwertgesetzes und der Aufdeckung des Kapitalfetischismus war diese Notwendigkeit als eine politische Gesetzmäßigkeit bewiesen. Wenn der Kapitalfetischismus die Grundlage für die Mystifizierung des bürgerlichen Staates ist, müssen wir uns dieser Erscheinung zuwenden, auch auf die Gefahr hin, den Lesern einige Kopfschmerzen zu bereiten.

Ausgangspunkt zur Aufdeckung des Kapitalfetischismus bildete für Marx das Geld als allgemeines Tauschmittel. Die Individuen treten sich als dessen Eigentümer gegenüber. Im Geld sind aber alle sozialen, religiösen und politischen Unterschiede zwischen den einzelnen Menschen ausgelöscht. Den Einkommen der Individuen (Arbeitslohn, Profit, Zins, Rente usw.) sieht man in der Form des Geldes nicht mehr an, daß sie ihnen nur als Angehörigen einer bestimmten Klasse zukommen. Alle qualitativen Klassenunterschiede verschwinden in der Form des Geldes. Damit scheint die Gleichheit der Individuen in der kapitalistischen Gesellschaft hergestellt zu sein. Diese Gleichheit besteht objektiv nämlich so weit, als die Individuen Geld besitzen. Unterschiede ergeben sich nur nach der Qualität, danach, über wieviel Geld die Einzelnen verfügen, was wiederum durch den spezifischen Charakter des jeweiligen Einkommens bestimmt wird.

Marx charakterisierte das Geld als gesellschaftliches Machtmittel, als „unpersönliches“ Eigentum, das in der auf Tauschwert beruhenden Gesellschaft den Zusammenhang zwischen den Individuen herstellt. Diese gesellschaftlichen Zusammenhänge und Abhängigkeiten erscheinen als sachliche Zusammenhänge, sachliche Abhängigkeiten.

In der auf Warenproduktion beruhenden Gesellschaft sind die Individuen Subjekte des Austausches. Die Austauschenden begegnen sich als juristisch freie Personen, motiviert durch das gegenseitige Interesse am Austausch. Damit gesellt sich zur Bestimmung der „sozialen Gleichheit“ nun auch noch die Bestimmung der „Freiheit“ der einzelnen Personen. Wichtig für das Verständnis des Kapitalfetischismus ist die Klärung des Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit (Tauschwert und Gebrauchswert), in der

Marx die abstrakte, tauschwertsetzende Arbeit als Quelle des Warenfetischismus erkannte. Zur Erläuterung: Die warenproduzierende Arbeit erzeugt ein Produkt, das ein menschliches Bedürfnis befriedigt, also „gebraucht“ wird, einen „Gebrauchswert“ besitzt (Schuhe, Kleidung, Brot, Klaviere etc.) Ohne diesen konkreten „Gebrauchswert“ würde niemand die Ware kaufen. Er ist eine sichtbare Erscheinung. Dazu gehören auch Dienstleistungen. Gemessen wird der Wert oder „Tauschwert“ einer Ware an der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die zu ihrer Produktion erforderlich ist. Er wird abstrakt in Geld ausgedrückt. Im Geldausdruck verschwindet der konkrete Gebrauchswert, der einzelne Artikel (Schuhe, Kleidung, Klaviere etc.) Den Kapitalisten interessiert nur der „Tauschwert“. Den „Gebrauchswert“ erzeugt er nur deshalb, weil er anders keinen „Tauschwert“ realisieren kann. Über die Medien werden heutzutage auch Pseudobedürfnisse suggeriert, deren Nutzen fraglich ist. Aber auch hier gibt es einen Tauschwert, über den der Kapitalist einen Profit realisieren kann.

Marx unterschied deutlich zwischen Waren- und Geldfetischismus, wobei der Warenfetischismus gegenüber dem Geldfetischismus der grundlegende ist. „Das Rätsel des Geldfetischs ist daher nur das sichtbar gewordene, die Augen blendende Rätsel des Warenfetischs.“ (MEW 23/108)

Die aus dem Geld- und Warenfetischismus hervorgehende Mystifikation wird auch in der sogenannten kleinen Zirkulation zwischen Kapital und Arbeit sichtbar, im Kauf und Verkauf der Arbeitskraft. Werden die Beziehungen zwischen Kapitalist und Arbeiter darauf reduziert, dann erscheinen sie zwangsläufig als reines Geldverhältnis, als ein Vertragsverhältnis zwischen Käufer und Verkäufer, als ein Akt der einfachen Zirkulation. Als freier Eigentümer seiner Arbeitskraft kann der Arbeiter diese verkaufen oder auch nicht. Er kann kündigen, kann sich den Käufer seiner Arbeitskraft in „freier Selbstbestimmung“ aussuchen, ist ein „freier“ Mensch. Die entscheidende Seite, die Mehrwertproduktion, der Gebrauch der gekauften Arbeitskraft durch den Kapitalisten, der über die Produktionsbedingungen verfügt, das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung, die unbezahlte Mehrarbeit der Arbeiter im Produktionsprozeß, bleibt außerhalb der Betrachtung, ist aus der äußeren Erscheinung ausgeblendet. Das Verhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter erscheint so als ein bloßes Vertragsverhältnis. Dieser Schein wird noch verstärkt durch die Auswahl von neutralen Termini durch die bürgerlichen Ökonomen wie „Arbeitnehmer“ – „Arbeitgeber“ – „Tarifpartner“, die dann auch „Bündnisse für Arbeit“ eingehen und „moderate Abschlüsse“ in trauter Gemeinsamkeit annehmen können.

Ulrich Huar

LESEEMPFEHLUNG:

Marx: *Das Kapital*, Bd. I, Erstes Kapitel Die Ware, Abschn. 4. Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis, MEW 23/85-98

HHH WIRD 75

Am 26. Februar 2002 vollendet der herausragende marxistisch-leninistische Theoretiker **Prof. Dr. Hans Heinz Holz** (in Ch-6577 San Abbondio, C. P. 76) sein 75. Lebensjahr.

Einer der bedeutendsten lebenden Philosophen, Historiker und Essayisten kommunistischer Prägung im deutschen Sprachraum, hat sich der in der italienischen Schweiz ansässige Jubilar – er lehrte u. a. an den Universitäten Marburg und Groningen (Niederlande) – als Klassenkämpfer, Wissenschaftler, Parteilos und liebenswerter Mensch die Sympathien von Kommunisten und Sozialisten aus vielen Ländern erworben.

Der „RotFuchs“ gratuliert seinem verehrten Autor und Freund auf das Herzlichste!

Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (13 und Schluß)

Provokateure blitzen ab

17. Juni 1953. 12.30 Uhr. Betriebsversammlung. Der Speisesaal ist voll. Die Kollegen haben sich nach Meisterbereichen zusammengesetzt. Ein gutes Zeichen. Es gibt keine starke, über den ganzen Betrieb verbreitete Organisation des Gegners, wenn man von den zwei Dutzend Kerlen, die in der Klempnerei waren, absieht. Vorn am Rednerpult sitzt Lange von der SPD, zusammen mit sechs, sieben Mann. Nicht mal alle Klempner sind bei ihm. Hinten am Fenster steht Max Spengler, ein älterer, nicht gerade aktiver Genosse. Er ist seit 1925 in der KPD.

Ich vergeude keine Zeit mit Versammlungsformalitäten, trete ans Mikrofon: „Kollege Lange wollte eine Betriebsversammlung. Er hat das Wort!“ Lange ist geschockt. Dann fällt er sich, steht schwerfällig auf und beginnt eine wirre Rede. „Kollegen, so geht das nicht weiter. Wir brauchen keine BGL, wir wollen eine Vertretung für alle. Ein Betriebsrat muß gewählt werden! Bei uns ist es ja anders als in anderen Betrieben, aber eine Partei muß wieder zugelassen werden! Das ist kein Sozialismus hier. Karl und Rosa würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie das hier sähen. Mit der SED kann man nicht reden. Wir wollen Demokratie! Und dann, wie sollen wir nach Hause kommen, die S-Bahn fährt nicht mehr. Der Betrieb muß schließen, sonst kommen wir nicht nach Hause!“ Er weiß nicht weiter. Kein Beifall. Schweren Schrittes geht er an seinen Tisch und setzt sich wieder.

Ich verliere keine Zeit! Er hat nicht gesagt „Streik!“. Er hat nicht den Sturz der Regierung gefordert! Er konnte seinen Auftrag nicht erfüllen. Er wußte, daß er damit nicht durchgekommen wäre! Aber jetzt nicht überziehen. Nicht zuschlagen, gewinnen. Auch Lange die Hand hinhalten, nicht seinetwegen, sondern wegen der anderen!

„Kollegen, Lange sagt, bei uns gäbe es keine Demokratie. Aber er hat alles sagen können, was er wollte. Es ist bloß schwer zu verstehen, was er eigentlich will.“ Einige lachen.

„Er hat gesagt, mit der SED kann man nicht reden. Genosse Lange! Als ich in den Betrieb kam, warst Du der erste, den ich aufgesucht habe. Ich habe Dir Zusammenarbeit angeboten. Aber Du warst es, der nicht mit mir reden wollte! Stimmt das etwa nicht?“ Alle beugen sich vor, einige stehen auf, um Lange sehen zu können. Dieser blickt zu Boden. Dann nickt er. „Also Du wolltest nicht mit mir reden! Obwohl doch nichts wichtiger ist, als daß sich Sozialdemokraten und SED-Genossen verständigen!“ „Sehr richtig!“ Das war Max Spengler, am Fenster. „Und dann, was soll das, Karl und Rosa würden sich im Grabe umdrehen?“ „Unerhört!“ Max Spenglers Zwischenrufe knallen wie Peitschenschläge in den Raum. „Geh doch mal in eine Buchhandlung. Da kannst Du alles kaufen, von Marx und Engels, von Karl und Rosa. Bei uns kannst Du alles lesen über Sozialismus. Welche Schriften von Karl und Rosa hat denn Deine Partei gedruckt? Keine!“

Alles guckt auf Lange. Der zieht den Kopf ein. „Was soll das heißen, eine Partei muß wieder zugelassen werden? Ist die SPD denn verboten? Wer da eintreten will, braucht bloß nach Baumschulenweg zu gehen. Da ist der Kreisvorstand, gleich um die Ecke von der SED-Kreisleitung. „Hört, hört!“ kommt es von Max Spengler. „Lüge!“ Einer aus der Transportkolonne. „Stimmt! Ich wohne nebenan!“ Einer aus der Tischlerei. „Na also. Eins verstehe ich aber überhaupt nicht. Warum redest Du gegen die BGL, Genosse Lange?“ „Pfui!!!“ Weißt Du, daß bei uns jetzt 95 % gewerkschaftlich organisiert sind?“ „Sehr gut!“ „Dir als Sozialdemokraten müßte doch die Stärkung der Gewerkschaft am Herzen liegen und nicht ihre Schwächung. Willst Du Dich zum Fürsprecher der 5 Prozent machen, die nichts mit der Gewerkschaft zu tun haben wollen?“ Alles schaut auf Lange. Tatsächlich, er schüttelt den Kopf. „Also: Wir wollen uns nichts gegenseitig vorwerfen. Wir haben uns ausgesprochen unter uns, wie sich das gehört. Wir müssen zusammenhalten, auch wenn's mal Meinungsverschiedenheiten gibt!“ Beifall. „Auch wir beide, Genosse Lange! Erst recht wir beide. Stimmt's nicht?“ Wieder Beifall. Lange kann nicht anders, er nickt. „Na also, die Versammlung ist geschlossen. Morgen wieder an die Arbeit!“

„Und wie komm' wa nach Hause? Es fährt doch nischt mehr!“ „Wir machen das wie beim Kinderferienlager. Wir stellen Bänke auf die beiden LKW, mit denen fahren die, die weiter weg wohnen. Wenn die Wagen zurück sind, kommen die nächsten dran. Dann die beiden PKW. Mit denen fahren wir in Richtung Königs Wusterhausen und Oranienburg.“ „Kriegen wa ooch Mülsch un Schrippen mit?“ „Nee, lieber Bockwurst aus de HO!“ Ein paar lachen, die meisten aber bleiben stumm und warten verdrossen darauf, daß es losgeht. Der größte Teil der Kollegen ist schon verschwunden, sie wohnen nicht so weit weg, ebenso die Transportarbeiter, auch Lange und seine Freunde.

Aber da stehen die Lehrlinge und gucken mich erwartungsvoll an, und natürlich die Genossen, dann weitere Kollegen. Bevor ich

mich an sie wenden kann, kommt der alte sozialdemokratische Dreher und drückt mir die Hand: „Haste jut jemacht, Junge!“ Nun zu unseren Leuten. „Also, wir bleiben hier und bewachen den Betrieb. Holt Euch was, womit Ihr zuhauen könnt, am besten Kabelenden. Und dann immer zu viert ums Betriebsgelände, zwei Lehrlinge und zwei Genossen!“ Sofort geht's los.

Die Nacht ist ruhig und warm. Ich sitze beim Werkleiter. Wir hören den RIAS. Pausenlos neue Weisungen für die Weiterführung des Streiks! Dazwischen immer wieder verschlüsselte Nachrichten.

„Genossen, kommt doch mal! Da im Konstruktionsbüro, so ein komisches Geräusch!“ Wir gehen leise an die Tür. Tatsächlich, ein Knarren und Rasseln ist zu vernehmen. Der Betriebsschutzleiter holt die Schlüssel. Leise öffnen wir die Tür, machen das Licht an. Auf dem großen Tisch, auf dem man so schön die Zeichnungen ausrollen kann, liegt Ingenieur Hrcncir, einen Leitz-Ordner unter dem Kopf und schnarcht. „Was machen Sie denn hier, Kollege Hrcncir?“ „Na, ich schlafe! Ich schaff das doch nicht nach Hause und zurück, um vier Uhr muß ich ja wegen der Kontrollfahrt an der neuen Kammer schon wieder da sein!“ „Na, dann gute Nacht!“ „Nacht!“ „Wir passen schon uff, dat dem keener was tut“, sagt Hermann Seiler.

Ein sowjetischer Schützenpanzer brummt vor das Werktor. Ein junger Kerl klettert heraus: „Was machen chierr? Was chierr los?“ „Wat hier los is? Hier is jar nischt los! Wir bewachen unsern Betrieb, Mann!“ Der junge Soldat nimmt Haltung an, auf sowjetische Art, die uns etwas seltsam erscheint: Er spreizt das rechte Bein ziemlich weit ab und führt es dann langsam an das linke heran. Zugleich winkelt er ebenso langsam den rechten Unterarm und führt die Hand an die Panzerfahrerkappe: „Charaschol!“ Unse-re Männer sind verblüfft. „Haste det jehört? „Jut“, hat er gesagt!“

So bilden sich die Kampfgruppen in den Betrieben. Entsprechende Beschlüsse bringen nur in die Reihe, was schon im Werden ist. Der Morgen zieht herauf. Der Morgen des 18. Juni 1953. Die ersten kommen zur Frührschicht. Teilweise etwas verspätet. In der charmanten Berliner Art, die schon den Geheimen Rat Johann Wolfgang von Goethe so irritierte, schnauzen sie mich an: „Wie solln wa pünktlich komm, wenn nischt fährt? Kannste uns det mal sagen?“ Sie wollen gelobt werden und ich lobe sie: „Is ja jut! Reecht Euch nich uff! Hauptsache, Ihr seid da!“

Bis auf 74 Kollegen, die es offensichtlich nicht geschafft hatten, waren alle gekommen. Am Tag darauf fehlten nur noch 15 Mann – Lange und seine Kumpane. Sie bleiben für immer weg. Es hätte ihnen auch nicht gefallen, was die anderen ihnen zu sagen gehabt hätten.

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen, dessen 13. und letzte Folge wir hier veröffentlichen, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. GNN Verlag 1999, entnommen.)

Glückwunsch
an
Egon
Krenz

In fester antiimperialistischer und sozialistischer Verbundenheit grüßen wir den politischen Gefangenen des deutschen Imperialismus und einstigen Spitzenpolitiker der DDR Genossen Egon Krenz

zu seinem 65. Geburtstag
am 19. März 2002

Redaktion und RF-Vereinsvorstand

Milosevic entlarvt die Strategie des Haager „Kangaroo Court“

Wo Scharfrichter Recht sprechen

Als Kangaroo Court („Känguruh-Gericht“) bezeichnet man im englischen Sprachraum solche Prozesse, bei denen die einfachsten Rechtsprozeduren außer acht bleiben. Das Verb „to kangaroo“ bedeutet, eine Person mit Hilfe fälschhausagender Zeugen und entprechender „Beweise“ verurteilen zu lassen. Der Begriff bezieht sich auf die känguruhartige Sprungtechnik, mit der solche Tribunale der „Gerechtigkeit“ zum Durchbruch verhelfen. In jedem Falle trifft die Bezeichnung auf das Haager Verfahren gegen Slobodan Milosevic zu. Daß es keinen besseren Ausdruck geben kann, zeigt die von der Chefanklägerin Carla del Ponte am 9. Januar beantragte Beweisführung: Sämtliche „Zeugen“ bleiben geheim, die vorgelegten Dokumente werden wie diese „Aussagewilligen“ von den Geheimdiensten der NATO, vor allem Großbritannien, geliefert. Aus eben jenem Stall stammt auch, wie Milosevic anmerkte, der Vorsitzende Richter May.

Trotz dieser auf die australische Tierwelt verweisenden Qualität des Sondergerichts hatte Milosevic – der angeklagte Verteidiger Jugoslawiens – zunächst einen Erfolg gegen die Justizvariante der NATO-Aggression erungen: Das beabsichtigte Zusammenziehen der Anklage wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen im Kosovo mit den nachgeschobenen Anklagen wegen der Kriege in Kroatien und Bosnien wurde vom „Gerichtshof“ zurückgewiesen. Gegen diese Konstruktion aus del Pontes Phantasie hatte Milosevic schon am 11. 12. 2001 einen entschlossenen Angriff geführt, wobei er den Zweck des ganzen Unterfangens bloßlegte: „Dieser traurige Text“, so erklärte der nach Den Haag verschleppte frühere jugoslawische Staatschef in bezug auf den Antrag der Anklägerin, „ist der Höhepunkt der Absurdität ... Die Verantwortung für den Krieg in Bosnien tragen weder Serbien noch die Serben oder die serbische Politik, sondern die Mächte und deren Gestalten, die Jugoslawien zerschlugen. Das hier ist ein Versuch ...“ Sofort wurde Milosevic das Mikrofon abgeschaltet. Um solchen Wortentzug zu vermeiden, werde er sich „an Argumente halten, die den Fragen entsprechen“, fuhr er fort. Die von del Ponte angestrebte Verbindung der Anklagen sei eine Folge der Anschläge vom 11. September und habe nur den Zweck, „die Kosovo-Anklage in die zweite Reihe zu stellen, da sie die unvermeidliche Frage der Zusammenarbeit der Clinton-Administration mit den Terroristen im Kosovo einschließlich der Bin-Laden-Organisation aufwirft“. Die Ankläger schossen Sperrfeuer, weil sie sich dessen bewußt seien, daß statt seiner die Hauptakteure der gegen Jugoslawien verübten Verbrechen – Leute wie Clinton, Allbright und Clarke – auf die Haager Anklagebank gehörten. Inzwischen ist in einer

„Berufungsinstanz“ festgelegt worden, doch eine Sammelanklage zuzulassen.

Slobodan Milosevic zerpfückte in der Dezember-Verhandlung den angeblichen Plan zur Schaffung eines Groß-Serbien, das Hauptargument der Anklägerin. Er hob hervor, daß die Bundesrepublik Jugoslawien – wie auch Kosovo – ihren multinationalen Charakter bewahrt hatten. Die Regierung des Kosovo, in der Serben gegenüber Albanern und anderen Nationalitäten in der Minderheit waren, blieb bis zur Installierung der NATO-Handlanger in Belgrad im Oktober 2000 bestehen. Milosevic verwies darauf, daß zum Hauptziel des „von ausländischen Geheimdiensten aus Resten der albanischen Mafia in Europa organisierten Terrorismus“ der UCK die von der albanischen Bevölkerung selbst formierte Polizei, albanische Briefträger, Förster und andere beim Staat Beschäftigte geworden seien. „1998 wurden mehr Albaner als Serben von den Terroristen ermordet.“ Um all diese auf den Terrorismus hinweisenden Tatsachen zu unterdrücken, seien die Anklagen zu Kroatien und Bosnien „per Expreß“ nachgeschickt worden. Mit der Wahrheit hätten sie nichts zu tun. „Wir haben uns in Bosnien und Kroatien mit dem Frieden und nicht mit dem Krieg beschäftigt. Wir haben nur unserem Volk zu bestehen geholfen, damit es nicht wieder, wie im Zweiten Weltkrieg, das Opfer eines Genozids wird“, betonte Milosevic. Er entlarvte die Dauerokkupation des Kosovo unter Mißachtung der UN-Resolution 1244, nach der das Gebiet fester Bestandteil der BR Jugoslawien bleibt, sowie dieunter, „Schirmherrschaft der NATO-Besatzer an den Kosovo-Serbenbegangenen Verbrechen“. Er könne die Anklage nicht anders verstehen, „denn als Ausdruck der Wut über das erlittene Fiasko bei dem Versuch, Jugoslawien militärisch zu erobern. Und ich kann Ihnen noch eines sagen: Ich bin stolz darauf, daß ich die Streitkräfte Jugoslawiens, die die NATO aufhielten, kommandiert habe.“ Milosevic fügte hinzu, die Haager Veranstaltung sei die Strafe dafür, „daß wir uns der größten Tyrannei, die die Welt bedroht, widersetzt haben“.

Unter Bezugnahme auf den zehn Jahre währenden Medienkrieg, der der militäri-

schen Aggression vorausging und Serbien, seine Führung, Milosevic selbst und sogar seine Familie dämonisieren sollte, um die westliche Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Angriffskrieges zu überzeugen, befaßte sich der frühere jugoslawische Präsident mit der besonderen Rolle der BRD: „Sie haben heute verlesen, wie die EU am 6. April 1992 Bosnien und Herzegowina anerkannt hat. Das geschah unter dem Einfluß von Hans-Dietrich Genscher.“ Der 6. April sei wohl nicht zufällig gewählt worden. Es handle sich um jenen Tag, an dem Hitler Belgrad bombardiert habe. „Es war nur der Wunsch, eine Veränderung der Resultate des Zweiten Weltkrieges zu symbolisieren“, erklärte Milosevic. „Ich würde so etwas nie dem deutschen Volk anlasten. Aber ich muß sagen, daß einige Politiker das Übel, gegen das wir kämpften, beibehalten haben. Und mehr noch, über die Rache hinaus, schafften sie es, uns mit den Händen der Amerikaner, Engländer und Franzosen zu morden, unserer Verbündeten in zwei Weltkriegen, in denen wir mit ihnen gegen das gleiche Übel kämpften.“

Gibt es etwa immer noch Leute unter den Linken, die zögern, dem standhaften Antiimperialisten Slobodan Milosevic jene Solidarität zu erweisen, die dieser vor den „Kangaroo Court“ gezernte politische Gefangene der NATO verdient? **Werner Hoppe**



Grafik: SHAHAR Klassenjustiz

Über Hintergründe des Dezember-Aufstandes in Buenos Aires

Der „Argentinazo“

Mitten in der Nacht – am anderen Ende war es natürlich heller Tag – ertönten Anfang Januar in der „RotFuchs“-Redaktion Faxsignale. Das übermittelte Schreiben kam aus Buenos Aires. Die argentinische Partei der Befreiung, die historisch aus der Stadtguerillabewegung hervorging, sich auf den Marxismus-Leninismus orientiert und wie die KP Argentiniens zur Vereinigten Linken gehört, wollte uns mit einigen Aspekten der gegenwärtigen Lage in ihrem Lande vertraut machen.

Weitere Details zu erfahren, war um so interessanter, als wir der kommunistischen New Yorker „People's Weekly World“ vom 12. 1. 2002 bereits den Standpunkt der KP Argentiniens zur tiefen Krise der Gesellschaft hatten entnehmen können. Von ihr werden angesichts der überwiegend durch Privatbanken finanzierten Staatsverschuldung (sie beläuft sich auf 136 Mrd. Dollar!) ein sofortiges Zins- und Schuldenmoratorium sowie die Nationalisierung oder Renationalisierung der Geldinstitute, großen Konzerne und Finanzgruppen gefordert. „Die einzige grundlegende Lösung ist der Sozialismus“, heißt es in einer Erklärung der KP Argentiniens.

Die Brüsseler kommunistische Wochenzeitung „Solidaire“ hatte schon am 8. Januar ein substanzreiches Interview mit dem Generalsekretär der argentinischen Partei der Befreiung, Sergio Ortiz, gebracht, aus dem Hintergründe des Dezember-Volksaufstandes, bei dem mindestens 31 Antimperialisten ums Leben kamen, ersichtlich wurden. Unter den großbürgerlichen Regierungen von Carlos Menem (1989-1999) und Fernan-

do de la Rúa (1999-2001) sei die Bevölkerung durch einen steilen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und Hungernden hart getroffen worden, erklärte Ortiz. Die Wirtschaftspolitik der Herrschenden habe die offizielle Erwerbslosenrate von 6 auf 18,4 % (also auf ostdeutsches Dauerniveau!) emporschnellen lassen. Zusammen mit den Unterbeschäftigten betrage die reale Ziffer sogar 30 %. Rund 4,5 Millionen Argentinier im arbeitsfähigen Alter seien ohne Job. Man verzeichne zugleich ein dramatisches Absinken von Löhnen und Gehältern der Beschäftigten. 70 % der monatlichen Einkommen lägen unter 500 Pesos, während das Existenzminimum für eine vierköpfige Familie 1 500 Pesos betrage. Trotz der vorjährigen Weizenrekordernte von 60 Millionen Tonnen und reicher Rinderbestände hungerten in Argentinien Millionen Arme.

Sergio Ortiz äußerte sich auch zum Massenwiderstand des Volkes. Zwischen 1997 und 2001 hätten 1 848 durch Arbeitslose organisierte Straßenblockaden stattgefunden. In den beiden letzten Jahren habe es acht von den Massen befolgte Generalstreiks gegeben. Den Höhepunkt aber bildete der allgemein als „Argentinazo“ bezeichnete Dezember-Volksaufstand – die größte Kampfkation in Argentinien seit dem Ende der blutigen Militärdiktatur in den 80er Jahren, die unter Antifaschisten 35 000 Opfer – in der Mehrzahl „Verschollene“ – gefordert habe. Die Erhebung sei ausgebrochen, nachdem die proimperialistische und USA-hörige Regierung De la Rúa angesichts der galoppierenden Massenverelendung jegliches Prestige verloren hatte. Am 20. Dezember wurde sie aus dem Amt gejagt. Bis zum 2. Januar, an dem mit Eduardo Duhalde ein ähnlich orientierter Politiker des Großbürgertums in den Sattel gehoben wurde, folgten innerhalb von 13 Tagen sechs Präsidentenaufeinander, die der Lage nicht Herr zu werden vermochten. Das zeigt das Maß der Krise und reflektiert zugleich das gewachsene politische Bewußtsein vieler Argentinier. Allein der Peronist Rodríguez Saá habe einen Versuch unternommen, die Zins- und Schuldenzahlungen einzustellen und Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor zu schaffen, sagte Ortiz. Dieser habe sogar die Mütter von der Plaza de Mayo empfangen, die noch immer fast täglich für ihre vom Militär verschleppten und ermordeten Kinder demonstrieren. Die USA hätten ihn zu Fall gebracht, da sie befürchteten, er

könnte dem die nationale Souveränität seines Landes verteidigenden venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez nacheifern. Der Amtsantritt Duhaldes stelle den Versuch eines reaktionären Gegenangriffs dar.

Sergio Ortiz brachte die Dinge auf den Punkt: „Argentinien ist neben Brasilien und Mexiko eines von den drei wichtigsten Ländern Lateinamerikas. Was sich hier abspielt, muß die Revolutionäre und Antimperialisten in der ganzen Welt interessieren.“ Wenn auch Duhalde fallen sollte, gäbe es nur noch drei denkbare Optionen: eine Gegenattacke der nationalen Bourgeoisie, aber mit mehr Schärfe, als sie Rodríguez Saá habe erkennen lassen; einen faschistischen Staatsstreich der rechten Kreise der Großbourgeoisie und des Militärs; den Beginn eines langen Prozesses des revolutionären Kampfes bis zum Sieg einer nationalen und demokratischen Volksrevolution. **R. F.**

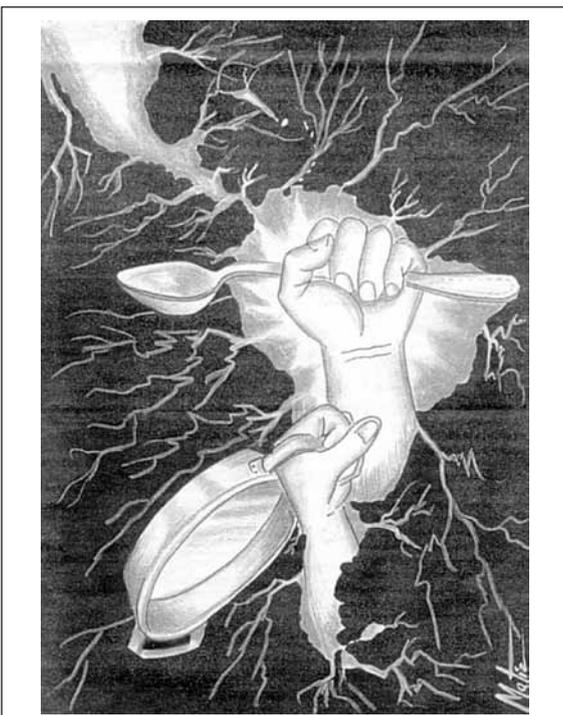
Vor 70 Jahren an der Göltzschtalbrücke bei Mylau Die unauslöschliche Inscription

In der Nacht vom 12. zum 13. März 1932 vollbrachten acht Kommunisten in Mylau bei Reichenbach/Vogtland eine mutige Tat. Sie sorgte damals für großes Aufsehen. Im Vorfeld der Reichspräsidentenwahlen, bei denen sich auch der Vorsitzende der KPD als Arbeiterkandidat bewarb, brachten sie an der 578 m langen und 78 m hohen Göltzschtalbrücke – der größten Ziegelbrücke Europas – in riesigen Lettern die Losung „Wählt Thälmann!“ an. Auf schmalen Sims – etwa 48 m über dem Fluß auf einer Leiter stehend – malten sie die Parole in drei Meter hohen Buchstaben auf das Mauerwerk. Monatlang konnte man die Inschrift an den Brückenpfeilern lesen. Als es der Polizei endlich gelungen war, die mit Öllack vermischte Farbe zu entfernen, ließ nunmehr das blankgescheuerte helle Rot der Ziegel erkennen:

„WÄHLT THÄLMANN!“

Am 14. August 2001 machte uns die Chemnitzer „RotFuchs“-Leserin Marianne Schreiber auf das bevorstehende Jubiläum des denkwürdigen Ereignisses aufmerksam. Sie sandte uns ein Foto der inzwischen beseitigten Gedenktafel und teilte uns in berechtigtem Stolz mit: „Mein Bruder Kurt Steinbach war dabei, als man die Worte ‚Wählt Thälmann!‘ an die große Göltzschtalbrücke schrieb.“

Ist es reiner Zufall, daß es eine Analogie zwischen der Unauslöschbarkeit der Mylauer Losung und Bertolt Brechts großartigem Gedicht „Die unbesiegbare Inschrift“, das sich indes auf Lenin bezieht, gibt? **R. F.**



Der „Argentinazo“

Aus: „Solidaire“, Brüssel.

Ein französischer Leninist über den „Tod der Ideologie“

„Pragmatismus“ contra Theorie?

Angesichts der unvermeidlichen Schwierigkeiten, die der Aufbau einer unitären Bewegung für die kommunistische Wiedergeburt in Frankreich mit sich bringt, stellen sich gewisse Mitglieder vor, daß man – um den Zusammenschluß zu erleichtern – die „Ideologie“ zurückschrauben und eine Probe des „Pragmatismus“ liefern müßte. „Wir glauben, daß die Bewegung marschiert“, „Nehmen wir die Kämpfe als Ausgangspunkt“, „Gehen wir in die Betriebe, danach wird man sehen“ etc. Diese Position ist sehr gefährlich. Ohne all jene des Opportunismus zu verdächtigen, die sie verteidigen, muß man daran erinnern, daß es gewisse historische Überlieferungen zu dieser Frage gibt. Wir sagen das hier nicht, um das zu wiederholen, was für unsere Vorgänger ein Faktum war, sondern um die geschichtliche Erfahrung in Rechnung zu stellen und zu vermeiden, daß man ernsthaft in Rückschritte verfällt, wobei man sich vorstellt, etwas politisch zu „erneuern“.

Am Beginn des letzten Jahrhunderts erklärte Bernstein, der Führer der revisionistischen und reformistischen Strömung in der deutschen Sozialdemokratie: „Das Endziel ist nichts, die Bewegung ist alles.“ Ihm zufolge müßten die Arbeiter der Revolution entsagen, um sich dem schrittweisen Kampf für Reformen zu widmen. Nach Bernstein gäbe es statt für revolutionäre Theorie, ein revolutionäres Programm, eine revolutionäre, disziplinierte und kämpferische Partei zu wirken mehr das Bedürfnis für die parlamentarische Aktion und das tagtägliche Gewerkschaftertum. Diese müßten den ersten Platz einnehmen. Bernstein behauptete, daß sich der Klassenantagonismus abschwäche, ebenso die Konflikte zwischen den imperialistischen Staaten.

Lenin (aber auch Rosa Luxemburg) wies diese Analyse zurück. Nicht nur der Klassen-

kampf werde nicht geringer, nicht allein die interimperialistischen Konflikte verschärfen sich, sondern auch wahrhaft progressive Reformen könnten nicht errungen werden ohne revolutionären Kampf (Die Reformen sind der „Niederschlag“ des revolutionären Kampfes, schrieb Lenin.); ebenso stimmt es, daß der Kapitalismus niemals irgendetwas aufgibt, es sei denn unter der Drohung einer möglichen revolutionären Bewegung.

In „Was tun?“ erklärt Lenin die entscheidende Rolle der Theorie und der Organisation beim Aufbau der revolutionären Bewegung: Ohne eine Theorie, die eine eigene wissenschaftliche Ausarbeitung erforderlich macht, kann „die spontane Bewegung“ der Arbeiterklasse den reformistischen und zum Anarchismus tendierenden Konzeptionen, die das Volksbewußtsein dominieren, nicht entgegen; denn wie Marx gezeigt hat, sind in einem in Klassen gespaltenen Land „die herrschenden Ideen immer die Ideen der herrschenden Klasse“. (Und Marx kannte nicht die Propagandamittel des gegenwärtigen Kapitalismus!) So kämpferisch sie auch sein mag, die spontane Bewegung kann sich dem Einfluß der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums ohne eine Partei der Avantgarde, die Träger einer theoretischen Analyse und demokratisch mit der Volksbewegung verbunden ist, nicht entziehen.

Jedes auf seine Art – der Krieg 14-18 und die Oktoberrevolution – haben dazu beigetragen, die Illusionen Bernsteins zu widerlegen und die Voraussicht Lenins zu bestätigen. Unter diesen Bedingungen, weit davon entfernt, die Theorie zu verschmähen (worauf das Geschwätz vom „Tod der Ideologie“ abzielt), müssen die Kommunisten, die ihre Partei auf soliden Grundlagen errichten wollen, die Klippen des Pragmatismus vermeiden; sie müssen sich des Marxismus und des Leninismus erneut bemächtigen, die marxisti-

stische Gesellschaftsanalyse auf den letzten Stand bringen, die Ehre des ideologischen Kampfes wiederherstellen, die von den Anhängern der „Mutation“ preisgegeben worden ist. Denn letzten Endes werden uns die Werktätigen danach beurteilen, wie wir zugleich mit unseren Analysen, politischen Perspektiven und unserer konkreten Aktion ans Werk gehen.

Wohlbemerkt, unveränderliche Dogmen stünden im Gegensatz zum Geist des Marxismus. Aber indem sie die Haupterrungenschaften des wissenschaftlichen Sozialismus verteidigen, arbeiten die Mitglieder der Coordination des Militants Communistes pour la continuité révolutionnaire et la renaissance léniniste du Parti Communiste Français (CMC) seit 10 Jahren für die Vertiefung der marxistischen Analyse der derzeitigen Realitäten. Wir gehen davon nicht ab, es gibt solide Grundlagen, um eine moderne Strategie zu schaffen, die mit der alten elektoralistischen Praxis der Unterordnung der FKP unter die Sozialistische Partei bricht!

Gewiß, es handelt sich nicht darum, die Union der Kommunisten an die sofortige Annahme eines Programms zu binden, das fix und fertig ist: Man muß die Meinungsverschiedenheiten über den Begriff der Avantgarde, über die UdSSR usw. ausdiskutieren. Aber die Genossen stimmen klar überein in der Verurteilung der Mutation (so nennt sich der revisionistische Kurs von FKP-Chef Robert Hue – R. F.) und der Teilnahme an der Regierung, in der Notwendigkeit einer Sammlungsbewegung gegen Maastricht, im Festhalten am Sozialismus, in der Frage der bevorzugten Bindungen der Kommunisten an die Arbeiterklasse, in der Weigerung, den gewesenen Sozialismus kriminalisieren zu lassen, in der Dringlichkeit einer echten Debatte über die Geschichte. Denn das Übernehmen der Rolle – und sei es durch unser Schweigen – von widerrufenen Erben „krimineller Regimes“ hieße auf die Gewinnung der Werktätigen und der Jungen für den revolutionären Kampf von Morgen zu verzichten. Auf zugleich kritische und respektvolle Art fordern wir den Titel von Erben und kommunistischen Fortsetzern der FKP und ihrer großen revolutionären Geschichte ein. Ohne diesen politischen Grundbestand, ohne klare theoretische Bezugnahme würden wir in die Vorgeschichte der Arbeiterbewegung zurückfallen, in die Epoche, in der die Proletarier – der Wissenschaft und der Organisation mißtrauend – eine leichte Beute für die Bourgeoisie waren. Wir wollen vorankommen und konstruktiv wirken: Wir vergessen weder unsere Theorie noch unser Endziel – eine wahrhaft kommunistische Partei, die für die Revolution kämpft.

Georges Gastaud (Aus: „Initiative Communiste“, Nr. 11/2001)

Gedankenaustausch RF - DRF in Berlin

Redaktionsvertreter berieten

Im 15. Januar 2002 trafen sich in Berlin Vertreter der Redaktionen des „RotFuchs“ und der Zeitung „Die Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD. An dem kameradschaftlichen Gespräch nahmen die Genossen Frank Mühlefeldt und Dr. Klaus Steiniger vom RF sowie Günther Bandel und Hans Wauer von der „DRF“ teil. Dabei wurde eine Reihe von Themen behandelt. Man war sich einig, daß vorübergehende Mißverständnisse der Vergangenheit angehören und die Zusammenarbeit solidarisch erfolgen soll. Unterschiedliche Auffassungen zu Einzelfragen werden nicht

in den Vordergrund gerückt. Im Mittelpunkt der Arbeit von „RF“ und „DRF“ stehen die Gewinnung, Sammlung und Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch. Die beiden Redaktionen wollen die Beziehungen ausbauen und weiterentwickeln, ohne daß dadurch die jeweils eigene Unabhängigkeit beeinträchtigt wird. Sie sprachen sich für den Austausch von Ansichten und Erfahrungen aus. Das Gespräch verlief in einer herzlichen und solidarischen Atmosphäre.

R. F.

Warum Polens General Wojciech Jaruzelski vor Gericht steht

Weiß-Rot zwischen Rot und Weiß

Im Sommer 1980 wurde in Polen wieder einmal gestreikt. Doch dieses Mal war alles anders. Die von Partei und Regierung in solchen Situationen angewandten Mittel der „Krisenbewältigung“ griffen nicht mehr. Die Streikenden beantworteten angekündigte Veränderungen personeller Natur auf hoher Ebene nicht mit einer Wiederaufnahme der Arbeit, sondern stellten Forderungen, die keineswegs nur ökonomischen Charakter trugen. Da die Staatsmacht nicht reagierte, flauten die Streiks und politischen Aktionen nicht ab. Gerade in dieser für Warschau günstigen Situation gab die Regierung nach und verhandelte. Die Folge waren „Solidaritätsstreik“, die sich teilweise Monate hinzogen. Bald zeigte sich, daß der sozialistische Staat in der gefährlichsten Existenzkrise seiner Geschichte steckte. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) hatte durch eine verfehlte Politik in vielen Bereichen das Vertrauen des größten Teils der Bevölkerung verloren. Sie mußte mit ansehen, wie Massen von Arbeitern nun in die angeblich unabhängige „Gewerkschaft Solidarnosc“ („S“) strebten und sich bereitwillig deren konterrevolutionärer Führung unterordneten. Der Sturz des Sozialismus wurde von dieser noch nicht offen propagiert, jedoch stellte sie zentrale Errungenschaften Volkspolens in Frage. Die Verteidiger des Sozialismus gerieten in die Defensive. Die Partei büßte de facto ihre führende Position ein. Innerhalb der PVAP bekamen die Reformisten Oberwasser. Sie bedienten sich nationalistischer Losungen und suchten den Kontakt zu Antikommunisten. Für Freund und Feind schien es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die sozialistische Staatsmacht fallen würde. In Warschau war man damit beschäftigt, die der Führung abgetrotzten unrealistischen Zusagen zu erfüllen. Damit tappte diese zwar in eine sozialökonomische Falle, konnte aber gegenüber der Bevölkerung Solidität und Redlichkeit demonstrieren und – was sich als besonders wichtig herausstellen sollte – wertvolle Zeit gewinnen. Da die PVAP und ihre Verbündeten an Kampfkraft eher verloren als gewinnen, mußten sie darauf setzen, daß die Konterrevolution ihre Dynamik verliert, sich verzettelt oder zerstreut. Dazu mußte jegliche Gewaltaktion verhindert werden. Um aber dem Gegner erfolgreich Widerstand leisten zu können, sah sich die Staatsmacht angesichts schwindender Autorität und sich rasch verschlechternder Lebenslage zu dem Beweis gezwungen, nur sie und nicht die „S“ könne das Land aus dieser schwierigen Situation herausführen. Ein scheinbar aussichtsloses Unterfangen, ein äußerst riskantes politisches Spiel, von dessen Erfolg Polens Verbündete im sozialistischen Lager keineswegs überzeugt waren. Diese sicherten Warschau unterdessen außenpolitisch ab. Der visafreie Reiseverkehr wurde aufgehoben bzw. stark eingeschränkt, Solidarnosc-Gründungen und ähnliche Aktivitäten unter polnischen Arbeitern in der DDR und der CSSR konnten nicht Platz greifen. Man verschärfte vor allem die Kontrolle der Verbindungen zwischen der BRD und Polen. Ständige Konsultationen zwischen hohen Militärs der Nachbarländer machten antisozialistische Extremisten nervös. Eindeutige Erklärungen und Warnungen aus den Warschauer Vertragsstaaten vermittelten der polnischen Rechten den Eindruck einer direkten politisch-geographischen Isolierung. Daran konnte auch die massive materielle und moralische Unter-

stützung des Westens für die „S“ nichts ändern. Im Dezember 1980 war man sich in deren Führung über Tempo, Zeitplan, Nah- und Fernziel der eigenen Aktionen uneinig. Die Führung der katholischen Kirche hatte vorerst den bedeutendsten Einfluß. Ihre Vertreter rieten der „S“-Spitze zu Besonnenheit und Augenmaß, um das Errungene nicht zu gefährden. Für sie war eine derartige Organisation ohnehin der Gipfel des Erträumten. Anders als sie drängten antikommunistische Scharfmacher auf Beschleunigung des Prozesses, konnten sich aber nicht durchsetzen, zumal die Mehrheit der Polen für den Sturz der Volksmacht noch nicht reif war. Vorläufig zeigte sich auch die Regierung bereit, weiter nachzugeben und völlig unzulässige sozialpolitische Zugeständnisse zu machen. Dadurch hielt die euphorische Stimmung an, vermochte die „S“ ihren Masseneinfluß zu wahren.

Auch die westlichen Geldgeber waren uneins. Während die USA alle Kanäle öffneten und den Konflikt anheizten, zeigten sich die Briten zurückhaltender. Die Franzosen wollten einerseits ihre staatlichen Kontakte zu Warschau nicht gefährden, waren jedoch andererseits an einer weiteren Konsolidierung der „S“ interessiert. In der BRD hingegen, wo man über Jahrzehnte die Oder-Neiße-Grenze in Frage gestellt hatte, brach eine wahre Begeisterung für Polen aus. Die Medien des deutschen Imperialismus lobten unablässig die streikenden Polen, denen man früher nur Faulheit bescheinigt hatte. Die BRD-Führung zielte mit ihrer Unterstützung der polnischen Antikommunisten auf eine Destabilisierung im sozialistischen Lager ab, um in bezug auf die DDR Zugeständnisse zu erpressen.

Im Frühjahr 1981 übernahm General Wojciech Jaruzelski die Regierungsgeschäfte, bald darauf auch den Vorsitz der Partei. Damit stieg das Ansehen der Staatsmacht, galt doch der erfahrene Militär als integer und prinzipienfest. In kurzer Zeit verschaffte er der Regierung wieder eine gewisse Handlungsfreiheit. Mit Jaruzelski besaß die Volksmacht eine Autoritätsperson, die aufgrund ihrer Vergangenheit und vielfältiger Verdienste faktisch unangreifbar war. Neben ihm wirkten die „S“-Führer wie Hanswurste. Den Konterrevolutionären machte er deutlich, daß es nun nichts mehr zu verschenken gebe, die Bevölkerung rief er auf, mit ihm gemeinsam die Krise zu überwinden.

Inzwischen hatte sich die Gesamtsituation katastrophal entwickelt. Streiks erschütterten permanent das Land, die Versorgung wurde immer schlechter, die Kriminalität stieg auf Rekordhöhe. Immer mehr Polen waren der Meinung, daß es so nicht weitergehen könne. In dieser Situation setzten sich die Extremisten in der „S“-Zentrale durch und riefen zu spektakulären Massenaktionen im Sommer auf. Diesmal blieb die Staatsmacht gelassen. Zugleich zeigte sie Stärke und Konsequenz. Die Extremisten wurden immer aggressiver. Doch das wollte die Mehrheit der „S“-Anhänger nicht mittragen. Im Herbst flauten die Aktivitäten ab. Die Menschen hatten angesichts des bevorstehenden Winters andere Sorgen und sehnten sich nach Ruhe. Die radikale Rechte ignorierte das und trat die Flucht nach vorn an. Sie steuerte auf eine direkte Konfrontation zu, die mit einem Blutbad geendet hätte. Da schlug Jaruzelski ein Treffen zwischen ihm, dem „S“-Führer Walesa und Kardinal Glempl vor, um auf dem Wege

einer „nationalen Verständigung“ den Ausweg aus der Krise zu finden. Die „S“-Spitze verschätzte sich und lehnte das Treffen ab, weil sie glaubte, Gesicht und Einfluß zu verlieren. Das war ein schwerer politischer Fehler, erkannten doch nun immer mehr Polen, wer die Situation verschärfte und wer nicht. Als die Staatssicherheitsorgane des Innenministeriums eine Tonbandaufnahme veröffentlichten, auf der Walesa zum baldigen Aufstand rief, waren die meisten „S“-Mitglieder und -Sympathisanten frustriert bzw. desorientiert. Die Kirchenführung und der polnische Papst zeigten sich nicht bereit, den riskanten Kurs der Rechten mitzutragen, da sie dessen Folgen voraussahen. Nun riefen auch sie verstärkt zur Verständigung mit der Regierung auf. Das trug zusätzlich zur Isolierung der rechten Scharfmacher bei.

Trotz der teilweisen Doppelherrschaft verfügte der Staat noch über bedeutende intakte Strukturen und Positionen. In der Partei war man angesichts der Bedrohung enger zusammengerückt. Die marxistisch-leninistischen Kräfte in der PVAP bekamen Aufwind, so daß sie wieder eine bedeutende politische Kraft wurde, die offensiv auf die Gesellschaft wirken konnte. Der Staatsapparat war teilweise gelähmt, insgesamt jedoch handlungsfähig. Ihren Kern bildeten Armee, Miliz und Staatssicherheit, bei denen die Rechten in der PVAP kaum hatten Fuß fassen können. Im Unterschied zu anderen Parteistrukturen dominierten hier die Verfechter volkspolnischer Positionen.

Mit der Zerschlagung der polnischen Konterrevolution am 13. Dezember 1981 hatten Jaruzelski und seine engsten Mitstreiter aufgrund exakter Klassenanalyse den günstigsten Zeitpunkt gefunden. Dadurch war es möglich, die Zentren des Gegners ohne bedeutende Gegenwehr zu zerschlagen. Die Bevölkerung blieb ruhig. Die Konzeption der polnischen Linken zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung ging auf.

Sicherlich ist der 13. Dezember nicht unbedingt ein Ruhmesblatt in der Geschichte Volkspolens. Doch seine historische Bedeutung liegt auf einer anderen Ebene. Die polnischen Kommunisten brachten es in einer nahezu ausweglosen Situation fertig, ohne sowjetische Militärhilfe und aus eigener Kraft die vor Gorbatschow gefährlichste Konterrevolution zumindest aufzuhalten. Daran haben die polnischen Nationalisten und andere Rechte bis heute schwer zu kauen. Statt Sowjetsoldaten waren es polnische Kommunisten in Uniform, die ihnen eine schwere Niederlage beibrachten. Deshalb steht General Wojciech Jaruzelski, dessen Politik einst das Rot in Polens weiß-roter Fahne verkörperte, jetzt vor dem Gericht der 1989 doch wieder an die Macht gelangten Bourgeoisie. So lange sie ihn und seine damaligen Mitstreiter nicht verurteilt sieht, fällt es ihr schwer, sich als Sieger der Geschichte zu fühlen. Das um so mehr, als sie in diesem schändlichen Prozeß nicht weitergekommen ist und der General vor Gericht ein achtunggebietendes und beispielgebendes Auftreten zeigt. Die polnischen Rechten mußten gerade erst zum 20. Jahrestag ihrer großen Niederlage die Macht an linkere Kräfte abtreten und mit großer Niedergeschlagenheit konstatieren, daß bei Meinungs sondierungen über die Hälfte der Befragten erklärte, die damalige Zerschlagung der Konterrevolution sei eine notwendige Maßnahme gewesen.

Stefan Warynski, Warschau

Portugals Kommunisten im Kampf gegen prosozialdemokratische Fraktion

Das Komplott der „Erneuerer“

Vor mir liegt ein Brief. Er wurde am 31. 12. 01 in Lissabon geschrieben. Adressat ist ein Freund. Der Absender: General Vasco Goncalves, Portugals Ministerpräsident der Revolutionsjahre 1974/75. „Die Ergebnisse der jüngsten Kommunalwahlen waren schlecht. Bei etwa gleicher Wahlbeteiligung wie 1997 gingen der (durch die Kommunisten geführten Linkskoalition) CDU 13 Munizipalkammern (Bürgermeister und Landratsposten) in der Region des Alentejo und in der Arbeiterstadt Loures verloren. Auch in der Metropole wurde „Amar Lisboa“ – das Lissabon bisher regierende Bündnis aus Sozialisten und Kommunisten – geschlagen. Hier siegte ein übler Reaktionär“, protokolliert der jetzt 80jährige Goncalves. Und er fährt fort: „Es gibt Probleme in der PCP. Die „Erneuerer“ in der Partei streben unter dem Vorwand einer Stärkung der Linken die Konvergenz der Kommunisten mit den Sozialisten an. Dabei hat die Sozialistische Partei stets eine rechte Politik betrieben. Warum sollte sie sich durch eine Verständigung mit den Kommunisten plötzlich ändern? Die „Erneuerer“ wollen die Partei auf den italienischen Weg der Niederlage führen. Sie soll aufhören, kommunistisch zu sein.“ Und der frühere Premier – selbst ein parteiloser Marxist-Leninist – fügt dem hinzu: „Notwendig sind eine große innerparteiliche Debatte und Festigkeit seitens derer, die sich auf dem richtigen Weg befinden ... Wenn den Kommunisten die Prinzipien abhanden kämen, dann wären sie wie alle anderen. Ich hoffe nur, daß die „Erneuerer“ keinen Erfolg haben. Mein Urteil lautet: Es gibt genügend Kräfte, damit das nicht geschieht.“

Dem knappen Kommentar des Generals, auf den die innere Reaktion – von den Sozialisten bis zu den Ultrarechten – und deren ausländische Verbündete in der bewegten Zeit der Nelkenrevolution ihren besonderen Haß und ihr ganzes Feuer konzentrierten, ist nur hinzuzufügen, daß die Kommunalwahlen vom 16. Dezember 2001 tatsächlich nicht nur für die Portugal regierenden Sozialisten zum Fiasko wurden, sondern auch der PCP eine ernste Niederlage bescherten. Sie verlor 85 000 Stimmen und büßte 14 ihrer bisher 41 Munizipalkammern ein. Da sie jedoch die südportugiesische Bezirkshauptstadt Setúbal zurückerobern konnte, reduzierte sich der Verlust auf 13 Kammern. Bedauerlicherweise wurde die KP sowohl in der Alentejohauptstadt Évora als auch in der einstigen Chemiearbeiterhochburg Barreiro am Südufer der Tejo-Bucht, die sie seit 1974 ununterbrochen verwaltet hatte, als führende Partei abgewählt.

Hauptursache des Stimmenrückgangs ist die völlige Veränderung der Gesellschaftsstruktur. (So wurde z. B. das traditionell rote Agrarproletariat des Alentejo nach der Zerstörung der Bodenreformbetriebe physisch dezimiert. Zehntausende nun wieder brotlose Landarbeiter wanderten ab.) Auch in Lis-

sabon und anderen Städten haben enorme EU-Finanzspritzen die soziale Szenerie total verändert. Die meisten Arbeitsuchenden gingen entweder ins Ausland oder fanden vor allem in der Bauindustrie und im Dienstleistungssektor Beschäftigung. Andererseits erfolgte eine landesweite „Umstrukturierung“, um große industrielle Komplexe, in denen klassenbewußte Arbeiter konzentriert waren, zu zerschlagen. Zugleich stiegen Löhne und Gehälter – im Vergleich zu früher – spürbar an. Das schuf neue Möglichkeiten zur sozialen Korruption und zur Entwicklung einer portugiesischen Arbeiteraristokratie. Als weiterer Negativfaktor erwies sich für die PCP die Spaltung der Partei. Während die Mehrheit der Kommunisten derzeit die Marxisten-Leninisten unterstützt, für die symbolhaft der Name des historischen Parteiführers Álvaro Cunhal (heute 88) steht, hat sich eine rechte Opposition von „Erneuerern“ um den früheren Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen „Avante!“-Direktor Carlos Brito formiert, die offen eine Annäherung an die sich in Portugal Sozialisten nennenden Sozialdemokraten betreibt. PCP-Generalsekretär Carlos Carvalhas scheint dabei eine zentristische Position einzunehmen. Die „Renovadores“ haben sofort nach der Wahlniederlage 500 Unterschriften „oppositioneller“ PCP-Mitglieder gesammelt, die einen Sonderparteitag zur „Kurskorrektur“

und zur Abwahl der gegenwärtigen Spitze fordern. Von der Politischen Kommission des ZK der PCP wurde das Ansinnen unverzüglich scharf zurückgewiesen. Da am 17. März vorgezogene Parlamentswahlen stattfinden, unternehmen die auf einen Niedergang der Partei bedachten „Erneuerer“ augenblicklich alles, um ein möglichst schlechtes Abschneiden der PCP (1999: 9%) zu provozieren.

In dieser zugespitzten Situation hat die Führung der Sozialistischen Partei einen äußerst geschickten Schachzug zur „Aufweichung“ der Kommunisten unternommen. Sie wählte den zum linken Flügel der PS gerechneten Infrastrukturminister Ferro Rodrigues zum neuen Generalsekretär. Dieser kündigte an, er ziehe nach erfolgreichem Abschneiden am 17. März „erforderlichenfalls eine Koalition mit der PCP“ in Erwägung. „Für ihn als Regierungschef wäre es nicht zuletzt nützlich, die Kommunisten mit ihrem Einfluß in den Gewerkschaften in eine Strategie zur Durchsetzung einiger teilweise schmerzhafter Reformen und zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte einbinden zu können“, bemerkte die großbürgerliche „Neue Zürcher Zeitung“ am 8. Januar 2002.

Eine international bekannte Methode, die sich nicht nur in Frankreich und Italien „bestens bewährt“ hat. **Claudio Apedrejeiro**

Als Gast auf dem 13. Parteitag der KPML (r) in Göteborg

Ein anregender Kongreß

In der Zeit vom 3. bis 5. Januar 2002 fand im schwedischen Göteborg der 13. Parteitag der KPML (r) statt, an dem ich – den „RotFuchs“ vertretend – als Gast und Beobachter teilnahm. Mich beeindruckten die menschliche Wärme und der herzliche Umgang der Genossen untereinander. Bei der KPML (r) handelt es sich um eine Partei, die historisch vom Maoismus kommt und in einem längeren Prozeß neue Erkenntnisse gewonnen hat. Sie vertritt marxistisch-leninistische Inhalte, die sie wirkungsvoll propagiert. Beeindruckend waren nicht nur die hohe Disziplin und solidarische Geschlossenheit, die die rund 300 Delegierten und Gäste aus Partei und Jugendverband bewiesen, sondern auch der offenkundige Einfluß, den sie vor allem in Göteborg, aber auch in anderen Regionen des Landes besitzt. Der Jugendverband der KPML (r) ist inzwischen landesweit strukturiert. Die kommunistische Wochenzeitung „Proletären“ wirkt interessant und hat eine kämpferische antiimperialistische Note. Von den vielfältigen Aktivitäten der KPML (r) zeugt die Existenz des ihr nahestehenden Sportclubs „Proletären“, der 1 200 Mitglieder zählt und dessen Fußballmannschaft in der schwedischen Nationalliga spielt. Die Partei verfügt in Göteborg über ein gut ausgestattetes eigenes Gebäude,

in dem sich auch die Technik von Redaktion und Druckerei befindet.

Im Politischen Bericht analysierte die Führung die innere und internationale Entwicklung seit dem 12. Parteitag. Die Untersuchung der Hauptfaktoren, die die gegenwärtige Situation charakterisieren, beruhte auf einer soliden Einschätzung der Klassenkräfte, der eigenen Möglichkeiten und des gegen sie gerichteten Wirkens des starken schwedischen Kapitalismus. Die Diskussion verlief lebhaft und anregend. Eine große Rolle spielten Fragen der Aktionseinheit linker und proletarischer Kräfte. Neben den Gastdelegationen aus mit der KPML (r) befreundeten Parteien – darunter die KP Chiles, die KP Vietnams, der Bund Polnischer Kommunisten „Proletariat“, die belgische PTB, die Partei der Arbeit Koreas und die KPD – verfolgten Beobachter von drei eingeladenen Zeitschriften des Auslands den Kongreß: die britisch-indische Publikation „LALKAR“, für die Prof. Harpal Brar zugegen war, „offensiv“ und „RotFuchs“. Für die erwiesene Gastfreundschaft und Solidarität möchte ich mich herzlich bedanken.

Prof. Dr. Hans Fischer

Griechenlands KKE-Führer Harilaos Florakis im Interview

Überraschungen für Grabredner

„Die Geschichte ist nicht an ihrem Ende angelangt, und es wird kein Ende der Geschichte geben, wie die verschiedensten Vertreter der Konterrevolution behaupten. Die Geschichte bereitet all ihren Grabrednern Überraschungen. Das gesamte 20. Jahrhundert war international und in unserem Land von den Aktionen der Arbeiterbewegung geprägt. Der Einfluß der Kommunisten ist entscheidend und größer als deren Wahlergebnisse. Kurz gesagt: Die Kommunisten haben Positionen, die von Freunden und Gegnern in Betracht gezogen werden.“

Das ist die Antwort des führenden griechischen Kommunisten und Ehrenvorsitzenden der KPG (KKE), Harilaos Florakis, auf die Frage der großbürgerlichen Athener Zeitung „To Vima“ vom 13. Januar 2002. Der Redakteur hatte wissen wollen, wie es zu erklären sei, daß ein so großes Interesse von (griechischen) Journalisten und Politikern für die Tätigkeit eines „nicht bereuenden“ Kommunisten und einer ganzen Bewegung bestünde, obwohl man doch das „Ende der Geschichte“ verzeichnen müsse. Anlaß des Interviews,

das „To Vima“ brachte und danach auch „Rizospastis“, Organ des ZK der KKE, veröffentlichte, war die schon nach kurzer Zeit herausgekommene zweite Auflage des in Athen erschienenen Buches „Florakis und die Volksbewegung“.

Auf die Frage des Interviewers, wie er es sich erkläre, daß die beiden großen Parteien – die regierende sozialdemokratische PASOK und die oppositionelle bürgerliche Neue Demokratie – bei den Wahlen im April 2000 zusammen 86,5 % der Stimmen auf sich vereinigen konnten, antwortete Florakis: „Dafür gibt es mehrere Gründe. Einmal liegt es am Wahlgesetz, das eine solche Polarisierung begünstigt. Dann sind es die Abhängigkeitsbedingungen, in die sich Millionen Wähler hineinzwängen lassen. Der Staat ist nicht neutral, sondern steht im Dienste des Zweiparteiensystems. Die meisten Medien sind Sprachrohre der Macht, die durch Gefälligkeitsakte (Einstellungen, Kredite, Teilnahme an verdächtigen Geschäften usw.) mindestens 35 % der Wähler korrumpiert. Die Arbeitslosigkeit und die Angst vor Entlassun-

gen lähmen den Kampfeswillen der Werktätigen. Es geht (bei den nächsten Wahlen) um die Frage, ob sich das Volk wiederum irreführen läßt oder den propagandistischen Tricks der ‚neuen Ordnung‘, der Oligarchie und deren politischen Vertretern die gebührende Antwort erteilt. Wenn es sich in die aufgestellte Falle hineinbegibt, dann tragen auch die Wähler einen Teil der Schuld, da angesichts der großen Krise des Landes jeder Bürger die Verantwortung übernehmen muß, die ihm zufällt.“

Weiter heißt es in dem Interview, das in Athen starke Beachtung fand: „Die KKE strebt eine Politik des Bündnisses und der Zusammenarbeit (mit anderen politischen Kräften) auf der Grundlage eines Minimalprogramms an, das ein Programm der nationalen Souveränität und der Herrschaft des Volkes sein soll, demzufolge die Beziehungen zu den USA, zur NATO und zur EU von Grund auf revidiert und der ‚neuen Ordnung‘ sowie den gemeinen Gesetzen des Marktes Schranken setzt ...“

(Übermittelt von Thanos Dimitriou, Athen)

Kuba braucht dringend unsere Hilfe

Nach dem Hurrican „Michelle“

Mitte November wütete der Hurrican „Michelle“ in großen Teilen Kubas. Er zog eine breite Schneise der Verwüstung. Niemals zuvor hat ein Sturm wirtschaftliche Schäden dieses Ausmaßes auf der Karibikinsel angerichtet. Erhebliche Teile der Ernte wurden vernichtet. Strom und Nachrichtenverbindungen waren für längere Zeit unterbrochen. Viele Industriebetriebe, einige hundert Schulen und zahlreichemedizinischeEinrichtungen wurden in Mitleidenchaftgezogen. Von besonderem Gewicht sind jedoch Zehntausende beschädigte oder zerstörte Wohnungen.

In Abstimmung mit unseren kubanischen Freunden wollen wir die Hilfe – unseren Erfahrungen und Möglichkeiten entsprechend – auf zwei Schwerpunkte konzentrieren:

1. Im Rahmen des Projekts „Movimiento de Microbrigadas“ helfen wir den Kubanern, Häuser zu bauen. Um den Wiederaufbau zu be-

schleunigen, stellen wir einen Minibagger bereit. Es fehlen noch ca. 7 500 Euro sowie Brigadisten und Kuriere, die kleines Werkzeug nach Havanna bringen. (www.microbrigadas.de)

2. Mit dem DKP-Projekt „Realisierung einer Kinder-Rehabilitationsklinik“ in Cárdenas soll das medizinische Versorgungsniveau weiter verbessert und der Widerstandswille der Kubaner gestärkt werden. Es sind noch ca. 15 000 Euro aufzubringen.

Prof. Dr. Hans Fischer

Die Adressen und Verbindungen:

zu 1.) Netzwerk Cuba. Konto für Solidaritätsspenden: Movimien-to de Microbrigadas. Postbank Berlin, BLZ 100 100 00, Konto-Nr.: 323 331 00

zu 2.) DKP-Solidaritätsfonds. Kinder-Reha-Klinik Cárdenas. Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr.: 253 525 502

Chile: Der KP wurde frühere Folterstätte als Parteisitz zugewiesen

Haus des ZK zwangsgeräumt

Am 28. November 2001 wurde das Haus des ZK der KP Chiles – rechtmäßiges Eigentum der Partei, das aus Sicherungsgründen Privatpersonen übertragen worden war – zwangsgeräumt, da dessen letzte Besitzer „die Mieter wechseln wollten“. Nachdem die KP mehrmals vor den Justizinstanzen Recht bekommen hatte, erkannte ausgerechnet jene Richterin, die auch das Verfahren gegen den Mörder Pinochet wegen „Demenz“ einstellte, auf Zwangsräumung. 80 schwerbewaffnete Polizisten drangen daraufhin in den Parteisitz ein, mißhandelten die im Gebäude befindlichen Genossen, verletzten einige und nahmen 40 von ihnen – darunter die Generalsekretärin Gladys Marin – vorübergehend fest. Das gesamte

Inventar – Computer, Möbel, Bilder, Dokumente etc. – wurde zerstört.

Später übergab Chiles Regierung der KP leihweise ein Gebäude, das in der Vergangenheit als Quartier der Geheimpolizei CNI gedient hatte. Dort waren Genossinnen und Genossen der Partei gefoltert und ermordet worden. Ohne Mittel zum Kauf einer neuen Zentrale, mußten die chilenischen Kommunisten das Angebot akzeptieren.

Wer den Genossen der KP Chiles, die bereits einen Solidaritätscontainer zusammengestellt haben, materielle und finanzielle Hilfe erweisen will, wende sich an deren

**Deutschland-Koordinator
Pedro Camilo Méndez Escobar,
Freiheitsweg 1, 13407 Berlin**

Am Freitag, dem 22. Februar 2002, gedenken wir um 10.00 Uhr am Fliegerehrenmal in Buckow, Lindenstraße, gleich hinter der Reha-Klinik, der gefallenen Sowjetsoldaten. Es spricht Prof. Dr. Günter Schippel. Ansprechpartner: Rudolf Härtl, Strausberg, Telefon 03341/228 10

Regionale Initiative zur Wahrung des Andenkens der im Kampf gegen den Hitlerfaschismus gefallenen Sowjetsoldaten

Vor 30 Jahren begann der Schauprozess gegen Angela Davis

Als Gerichtsreporter in San Jose

Am 27. Februar 1972 flog ich von New York nach San Francisco. Im Kopf hatte ich noch die Drohung von Generalkonsul Alexander Akalovsky - vormals Chef der gegen die DDR arbeitenden Sektion Ostfragen der USA-Mission in der Westberliner Clay-Allee 170 -, meine Reise stelle einen Präzedenzfall dar. Zum ersten Mal hätten die Vereinigten Staaten einem Journalisten mit DDR-Paß die Berichterstattung über ein außerhalb New Yorks stattfindendes inneramerikanisches politisches Ereignis gestattet: den Prozeß gegen Angela Davis. Entsprechendes Wohlverhalten werde erwartet.

Angela Davis war erst seit kurzem wieder auf freiem Fuß, nachdem man sie längere Zeit unter diskriminierenden Bedingungen gefangengehalten hatte. Die gegen sie gerichtete Anklage machte dem Mitglied der KP der USA die Teilnahme an einer Verschwörung zur Begehung von Mord und Menschenraub zum Vorwurf. Es wurde behauptet, die Angeklagte, bis zu ihrer Festnahme Philosophiedozentin an der Universität von Kalifornien, habe an der Vorbereitung des mit Geiselnahme verbundenen Überfalls eines jungen Afroamerikaners auf das Gerichtsgebäude in San Rafael mitgewirkt. In einem von Polizeikugeln durchsiebten Fluchtwagen - die Ordnungshüter hatten dabei den Geiselnnehmer, zwei andere Schwarze und den Richter erschossen - sollten Waffen aus dem persönlichen Besitz von Angela Davis gefunden worden sein. Da sie sich zu diesem Zeitpunkt anderen Ortes aufgehalten hatte, bezeichnete man sie als „Mastermind“. Hinter der Treibjagd auf die damals 30jährige stand der faschistoide Gouverneur des Bundesstaates Kalifornien, Ronald Reagan, dessen Versuch, die Afroamerikanerin aus ihrem Hochschulamt zu werfen, zuvor fehlgeschlagen war. Die Verfolgung von Angela Davis löste damals eine weltweite Solidaritätskampagne aus, an der besonders auch in der DDR Millionen Kinder und Jugendliche teilnahmen.

Um über den Prozeß authentisch berichten zu können, hatte ich neun Monate mit immer neuen Vorsprachen bei der Westberliner USA-Mission ein Visum zu erwirken versucht und schließlich auch erhalten. In San Francisco wurde ich durch die Pressesprecherin der Davis-Verteidigung, Stephanie Allan, und den bereits dort tätigen ADN-Journalisten Horst Schäfer, Inhaber eines BRD-Passes, erwartet. Sie brachten mich mit dem Auto nach San Jose, wo am nächsten Morgen die Hauptverhandlung mit der ihr vorausgehenden Auswahl von 12 Geschworenen unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen beginnen sollte. In der viertgrößten Stadt Kaliforniens befand sich auch der Schriftsteller Walter Kaufmann, der einen australischen Paß besaß. Er informier-



Angela Davis und Henry Winston Anfang April 1972 in San Jose (Bildmitte: Unser Autor)

te ebenfalls seine Leser in der DDR. Dennoch war das Auftauchen eines Berichterstatters des „Neuen Deutschland“ für viele der 400 anwesenden Journalisten eine besondere Sensation. „Ostdeutscher durchbricht die Mauer“ überschrieb z. B. der „San Jose Mercury“ am nächsten Tag seinen Titelseitenbericht, womit er weniger die befestigte Staatsgrenze in Berlin und mehr jene Schallmauer des Einreiseverbots für DDR-Reporter meinte, mit der sich die Vereinigten Staaten „informationspolitisch“ abschotteten. Bis Ende April saß ich dann fast jeden Tag nach gründlicher Leibesvisitation im kleinen Gerichtssaal, der nur 30 Plätze für Zuschauer und Journalisten bot. Aus nächster Nähe konnte ich das Geschehen verfolgen und erleben, wie die Anklage Stück für Stück zusammenbrach und die Sympathien der Geschworenen, die weder Kommunisten noch Schwarze waren, allmählich zu Angela Davis übergingen.

Höhepunkt dieser Zeit waren für mich die Gespräche mit dem inzwischen längst verstorbenen Nationalen Vorsitzenden der KP der USA, Henry Winston, der - selbst in der Haft erblindet - mit seinem weißen Taststock zu mehreren Sitzungen des Gerichts erschien. Seine Klugheit, Wärme und menschliche Ausstrahlungskraft bleiben mir unvergessen.

Als ich - es handelte sich um eine Vergeltungsmaßnahme, da das DDR-Außenministerium zwei Mitarbeitern einer dem Pentagon nahestehenden USA-Zeitschrift wegen der Vietnamaggression die Einreise verweigert hatte - am 30. April 1972 die Vereinigten Staaten verlassen mußte, waren die Würfel schon so gut wie gefallen. Am 4. Juni wurde Angela Davis von den Geschworenen in allen Punkten der Anklage freige-

sprochen. Noch am selben Tag gab sie eine „Siegesparty“, zu der sogar etliche Jury-Mitglieder erschienen, um ihr zum Ausgang des Prozesses zu gratulieren.

Sicher hatte auch die weltweite Protestbewegung, von der selbst der Richter wiederholt sprach, zur Niederlage derer beigetragen, die Angela Davis in die Gaskammer des kalifornischen Hinrichtungszuchthauses San Quentin hatten bringen wollen.

Oft wird gefragt, was aus der Angeklagten von San Jose geworden ist. Besorgnis regte sich, nachdem man von der angeblich durch einen Kriminellen ausgeführten Erschießung ihrer Leibwächterin Victoria Mercado erfahren hatte. Angela Davis nahm eine Tätigkeit als Professorin für Philosophie in Kalifornien auf. Heute gehört sie nicht mehr der KP der USA an. 1991 verließ sie diese Partei und organisierte sich in den z. B. mit der PDS eng verbundenen Committees of Correspondence. Inzwischen soll sie der Grünen Partei der USA nahestehen. Wie verschiedene Interviews erkennen ließen, ist sie antiimperialistischen Positionen treu geblieben.

30 Jahre nach dem Beginn des Davis-Prozesses wurde in anderer Sache ein erster wichtiger Sieg errungen: Der afroamerikanische Journalist Mumia Abu Jamal, der eine große Schlacht des Mutes und der Treue zu seinen Prinzipien liefert (er wird ebenfalls aufgrund eines Verbrechens gefangengehalten, das er nicht begangen hat), ist zwar noch nicht freigekämpft worden; aber das ihm seit vielen Jahren drohende Todesurteil, welches erstinstanzlich in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt wurde, konnte vorerst abgewendet werden. Solidarität ist nötig, um die Aufhebung des über Mumia verhängten Urteils und seine volle Rehabilitierung zu erzwingen.

Klaus Steiniger

¡Presente!

■ Zu unserer Erinnerung an **Nâzim Hikmet** im letzten „RotFuchs“ ist nachzutragen: Anlässlich seines hundertsten Geburtstags hat die UNESCO das Jahr 2002 zum „Internationalen Nâzim-Hikmet-Jahr“ erklärt.

Das Kybele-Musikforum in Frankfurt a. M. hat eine CD mit Lyrik und Liedern herausgebracht, die ein vielseitiges und vielstimmiges Porträt des revolutionären Romantikers Hikmet (den Pablo Neruda einmal „die Verkörperung des Muts und der Zärtlichkeit“ nannte) bietet. Die CD „Nâzim Hikmet zum 100. Geburtstag“ enthält Hikmet-Nachdichtungen von Anemarie Bostroem und Stephan Hermlin in der eindrucksvollen Rezitation von Erich Schaffner und Lieder in der Interpretation der Mezzosopranistin Sümeyra. Der CD (12 €) liegt ein 32seitiges Heft bei mit den Texten in Deutsch und Türkisch. *Bestellungen: Telefon 069-24 79 57 55 od. E-Mail: kybeleffm@aol.com*

■ **Gabriel García Márquez**, kolumbianischer Erzähler, kann am 6. März seinen 75. Geburtstag feiern. Der in Aracataca geborene Schriftsteller ist einer der bedeutendsten Vertreter des „Neuen Romans“ in Lateinamerika; in seinen Werken verbinden sich realistische, groteske und phantastische Elemente. Seine ersten Arbeiten erschienen 1948. 1954/56 war er als Korrespondent in Paris und bereiste die sozialistischen Länder. Nach 1959 leitete er zeitweilig die Filiale der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina in Bogotá. 1961 siedelte er nach Mexiko über, seit 1968 lebt er in Spanien. Sein wohl weltweit bekanntester Roman „Hundert Jahre Einsamkeit“ (1967) erzählt die Geschichte des imaginären Dorfes Macondo und seiner Menschen; in ihren Lebensläufen spiegelt sich das Schicksal Lateinamerikas wider sowie die von Menschenverachtung und Gewalt geprägte Atmosphäre und die Auflehnung dagegen. Weitere Werke: „Laubsturm“ (1952), „Kein Brief für den Oberst“ (1961), „Geschichte eines Schiffbrüchigen“ (1970), „Der Herbst des Patriarchen“ (1975), „Die Geiselnahme“ (spanisch „¡Viva Sandino!“; 1982), „Die Liebe in den Zeiten der Cholera“ (1985), „Der General in seinem Labyrinth“ (1989, über den Freiheitshelden Simón Bolívar), „Von der Liebe und anderen Dämonen“ (1994), „Nachricht von einer Entführung“ (1996). Márquez erhielt 1982 den Nobelpreis für Literatur.

■ Ebenfalls in den Kreis der 75-Jährigen eintreten wird am 8. März der Autor **Harry Thürk**. Sein Debüt als Schriftsteller gab er mit Erzählungen wie „Nacht und Morgen“ (1950) und „Treffpunkt Große Freiheit“ (1954). Eine große Leserschaft gewann er mit seinem Kriegsroman „Die Stunde der toten Augen“ (1957) und mit einer Reihe von Romanen, die den nationalen Befreiungskampf der Völker zum Inhalt haben, so „Der Wind stirbt vor dem Dschungel“, „Lotos auf brennenden Teichen“ (1962) und „Der Tod und der Regen“ (1967). Thürk wurde auch durch zahlreiche Fernsehspiele und Filmdrehbücher (u. a. „For eyes only“ und „Gefrorene Blitze“) bekannt. Beim Militärverlag der DDR erschienen aus seiner Feder zeitgeschichtliche Dokumentationen mit militärpolitischem Hintergrund, zum Beispiel „Pearl Harbour“ und „Indonesien 65“. Große Aufmerksamkeit erregte sein 1978 erschienener Roman „Der Gaukler“. Der Autor wurde u. a. mit der Erich-Weinert-Medaille, dem Kunstpreis des FDGB und zweimal mit dem Nationalpreis ausgezeichnet.

In einem Artikel im ND vom 29./30. September 1979 zum 30. Jahrestag der DDR hatte Thürk unter anderem geschrieben: „Ich halte es mit der alten, im jahrzehntelangen Klassenkampf erprobten Wahrheit, daß die Kunst eine Waffe ist. Man kann sie für die eine Klasse einsetzen oder für die andere. Dazwischen ist kein ehrenhafter Platz. ...“

Vietnamesen haben 30 Jahre lang mit der Waffe kämpfen müssen, bis der Imperialismus endlich unausweichlich vor der Einsicht stand, daß er verloren hatte. DDR-Bürger werden vermutlich noch lange Zeit dafür zu sorgen haben, daß unser Land seinen Weg in Frieden fortsetzen kann. ... Wir sind zur entspannten, mit gegenseitigem Respekt geführten Diskussion über unsere Werke bereit. Nicht nur Bücher sind das – die ganze DDR ist ein Teil unseres Werkes.“

■ Sie war eine flammende Volkstribunin, glänzende Publizistin, erster weiblicher Minister: **Alexandra Kollontai**, eine Kampfgefährtin Clara Zetkins und Rosa Luxemburgs und später, nach dem Sieg der Oktoberrevolution, erste Botschafterin der Welt.

Alexandra Kollontai, vor 130 Jahren – am 31. 3. 1872 – als Tochter eines Generals in Petersburg geboren, beteiligte sich seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts an der revolutionären Bewegung in Rußland.

1908 wurde sie deshalb von der zaristischen Justiz verfolgt und floh ins Ausland. 1910 gehörte sie auf dem internationalen Sozialistinnenkongreß in Kopenhagen zu den Frauen, die Clara Zetkins Antrag, den 8. März künftig als Internationalen Frauentag zu begehen, mit großer Zustimmung unterstützten.

Am 4. August 1914 befand sie sich auf der Zuhörertribüne des deutschen Reichstags. Sie selbst schreibt darüber: „Ich habe den schmachlichen Abfall der deutschen Sozialdemokraten vom revolutionären Klassenkampf selber angesehen und miterlebt. Vor meinen Augen spielte sich der schändliche Sturz der deutschen sozialdemokratischen Führer ab – sie stimmten für die Kriegskredite. Der Kriegstaumel umnebelte die Köpfe. Die Atmosphäre war zum Ersticken, kein Lichtschimmer am Horizont, ich hatte das Gefühl, als seien alle Wege vermauert.“

In diesem Augenblick der völligen Ratlosigkeit, als die Zweite Internationale zusammengebrochen war und die bürgerlichen Parteien mit Triumphgeschrei den Klassenfrieden bejubelten, erschallte die Donnerstimme Lenins. Er allein gegen eine ganze Welt deckte durch seine unbarmherzige Analyse klar und deutlich den Charakter des imperialistischen Krieges auf. Mehrere Nummern des Zentralorgans „Sozialdemokrat“ mit Lenins Einschätzung des Krieges und unserer Aufgaben gelangten aus der Schweiz nach Stockholm. Das war ein Wendepunkt in meinem Leben. Lenins Artikel zertrümmerten bis auf den letzten Stein die Mauern, von denen ich mich eingeschlossen glaubte. Es war, als sei ich aus einem finsternen Abgrund ans helle Tageslicht gestiegen. Wieder sah ich klar und deutlich den vor mir liegenden Weg.“ (Aus: Lenin, erzählt von vielen, Progress-Verlag, Moskau 1969)

So war Alexandra Kollontai in diesen Jahren in vielen Ländern tätig, „überquerte zweimal den Atlantik“, um zu helfen, im Kampf gegen den Krieg die Kräfte des Friedens und des Sozialismus neu zu vereinen. Erst im Februar 1917 kehrte sie nach Rußland zurück, wird Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Bolschewiki, nimmt aktiv an der Oktoberrevolution teil und wird in der ersten Sowjetregierung Volkskommissar für Sozialfürsorge. Im Oktober 1922 trat Alexandra Kollontai dann in den diplomatischen Dienst der jungen Sowjetmacht ein und wurde nach Norwegen entsandt. Später war sie als Botschafterin der UdSSR in Moskau dann erneut in Norwegen und von 1930 bis 1946

Leserbriefe an RotFuchs

Als langjähriger Leser des „RotFuchs“ freue ich mich über eine insgesamt inhaltlich qualitative Steigerung seit Mitte vorigen Jahres. Ohne thematisch anders verfaßte Beiträge abwerten zu wollen war ich besonders angetan, in der Januar-Ausgabe 2002 die Artikel „Unamerikanisches Verhalten“ von Dr. Hans-Dieter Krüger und „Die Lieb' zwischen Füchsin und Hahn“ von Ernst Heinz lesen zu können. Beide erhalten meine volle Zustimmung.

Seit den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und PDS in Berlin und der Inthronisierung des neuen Senats findet man in den Medien unaufhörlich die Bezeichnung „Rot-Rot“. Daß dieser Begriff schon längst nicht mehr der SPD zusteht, ist wohl unter politisch normal denkenden Bürgern unstrittig. Klar ist aber nunmehr, daß auch die PDS das nicht mehr für sich in Anspruch nehmen kann. Mit der Koalitionsvereinbarung hat sie das Recht, sich als linkssozialistische Partei zu bezeichnen, endgültig verloren. Bestenfalls steht sie politikinhaltlich auf einer linkssozialdemokratischen Position. Mit den eingegangenen Sparverpflichtungen zur Haushaltssanierung hat sie auch den Anspruch, für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, aufgegeben. Im Gegenteil, sie hat sich damit verpflichtet, weiteren Sozialabbau zu betreiben. Daß sie beim Mitregieren gar nicht in der Lage ist, die Aufhebung der Bespitzelung der Kommunistischen Plattform durch den Verfassungsschutz durchzusetzen, ist wohl nur teilweise Ausdruck des wahren Kräfteverhältnisses zwischen SPD und PDS. Man muß die Frage stellen, ob die Senatoren der PDS und auch der Bundesvorstand das überhaupt wollen. Bei mir sind Zweifel angelegt. Skepsis befällt mich auch hinsichtlich der prinzipiellen Antikriegshaltung. Wenn der Bundesgeschäftsführer der PDS, Bartsch, „für Rot-Rot nun auch Zukunft im Bund“ (ND vom 9. 1. 02) sieht, braucht man nicht lange zu rätseln, was die Formulierung „bundesfreundliches Verhalten“ im Koalitionsvertrag u. a. auch diesbezüglich beinhalten kann.

Werner Großmann, Berlin

Eure Initiative, mit einer selbständigen marxistisch-leninistischen Zeitschrift – unabhängig von allen Parteien – aufzutreten, scheint mir unter den gegebenen Umständen der richtige Weg zu sein. Heute stehen Erziehung und Bildung an erster Stelle – marxistische Studiengruppen, Diskussionsgelegenheit. Vergeudet keine Zeit und Energie für fruchtlose Debatten, die Ihr sowieso nicht gewinnen könnt, egal, wie unanfechtbar Euer Standpunkt auch sein mag. (Im Stillen freue ich mich natürlich über Euren beispielhaften proletarischen Kampfgeist und Mut!)

In Sydney haben Genossen der KP Australiens die sogenannten Politics in the Pub (Politik in der Kneipe) organisiert – Zusammenkünfte Freitag abends, nach der Arbeit, in einem bestimmten Lokal, mit einem Redner zu einem interessanten Thema, anschließend Fragen, Diskussion. Das haben ihnen schon andere Organisationen nachgemacht, es hat guten Zuspruch.

Dr. Vera Butler, Melbourne

In Berlin regiert die Koalition Rot-Rot. Aber stimmt Rot-Rot? Rot hieße sozialistisch. Das ist die SPD ganz gewiß nicht. Sie steht spätestens seit der Bewilligung der Kriegskredite 1914 fest auf dem Boden der kapitalistischen

Gesellschaft. Also ist die Bezeichnung Rot für die SPD völlig unzutreffend.

Und die PDS? Hat man etliche Genossen an der Basis im Auge, die vielen sozialistisch gesinnten Mitglieder, die Kommunisten in der Partei, so wäre die Bezeichnung Rot schon zutreffend. Doch leider bestimmt nicht die Basis, sondern ihre Führung die politische Linie. Wer die Entwicklung der Partei seit 1989, seit dem Putsch der Revisionisten um Gysi, Bisky, die Brüder Brie u. a. aufmerksam verfolgt hat, wird feststellen, daß sich die PDS immer mehr der herrschenden Gesellschaft angepaßt hat. Ihre politische Führung ist in der Bundesrepublik „angekommen“, hat sich integriert. Sie ist an der Macht „beteiligt“, z. B. in Mecklenburg-Vorpommern, wo für die Werkstätigen nichts Positives dabei herausgekommen ist. Also welche Farbe für die PDS? Am besten Rosa.

Mit dem Eintritt in die Berliner Koalition hat die PDS einen großen Fehler begangen. (...) Als Regierungspartei ist sie dazu verdammt, an einer Politik mitzuwirken, die nur zur Verschlechterung der Lage der Bevölkerung führen wird. (...)

Herbert Thomas, Berlin

Verbot der NPĐ?

Ich lese: Ein Zeuge gegen die Nazipartei ist selber ihr Gründer.

Das darf nicht sein. Wo kämen wir hin in unserem Rechts-Staat?

Ein Verbot aller Naziparteien? Es galt nur im Osten.

Potsdam lag schließlich damals in der sowjetischen Zone.

Ja, von rechts weht der Wind, Rechtsruck ist stärker als Linksruck.

Kommunisten schaden dem Land, in dem der Profit herrscht.

Naziprozesse werden verschleppt und das Morden geht weiter.

Wieder schweigt eine Mehrheit und wählt ihre eigenen Schlächter.

Einfach nur traurig sein oder wütend, das reicht nicht.

Protestieren ist besser und laut das Unrecht herauschreiben.

Das gibt Kraft und Mut, um gegen den Mainstream zu schwimmen.

Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

Der Redaktion, den Autoren und allen Mitarbeitern herzlichen Glückwunsch zum 4. Geburtstag des „RotFuchs“. Möge die Zeitung immer mehr zu einer wirklichen Tribüne für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialisten werden und den Dialog zwischen ihnen vertiefen. Indem ich mich für die laufende Übersendung der Zeitung bedanke, füge ich eine Spende von 30 Euro und Briefmarken bei.

Dr. Hans-Joachim Böhme, Halle

Als ich den Beitrag von Hermann Jacobs „Sozialismus, aber nicht Frühsozialismus“ (RF 47) las, fühlte ich mich „ertappt“ – ob meines vermeintlichen Unvermögens, die Auffassungen unserer Klassiker über Sozialismus und Kommunismus gebührend pflegen zu können. Denn auch ich habe diesen Ausdruck gelegentlich verwandt. „Frühsozialismus“ als Theorie, These oder ausgereifte Realdefinition steht beim gegenwärtigen Erkenntnisstand überhaupt nicht zur Debatte. Ihm aber alles Mögliche zu unterlegen – von der Verkennerung der Realität des realen Sozialismus bis hin zu dessen vorprogrammierter Niederlage – und eine solche „Wirklichkeit“ mit der Marxschen Kommunismus-Auffassung zu konfrontieren, kann ich nicht nachvollziehen. Sie entzieht sich m. E. (den Denkregeln) einer Beweisführung. Den Begriff „Frühsozialismus“ habe ich in einer Absicht verwandt, die sich von

Jacobs' Interpretation generell unterscheidet; und zwar zunächst im Sinne einer Arbeitsdefinition. (...) Hierbei bleibt selbstverständlich das originäre „Erklärungsmuster“ die Positionierung von Marx und Engels zur sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft, die ja selbst einer Entwicklung unterworfen war, bewahrt. (...) Durch die wissenschaftliche Beobachtung der Entwicklung der damaligen Zeit gelang es Marx, seine Kommunismus-Auffassung permanent durch neue Züge und Erkenntnisse zu bereichern – ohne „Rezepte ... für die Garküche der Zukunft“ (Marx) zu schreiben. Quintessenz war bekanntlich die Differenzierung der kommunistischen Gesellschaft in eine niedere oder erste Phase – wofür sich der Begriff Sozialismus einbürgerte – und in eine höhere Phase dieser Gesellschaft. Sie erfolgte in seiner Schrift „Kritik des Gothaer Programms“. Zwischenbemerkung: Lenin hat in seinem Werk „Staat und Revolution“ eine glänzende Analyse der Entwicklungsdialektik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Zusammenhang mit den ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates gegeben. Allerdings: Die diesbezüglichen Erkenntnisse wurden in theoretischer Form auf den Begriff gebracht; insofern bewegen sie sich auf einer abstrakt-allgemeinen Ebene. Daß es auf der historisch-konkreten Ebene Modifizierung und „Abweichungen“ en masse vom theoretischen „Fahrplan“ gab, gibt und künftig geben wird, ist eine solche konkrete Wahrheit, die zum ABC der Dialektik gehört. Diese historische Differenz zwingt dazu, dialektisch-materialistisch das Wechselverhältnis Theorie und Praxis permanent auszuloten und so auch die theoretische Substanz des Marxismus zu präzisieren. Daraus folgt: Die historisch widerspruchsvolle Entwicklung selbst verlangt die historische Entwicklung des Marxismus. Hinsichtlich des europäischen Sozialismus gibt es natürlich Besonderheiten. (...)

Marx und Engels gingen bekanntlich in ihrer Zeit vom mehr oder weniger gleichzeitigen Sieg des Sozialismus in den entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Ländern aus. Der von der Oktoberrevolution eingeleitete historische Gang der Entwicklung des Sozialismus war ein anderer; er hat dem Realsozialismus einen spezifischen Stempel aufgedrückt und historische Besonderheiten hervorgebracht. Und ein künftiger Sozialismus wird auch in weiteren neuen praxis-historischen Besonderheiten wurzeln. Bleibt dies außer acht, dann wird die Verbindung des Marxismus mit den konkreten praktischen Aufgaben der Epoche, die sich bei jeder neuen Wendung der Geschichte ändern können, untergraben. Und dies betrifft ebenfalls die marxistische Kommunismus-Auffassung in historisch konkreter Aktion. Aber alle diesbezüglichen Modifikationen (...) heben keinesfalls die Substanz des Marxismus einschließlich seiner theoretischen Kommunismus-Konzeption als „Erklärungsmuster“ auf; sie konkretisieren sie. „Frühsozialismus“ als Arbeitsdefinition kann sich nur in diesem Rahmen und auf diesem Boden bewegen – als ein Weg mittels intensiver und längerer theoretischer Arbeit zu weiteren Einsichten zu gelangen.

Prof. Dr. Ingo Wagner, Leipzig

Liebe Genossin Bongaerts in Brüssel (und andere Leser), die Frage, ob der Realsozialismus Frühsozialismus war, ist eigentlich keine wichtige Frage. Sie wurde nur dazu gemacht. Detailiert werden kann er auch nicht, weil alle Spezifika nichts weiter sind als die Spezifika des realen Sozialismus. Mit anderen Worten: Frühsozialismus als besonderer Begriff (Neues, neu zu Erkennendes) kann sachlich nicht bedient werden. Er ist ja nur ein Kunstbegriff (jener, die noch am Sozialismus hängen), nicht, um den

Sozialismus zu erklären, sondern um seine rasche Beendbarkeit zu „begründen“. Man redet sich damit eine Schwäche ein, die das Objekt nicht haben kann und nicht hatte! Wohl aber ein Subjekt kann sie haben. Ich wollte mit dem kleinen Artikel nur sagen, daß wir uns hinsichtlich realer Verhältnisse des Sozialismus keine anderen Theorien ausdenken müssen als die, die wir uns erdacht, besser: erkämpft haben. Gründe, warum er beendet wurde, müssen wir dagegen bestimmen, ohne gezwungen zu sein, auf die Praxis des Sozialismus zurückzugreifen. Gerade dieser Rückgriff führt in die Irre. „Frühsozialismus“ unterstellt Form 1, und Form 2, Frühform und Spätform, öffnet also die Theorie zur Pluralität (zum Geschwätz) hin. (...) In der Marx'schen Formationstheorie ist Sozialismus die erste Phase des Kommunismus (...). Besonders ist in der ersten Phase – und deshalb Phase – nicht die Aufhebung der kapitalistischen Klasse (die findet immer sofort statt und ist stets gleich), sondern die Aufhebung der Lohnarbeit, die Aufhebung des Proletariats. Das erfordert eine Phase des Übergangs, bedeutet aber nicht Frühsozialismus. Dieser Anfang ist selbstverständlich, egal, ob in das 19., 20. oder 21. Jahrhundert fallend. Alle Überlegungen, worin ein neuer Sozialismus dem bisherigen entgegengestellt wird (auch indem man den realen schwach/früh redet) erfinden/„bestimmen“ die Übergangsperiode neu.

Hermann Jacobs, Berlin

Am letzten Januar-Wochenende hat in Athen ein regionales Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien des südlichen und östlichen Mittelmeerraumes sowie der Zone des Roten Meeres und des Persischen Golfs stattgefunden. Initiator war die KP Griechenlands. Es ging um die Analyse der Situation, wie sie sich nach den Ereignissen vom 11. September ergeben hat. Die kommunistischen Parteien der Region wollen ihre Aktivitäten stärker koordinieren. (...)

Griechenland selbst ist wie ein siedender Kessel. Ein Streik folgt dem anderen. Viele Schichten sind einbezogen: die Lehrer aller Stufen, die Professoren der Universitäten, Schüler und Studenten, Krankenhausärzte und Versicherungsgestellte. Am 28. Januar begann ein „Aufstand“ der Bauern, die mit ihren Traktoren Nationalstraßen und Autobahnen blockieren. Eine große Rolle spielt bei vielen Aktionen die kämpferische linke Gewerkschaftsfront P.A.M.E.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Vielen Dank für die drei Kennenlern-Exemplare des „RotFuchs“. Die zu lesen, bereitet Freude und spornet zum Handeln an (...) Noch eine Nachfrage: Welche bereits erschienenen Ausgaben des „RotFuchs“ der letzten Jahrgänge können Sie gegen Bezahlung liefern? Ich wünsche Ihnen allen Gesundheit und Standhaftigkeit.

Robert Lenhardt, Passau

(...) Der Beitrag Dieter Itzerotts in Nr. 48 erscheint mir in der gegenwärtigen Zeit, im Ringen um die Einheit aller kommunistischen Kräfte mit und ohne Parteibuch, von größter Bedeutung. Die Sozialdemokratisierung der PDS und die Rechtsverschiebung bei den Grünen machen es notwendig, die echte linke Bewegung stärker und geschlossener zu organisieren. (...) Der Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus hat im RF durchaus seine Berechtigung. Allerdings halte ich den Beitrag von Ulrich Huar „Zur Diktatur des Proletariats“ (Nr. 48) für zu abstrakt. Er erinnert mich an Lehrmaterialien unserer Parteischulen ... Ein thematischer Bezug zur gegenwärtigen Situation in der internationalen

Bewegung und zur Lage in Deutschland hätte dem Artikel gutgetan.

Mit Freude verfolge ich immer die Leserbriefe. Stets finde ich Namen von ehemaligen Kampfgefährten, mit denen ich 40 Jahre in einer Reihe stand. So weiß ich, wie groß unser linkes Lager ist. Das macht Mut.

Anbei etwas Frühjahrsfutter von einem Strafrentner.

Dr. Roland Kießling, Prora

Herzlichen Dank für den Januar-„RotFuchs“, der erneut eine ganze Reihe von Aussagen zu Grundfragen unserer Zeit enthält. Mit besonderem Interesse las ich dabei den Beitrag von Dieter Itzerott zur Notwendigkeit der Einheit von Kommunisten und Sozialisten. Wenn ich die Polemik auch in anderen Ausgaben des RF verfolge, dann stellt sich mir die prinzipielle Frage: Auf welchen gemeinsamen Nenner sollten sich die deutschen Linken der Gegenwart eigentlich einigen? Dabei unterstütze ich die Aussage von D. Itzerott, daß jede Form von „Alleinvertretungsanmaßung“ fehl am Platze ist. Es gibt sehr viele Probleme, die die Einheit der Linken zwingend auf die Tagesordnung setzen. Thema Friedenskampf: Als ich 1957 die Uniform der Volksarmee anzog, tat ich es in der ehrlichen Absicht, mit zu verhindern, daß die von deutschem Boden je wieder Krieg ausgeht. Heute als Rentner und angesichts der aktuellen Situation hat sich für mich an dieser Grundeinstellung nichts geändert, und ich vertrete diese Meinung auch konsequent in der Öffentlichkeit wie in meinem Parteikollektiv. Die jüngste Rede des USA-Präsidenten zur Lage der Nation und seine „Schurkenstaaten-Strategie“ kann einen schon um den Schlaf bringen, wenn man an die Vasallentreue der deutschen Regierenden denkt. Ich hoffe nur, daß unsere PDS-Führung den Antikriegs-Grundsätzen treu bleibt. Hierbei sollten die deutschen Linken mehr auf die Gemeinsamkeiten als auf das Trennende in den Grundauffassungen setzen und diese PDS-Positionen energisch unterstützen. Neben vielen anderen Aspekten wäre das so ein gemeinsamer Nenner, auf den man sich einigen könnte. (...)

Henry Schönherr, Torgau

Besonders interessant ist für mich die erneute Diskussion um die überarbeiteten „11 Forderungen für Ostdeutschland“. Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, sie zu popularisieren. Deshalb hatten wir als Kommunistische Plattform Sachsen die 11 Forderungen auch am Ifo-Stand zum PDS-Landesparteiabend in Glauchau ausgelegt. Mir fehlt jedes Verständnis dafür, daß es die Redaktion der „Mitteilungen der KPF“ bisher abgelehnt hat, sie zu veröffentlichen. Ich werde alles dafür tun, daß die 11 Forderungen auch in der KPF breit diskutiert werden.

Andreas Krämer, Gersdorf, Mitglied des BKR der KPF der PDS

Wir haben eine neue Adresse ... Unser Hochhaus wurde von der WBG Erfurt leergezogen. Die Zukunft dieses modernen Punkthauses mit Fahrstuhlhalt in jeder Etage und einem Fernblick von den meisten Wohnungen bis zum Inselfeld ist ungewiß. Wir gewöhnen uns langsam an die neue Situation. Eine solche Wohnung, wie wir sie 19 Jahre lang hatten, gibt es hier nicht mehr. (...)

Karl Weichert, Erfurt

(...) Auf ins Gefecht! Konsequenter und folgerichtiger haben wir aufgestrebt. Vom Sanitätshilfsdienst in Kambodscha über Somalia und Ex-Jugoslawien bis zum Oberbefehl in Mazedonien wars schon ein schönes Stück Arbeit. Allerdings hat uns am Ende dieser Bin Laden die Schau gestohlen. Haut die Türme in New York einfach um und wir stinken mit unserer Reklame für die Bundeswehrerfolge auf dem Balkan ab. (...)

Schön. In Afghanistan dürfen wir nun zweite bzw. dritte Geige spielen. Unter der Fuchtel der Briten. Kabul und Flughafensicherung möchten wir übernehmen. Die englische Planung meint allerdings, unsere Jungs sollten in die hochgefährlichen Regionen Kandahar und Dschalalabad. Hatten wir das nicht schon mal, seinerzeit im Boxeraufstand bei der Erstürmung der Taku-Forts: „Not our boys! Germans to the front!“ Wobei allerdings beim stolzen Zitieren der bedeutungsschwere erste Satz gern weggelassen wurde. (...) Aber immerhin: Schießen dürfen wir jetzt endlich. Wenn es um die Durchsetzung von Maßnahmen geht! Die UNO soll ja ein „robustes“ Mandat erteilt haben. In Somalia durften wir das noch nicht. Höchstens zur Selbstverteidigung. Ist auch schon alles vergessen. Peinlich, daß der Herr Verteidigungsminister Rühle damals vor Ort auf die Gasche fiel. Ob ihm das Herr Scharping nachmacht? An der Heimatfront, selbstverständlich. (...)

Joachim Loeb, Berlin

Ich bin entsetzt über den Beitrag zu Israel von Fritz Teppich auf S. 18 im Heft 48. Solange Ihr solche Positionen zu Israel abdruckt und Verständnis für Terroristen zeigt, möchte ich den „RotFuchs“ nicht mehr bekommen. Bitte streicht mich von der Liste.

Vielleicht braucht der „RotFuchs“ mal etwas Geistesnahrung?

Gerlinde Bakenhus, Braunschweig

Bemerkung der Redaktion:

Genossin Bakenhus übersandte dem RF mit gleicher Post das konkret-Buch von Hermann L. Gremliza (Hg.) „Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung“.

Vielen Dank. Wir haben den Band an unseren Nahost-Mitarbeiter Fritz Teppich mit der Bitte weitergeleitet, ihn nach der Lektüre zu rezensieren.

Ausgehend von den in der „jungen Welt“ vom 21./22. 1. 02 veröffentlichten 11 Forderungen ist mein Interesse an Eurer Zeitschrift nicht enttäuscht worden. Auf der ideologisch gefestigten Basis des Marxismus-Leninismus bietet Ihr scharfe Analysen der gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklung. Angesichts der anhaltenden Zersplitterung der linken Bewegung sowohl durch opportunistische als auch durch linkssektiererische Tendenzen gilt Eurem Kampf für eine Einheitsfront aller progressiven Kräfte meine besondere Unterstützung. Aber gerade dieser notwendige Zusammenschluß setzt die unbedingte Abgrenzung von scheinrevolutionären Positionen voraus. Ich beziehe mich auf den Artikel „Linke Sprachreflexe nach dem 11. September“ von Andrea Schön in der November-Ausgabe 2001. Frau Schön sieht die Ereignisse vom 11. September als „wie auch immer verzerrten Ausdruck des Widerstandes gegen das himmelschreiende Ausbeutungsverhältnis zwischen imperialistischen und abhängigen Ländern“.

Die Anschläge sind in keiner Weise progressiver Natur, noch können sie Ausdruck einer anticolonialen Gegenbewegung sein. Wären die Aktivisten der Anschläge uns freundschaftlich gesinnte Kräfte mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise gewesen, hätten sie statt der Ermordung von amerikanischen Arbeitern und Angestellten (denn niemand sonst als abhängig Beschäftigte ist in den USA um 8.00 Uhr morgens bereits im Büro angelangt) den Aufbau von revolutionären Bewegungen in ihren Ländern forciert. Sie hätten in den Jahren zuvor die sowjetische Hilfe für die Überwindung der halbfeudalen afghanischen Verhältnisse und nicht deren reaktionäre Beibehaltung unterstützt. Es gilt zwischen legitimen Widerstandsbewegungen und terroristischen Elementen zu unterscheiden. **T. J., E-Mail**

Ein Gruß an den „RotFuchs“

Von dorniger Kälte umgeben
kann der Mensch dennoch leben.
Wenn alle Horizonte schwinden
wird er irgendwie trotzdem zurecht sich finden.
Selbst wenn dicke Nebelschwaden dringen in
sein Hirn
muß er sich nicht unbedingt verirren.
Doch was fällt ihm jeder einzelne Schritt so
schwer!
Wie sehr sehnt er andere Lebensbedingungen
her!

Als ich den RotFuchs im Internet fand
war's wie der Ruf: Voraus ist Land!
Ich suchte die Veranstaltungen seiner Macher
auf

und war ganz beeindruckt: Sie waren zuhauf!
Solidarische Wärme und Kampfesmut
schlugen mir entgegen: Mensch, tut das gut!
Sogleich fühlte ich, erst noch verschwommen:
Diese Menschen hatten schon Gipfel erklommen!

Gewöhnt an Konkurrenzkampf, Niedertracht
und Hohn
hatte ich fast vergessen schon
wie edel der Mensch sein kann, hilfreich, nicht
bang
bringt er die Dinge gemeinsam mit Gleichen in
Gang.

Wissenschaftlicher Wahrheit verpflichtet, ent-
sprechend gehandelt,
ist es der Mensch, der die Welt und sich selbst
verwandelt.

Weg mit Profit und Ausbeuterei als Basis für
Frieden und Freiheit!
Dafür stehen die RotFüchse in unbestechlicher
Klugheit.

Iris Rudolph, Berlin

Leider kann ich aus gesundheitlichen Gründen
nicht mehr aktiv am politischen Leben teilneh-
men, aber den RF möchte ich nicht missen. In-
haltlich findet er meine vollste Zustimmung. Die
einzige Kritik, die ich hätte, betrifft die Schriftgrö-
ße: Sie ist im Laufe der Zeit immer kleiner gewor-
den, wodurch mir bei meinem Augenleiden das
Lesen schwerfällt.

Ich übersende Euch meinen Antrag um Aufnahme
in den Förderverein.

Franz Krzywinski, Dresden

Ich wünsche Euch alles Gute und weiterhin viel
Erfolg beim Eingreifen in die Entwicklung linker
Politik in der BRD. Dieses vollzieht sich gegen-
wärtig keineswegs ergebnislos, doch es wird
noch viele Anstrengungen kosten, bis die Men-
schen in dieser Gesellschaft auch tatsächlich
soziale Gerechtigkeit und Anerkennung ihres
Leistungswillens erfahren. Dafür benötigt vor
allem auch die PDS große Unterstützung. Soli-
darität und Fairneß sind gemeint, gewiß auch
Eure kritische konstruktive Begleitung der politi-
schen Aktionen.

Anbei ein kleiner Beitrag für Euren „RotFuchs“,
den ich mit viel Interesse lese.

Dr. Peter Looß, Berlin

(...) Was hat es mit der „Globalisierung“ eigent-
lich auf sich? „Globalisierung“ kann inhaltlich
wiedergegeben werden als internationale Umorga-
nisierung der monopolisierten Warenproduk-
tion mit dem weltweiten Versuch, die Lohn- und
Arbeitsbedingungen zum Zwecke der Profitma-
ximierung zu verschlechtern. Das ist eine Folge
der Rohstoffknappheit (unter den Bedingungen
der Warenproduktion und des Privateigentums
an den Produktionsmitteln) bei gleichzeitiger
allseitiger Verschärfung der Konkurrenz. Die

Konzentration, die entstand und weiter entsteht,
hat Monopole hervorgebracht, deren Interes-
sen und Wünsche so groß sind, daß ihnen ein
Nationalstaat zu klein ist. Darum die amerikani-
schen „Freihandelszonen“, die Euro-Währung
usw. Ob es sich dabei um eine neue Phase des
Imperialismus handelt, in der Kriege „nur“ noch
zwischen den drei Zentren (Japan, EU, USA)
möglich sind, wie Harpal Brar meint, oder ob
auch weiterhin ein Krieg z. B. zwischen Britan-
nien und Deutschland „passieren“ kann – in die-
ser Frage möchte ich mich noch nicht festlegen.
(...) Aktuell gilt es zu konstatieren, daß wir uns
immer noch im imperialistischen Stadium des
Kapitalismus befinden und eine Rezession be-
gonnen hat! Diese Rezession begann bekannt-
lich schon vor dem 1. September und vor allem
in den USA. (...)

Carsten Messerschmidt, Hannover

Zufällig gerät mir eine fast 85 Jahre alte Äu-
ßerung Lenins zur „Globalisierung“, die man-
che für eine absolute Neuheit halten, in die
Hände. („Entwurf zu Änderungen ... im Partei-
programm“, 20. 5. 1917)

„Der Weltkapitalismus hat zur Zeit, ungefähr ab
Anfang des 20. Jahrhunderts, die Stufe des Im-
perialismus erreicht. Der Imperialismus oder
die Epoche des Finanzkapitals ist eine so hohe
Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, bei
der die Monopolvereinigungen der Kapitalisten
– die Syndikate, Kartelle, Trusts – eine entschei-
dende Bedeutung erlangt haben, das Bankkapi-
tal von riesenhafter Konzentration sich mit dem
industriellen Kapital vereinigt hat, der Kapitalex-
port in fremde Länder in großem Umfang entwik-
kelt wurde, die ganze Welt bereits territorial zwi-
schen den reichsten Ländern aufgeteilt ist und
die ökonomische Aufteilung der Welt unter den
internationalen Trusts begonnen hat.“

Der letztgenannte Prozeß, damals begonnen,
scheint heute zum Abschluß zu gelangen. Ich
glaube nicht, daß eine Rückwärtsbewegung, al-
so eine erfolgreiche Bekämpfung der Globali-
sierung möglich ist. Man sollte besser die Kräfte
zu einer den neuen Umständen angepaßten
globalen Bekämpfung des Systems, nicht einer
seiner Formen, sammeln. (...)

Dr. Peter Tichauer, Berlin

(...) Die Imperialisten der USA und ihre – auch
deutschen – Partner nehmen sich das Recht
heraus, bettelarme Völker mit Krieg zu überzie-
hen und ihre hochmodernen Waffen an ihnen
auszuprobieren. Das nennen sie dann „Frieden-
seinsätze gegen Terrorismus“. Dabei geht es
nur um Märkte, Macht und Bodenschätze. Trotz
der Anschläge in New York und Washington,
von denen niemand weiß, wer wirklich dahinter-
steckte, ist das Gefasel vom Antiterrorkrieg pure
Heuchelei. Der Imperialismus hat sein Kriegs-
bedürfnis nach dem Fall des europäischen
Sozialismus lediglich den neuen Bedingungen
angepaßt.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Ich danke Klaus Steiniger für die treffende Wür-
digung unseres verstorbenen Genossen Rolf
Vellay. Iris Rudolph ein stummer Händedruck
für das passende Gedicht. (...) Auf dem Haupt-
friedhof von Datteln, wo Rolf am 8. Februar bei-
gesetzt wurde, steht ein sehr imposantes und
beeindruckendes Denkmal für die Märzgefallen-
en und -erschossenen von 1920. Eine wirklich
ungewöhnliche Grabstätte für die „alte“ BRD.
Ich habe der DKP Recklinghausen vorgeschla-
gen, in diesem Jahr dort eine zentrale Veran-
staltung für die Revolutionäre aus dem ganzen
Westen, die ihr Leben geopfert haben, zu orga-
nisieren. Hoffentlich gibt es eine positive Reak-
tion.

**Glückauf und Rot Front!
Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen**

Letzter Gruß Rolf Vellays

*Kurz vor seinem Tode am 22. Dezember 2001
besprach Rolf Vellay, der dem Adelstitel ent-
sagt hatte und als „Bergmann aus Datteln“ be-
kannt wurde, mit seinem in Argenteuil bei Paris
lebenden Sohn Claudius die letzte Botschaft an
Kampf- und Weggefährten. Er wählte ein Foto
von seinem vorjährigen Aufenthalt in den chi-
lenischen Anden aus, das ihn im Kreise dortiger
Freunde zeigt, und sein Lieblingsgedicht:
Heines „Grenadiere“. Claudius, der uns diesen
Gruß des Sterbenden zukommen ließ, ergänzte,
der Kaiser in Heines Versen müsse im Sinne sei-
nes Vaters „durch ein anderes historisches Sub-
jekt ersetzt werden“. Der poetische Abschied ei-
nes bedeutenden Kommunisten.*

Die Grenadiere

Nach Frankreich zogen zwei Grenadier,
Die waren in Rußland gefangen:
Und als sie kamen ins deutsche Quartier,
Sie ließen die Köpfe hängen.

Da hörten sie beide die traurige Mär:
Daß Frankreich verloren gegangen,
Besiegt und zerschlagen das große Heer –
Und der Kaiser, der Kaiser gefangen.

Da weinten zusammen die Grenadier
Wohl ob der kläglichen Kunde.
Der eine sprach: Wie weh wird mir,
Wie brennt meine alte Wunde!

Der andere sprach: Das Lied ist aus,
Auch ich möchte mit dir sterben,
Doch hab ich Weib und Kind zu Haus,
Die ohne mich verderben.

Was schert mich Weib, was schert mich Kind,
Ich trage weit bessres Verlangen;
Laß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind –
Mein Kaiser, mein Kaiser gefangen!

Gewähr mir, Bruder, diese Bitt:
Wenn ich jetzt sterben werde,
So nimm meine Leiche nach Frankreich mit,
Begrab mich in Frankreichs Erde.

Das Ehrenkreuz am roten Band
Sollst du aufs Herz mir legen;
Die Flinte gibt mir in die Hand,
und gürt mir um den Degen.

So will ich liegen und horchen still,
Wie eine Schildwacht, im Grabe,
Bis einst ich höre Kanonengebrüll
Und wiehender Rosse Getrabe.

Dann reitet mein Kaiser wohl über das Grab,
Viel Schwerter klirren und blitzen;
Dann steig ich bewaffnet hervor aus dem Grab
– Den Kaiser, den Kaiser zu schützen.

Heinrich Heine



Wir laden noch einmal zu der Veranstaltung mit dem international bekannten indischen Gelehrten und Politiker

Prof. Harpal Brar (London)

zu dem Thema „Imperialismus im 21. Jahrhundert – Sozialismus oder Barbarei“ ein. Die Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin des RF-Fördervereins findet am Sonnabend, dem **2. März 2002**, um **11.00 Uhr** im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz statt.

Am 27. Februar 2002 begeht unser Genosse Jürgen Thiele seinen 60. Geburtstag

In einer klassenbewußten und revolutionären Arbeiterfamilie aufgewachsen, hat er sein Wissen und Können als Diplomingenieur, als Kommunist und Offizier der bewaffneten Organe für Aufbau und Schutz der DDR eingesetzt.

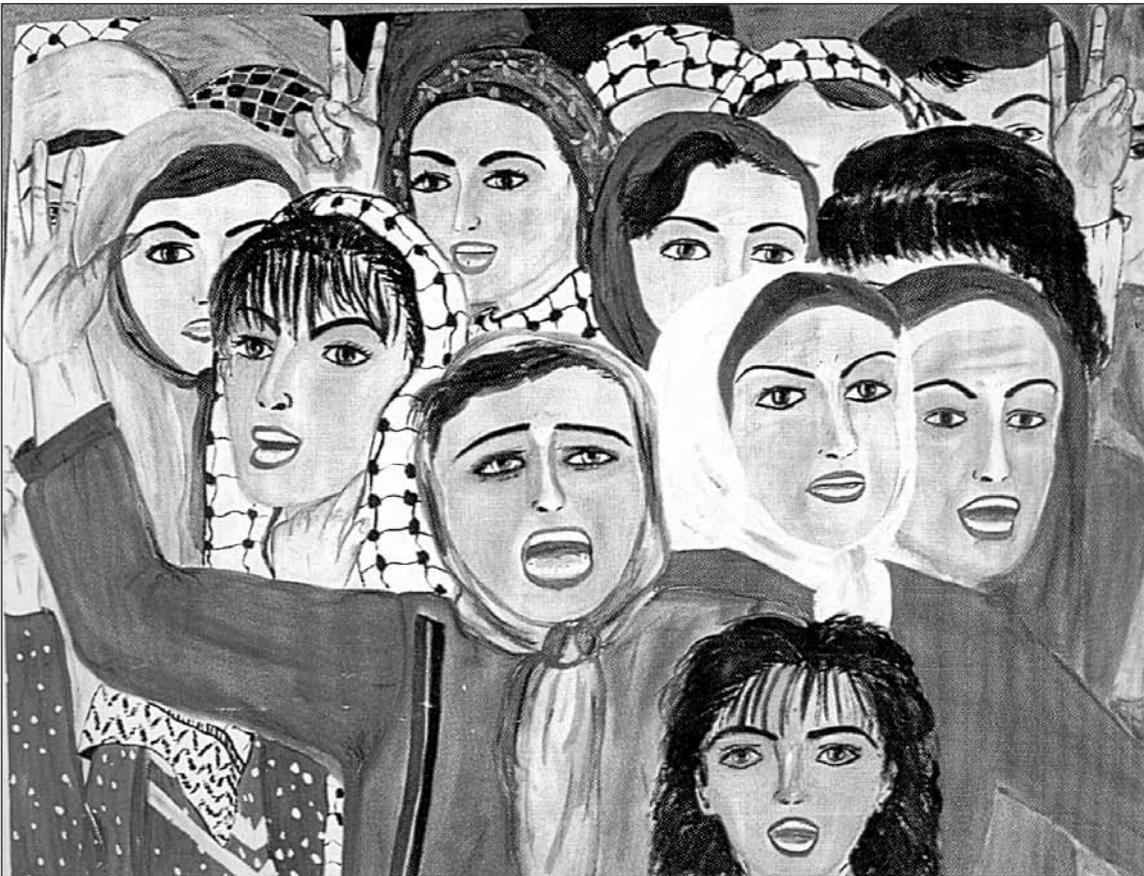
Der Vorstand des RF-Fördervereins gratuliert seinem Freund und Mitstreiter auf das Herzlichste.

Die RF-Redaktion und der Vorstand des Fördervereins beglückwünschen zwei erprobte und bewährte Mitglieder der ständig wachsenden „RotFuchs“-Familie zu ihren Jubiläen.

**Am 3. März 2002 begeht
Genossin Eva Kolowrat aus Berlin
ihren 70. Geburtstag**

**Am 19. März vollendet
Genosse Harald Weiß aus Alt Meteln
sein 70. Lebensjahr**

Gratulation aus dem Fuchs-Kessel!



Töchter Palästinas.
Von den israelischen Besatzern gedemütigt und bedroht, Tag für Tag in hoher Gefahr, geben sie ein Beispiel des Mutes und der Würde. Indem wir sie unserer Solidarität versichern, grüßen wir am **8. März 2002** alle sich gegen **Rassismus und nationale Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg erhebenden Frauen der Welt.**

Fehlleitung Irrtümlicher- und irreführenderweise hatten wir in der Januar-Ausgabe eine unserer beiden Internet-Adressen falsch angegeben. Das führte zu einiger Verwirrung, da dort ein Lustgarten angezeigt wurde. Richtig muß es heißen: <http://www.rotfuchs.net> Wir bitten um Entschuldigung.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. Februar 2002
Und der folgenden: 5. März 2002

I M P R E S S U M

**Gegründet im Februar 1998
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der
Deutschen Kommunistischen Partei**

**Herausgeber:
RotFuchs-Förderverein e. V.**

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger, (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37,
12619 Berlin, Telefon 030/561 34 04
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckhaus Paulick

INTERNET: <http://www.rotfuchs.net>

<http://home.t-online/home/rotfuchs.berlin.de>

E-MAIL: rotfuchs.berlin@t-online.de

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
Karl-Eduard v. Schnitzler †
Dr. Hartwig Strohschein
Fritz Teppich

Herbert Thomas
Dr. Ing. Peter Tichauer
Rolf Vellay †

Künstlerische Mitarbeit:
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
SHAHAR

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin
Telefon 030/654 56 34
Sonja Brendel, Bruni Büdler
Monika Kauf, Bernd Koletzki

Spendenkonto: Wolfgang Metzger, Sonderkonto „RotFuchs“
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759